Ausgabe 1 - Februar 2010

Informationsstelle Militarisierung e.V.

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

ISSN 6153-2115

**Neue Kriege**

*Klaus Pedersen* - Hungerrevolten sind keine „chaotischen Gewaltausbrüche“ - **1**
*Christoph Marischka* - Eindimensionales Sicherheitsdenken in Haiti oder: Die bejubelte Invasion - **5**
*Jürgen Wagner* - Jemen: Nächstes Aufmarschgebiet im „Krieg gegen den Terror“ - **8**
*Jonna Schürkes und Christoph Marischka* - The world at peace is a very dangerous place: Weniger letale Waffen in „kleinen“ Kriegen - **11**

**Afghanistan**

*Arno Neuber* - Den Krieg führen – mit noch mehr Soldaten: Die Bundesregierung sucht nach einer Sprachregelung für den Kriegseinsatz in Afghanistan - **17**
*Michael Haid* - Showveranstaltung: Zur Londoner Afghanistan-Konferenz - **19**

**Deutschland und die Bundeswehr**

*Michael Schulze von Glaßer* - Psychologische Kriegsführung: Wie die Bundeswehr die Klassenzimmer erobert - **21**
*Andreas Seifert* -Ein Zivilkläuselchen - Zur Rüstungsforschung an der Universität Tübingen - **23**

**NATO**

*Jürgen Wagner* - Alle Jahre wieder: Säbelrasseln auf der Münchner Sicherheitskonferenz - **24**

**EU-Militarisierung**

*Sabine Lösing und Jürgen Wagner* - Rüstung durch die Hintertür: Das EU-Sicherheitsforschungsprogramm - **29**
*Sabine Lösing und Jürgen Wagner* - EU-Militarisierung 2020: Ein Blick in die Kristallkugel - **31**

# Editorial:

Seit der letzten Ausgabe des AUSDRUCKs hat sich vieles ereignet, leider war fast alles davon eine Aneinanderreihung friedenspolitischer, aber auch menschlicher Katastrophen. Es begann mit dem gescheiterten Anschlag des sog. „Unterhosenbombers" auf ein US-Passagierflugzeug am 25. Dezember 2009, das nun zum Anlass genommen wird, aus dem Jemen das nächste Aufmarschgebiet im „Krieg gegen den Terror" zu machen.

Noch tragischer ist das schreckliche Erdbeben, das Haiti am 12. Januar 2010 heimsuchte. Umso zynischer ist es, dass diese Katastrophe nun von westlichen Staaten für ihre Belange instrumentalisiert wird. Auf der Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar wurde dann die Ausweitung des deutschen Kriegsengagements am Hindukusch auf den Weg gebracht. Mit der neuerlichen Kontingentserhöhung steigen die jährlichen Kosten für den Bundeswehreinsatz erstmals auf über 1. Mrd. Euro. Schließlich fand vom 5. bis zum 7 Februar die Münchner Sicherheitskonferenz statt, bei der vor allem die Kriegsdrohungen gegenüber dem Iran beängstigende Ausmaße annahmen.

Über all diese Themen finden sich ausführliche Hintergrundanalysen in dieser Ausgabe des AUSDRUCK. Bei all diesen trüben Aussichten wollten wir wenigstens was unser Layout anbelangt, etwas Farbe ins Spiel bringen: mit dieser Ausgabe haben wir auf einen farbigen Einband umgestellt. Auch im Heft haben wir Satz, Schrifttyp usw. etwas verändert, wir hoffen, damit den AUSDRUCK lesefreundlicher gestaltet zu haben. Rückmeldungen zu diesen Neuerungen, aber natürlich auch zu den einzelnen Artikeln, sind wie immer hoch willkommen.

Die Redaktion

# Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Joanna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

**Erscheinungsweise:** Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 € (25€ ab 2011) bzw. Förderabo 35 € (37 € ab 2011).

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Christoph Marischka und Jonna Schürkes, NLW, gekürzt aus dem W&F Dossier 62; Δ Sabine Lösing und Jürgen Wagner, EU-Militarisierung 2020, gekürzt in: junge Welt 19.01.2010; Δ Sabine Lösing und Jürgen Wagner, Rüstung durch die Hintertür, in: W&F 1/2010; Δ Michael Schulze von Glaßer, Psychologische Kriegsführung, in: Utopia 16, 2010.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: UN: MINUSTAH; S. 32: ISS-Buchcover. www.iss.europa.eu.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Klaus Pedersen ist Journalist. Christoph Marischka, Jürgen Wagner und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes und Micheal Haid sind IMI-Beiräte. Sabine Lösing ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

# Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

**Unser Spendenkontonummer ist:**
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

**Kontakt:**
**Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.**
**Hechinger Str. 203 (Sudhaus)**
**72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# *Food Riots* sind KEINE „chaotischen Gewaltausbrüche“

*von Klaus Pedersen*

Die Zukunft verheißt nichts Gutes. Experten rechnen mit einer Verdopplung der Zahl der chronisch hungernden Menschen bis zum Jahr 2030.[1] Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 und das kaum überraschende Beharren auf den bisherigen Positionen der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik seitens der führenden Industrieländer lassen vermuten, dass die Zuspitzung der Welternährungskrise noch dramatischer verlaufen wird als bisher eingestanden – ein Trend, der Erinnerungen an die Hungerrevolten der jüngsten Zeit wach ruft. In den Jahren 2007/2008 wurde über „Food Riots“ in 39 Ländern berichtet. Zeitliche Dichte und globale Verbreitung dieser Ereignisse waren beispiellos und weckten auf unsanfte Weise entsprechende Sicherheitsbedenken in den Zentren der Macht. Da die Wiederkehr von Hungerrevolten nur eine Frage der Zeit ist, macht es Sinn, sich mit diesem Thema auch dann zu beschäftigen, wenn es nicht unmittelbar die Schlagzeilen der Weltpresse beherrscht.

## Die Sorgen der Eliten

„Wenn es zu einem Klassenkampf kommt, dann unterminiert das die Stabilität der Gesellschaft“, konstatierte Ifzal Ali, Chef-Ökonom der Asiatischen Entwicklungsbank, in Bezug auf die Welle von Food Riots.[2] Bettina Rudloff von der Stiftung Wissenschaft und Politik glaubt einen zweistufigen Prozess zu erkennen: zunächst die Entstehung einer Versorgungskrise (Versorgungsengpässe, Preisanstieg), gefolgt vom Ausbruch des Konflikts. Sie ruft nach „umfassenden Maßnahmen zur politischen Stabilisierung“, ohne zu verraten, was sie bei der Aufzählung der Maßnahmen mit „last but not least stabilen effektiven Governance-Strukturen“ meint.[3] Doch das „Modell Haiti“, bei dem jetzt die US-Streitkräfte jene „Stabilisierung“ vollenden, die nach den Hungerprotesten im April 2008 von UNO-Truppen begonnen wurde,[4] lässt erahnen, worum es geht. Das Online-Magazin NATO Brief widmete im Mai 2008 eine komplette Ausgabe diesem Thema.[5] Drei Hauptsorgen wurden in den Beiträgen zum Ausdruck gebracht: Erstens wurde die Zunahme sozialer und politischer Unruhen in vielen Ländern als die „alarmierendste und unmittelbare Folge“ der Nahrungsmittelkrise bezeichnet.[6] „Früher oder später werden wahrscheinlich zig, wenn nicht hunderte Millionen reagieren“, wenn sie erleben, dass die Lebensmittel für sie aufgrund der Preisentwicklung außer Reichweite rücken.[5] Zweitens wurde die Sorge artikuliert, dass sich „enttäuschte junge Männer“ radikalen Lösungen zuwenden könnten. „Das würde … kurzfristig einen Einfluss auf unsere Soldaten haben und mittel- bis langfristig unsere eigene Sicherheit beeinflussen.“[5] Teil dieser radikalen Lösungen seien Überfälle auf Lebensmitteltransporte, die – speziell in Afghanistan – im Rahmen des „Comprehensive Approach“ in die zivil-militärische Zusammenarbeit integriert sind. Afghanistan ist eines der vom Welternährungsprogramm (WFP) am stärksten unterstützten Länder. Dort hat es 30 Angriffe auf Nahrungsmitteltransporte des WFP allein im Jahr 2007 gegeben.[7] Drittens entstanden bei den europäischen Regierungen Ängste vor einem erhöhten Migrationsdruck nicht nur durch Naturkatastrophen und die allgemeine soziale Misere in den Ländern des Südens, sondern nunmehr auch durch Preisexplosionen bei Lebensmitteln.[8] Die reflexartige Reaktion der Institutionen auf solche Szenarien findet in Gebilden wie FRONTEX ihren Niederschlag.[9]

## Historischer Rückblick

*Food Riots* hatten in Europa eine lange Tradition, die von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts reichte, bis sie dann durch die entstehenden Gewerkschaftsbewegungen abgelöst wurden. Die *Food Riots* von 2007/2008 bestätigen die von Walton und Seddon[10] beschriebenen Gemeinsamkeiten zwischen den historischen *Food Riots* in Europa und den heutigen Hungerrevolten in den Ländern des Südens. Das vielleicht wichtigste Merkmal ist, dass das Schlüsselargument westlicher Sicherheitsstrategen, es handele sich um chaotische Gewaltausbrüche, nicht zutrifft. Mit dieser Behauptung wird jedoch die gewaltsame Unterdrückung derartiger Proteste gerechtfertigt. Deshalb soll nachfolgend diese Behauptung ausführlich untersucht und damit ihre Unhaltbarkeit belegt werden. Denn, was auf die historischen Brotrevolten zutrifft und für die *Food Riots* von 2007/2008 belegt werden kann, darf auch für die Proteste der Zukunft unterstellt werden: Zwar ist der konkrete Zeitpunkt des Beginns solcher Aktionen oftmals spontan (der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt). Doch bereits Thompson erkannte, dass Aktionen dieser Art einen kohärenten politischen Zweck verfolgen und „eine hoch komplexe Form der direkten Aktion darstellen, diszipliniert und mit klaren Zielvorstellungen.“[11]

Walton und Seddon, die ihre Analyse der *Food Riots* aus der Periode der vom Internationalen Währungsfonds verordneten Strukturanpassungsprogramme mit einem Rückblick auf die historischen Brotrevolten verbanden, kamen zu dem Schluss, dass die am besten belegte Tatsache jene ist, dass es sich bei den *Food Riots* nicht um „chaotische, gewalttätige Ausbrüche irrationaler Massen handelt, sondern um organisierte, zweckbestimmte Aktionen“, was sich ihrer Ansicht nach vor allem anhand der Selektion der Zielobjekte dieser Revolten belegen lässt.[10] Die Protestierenden randalieren nicht wahllos, sondern richten ihren Zorn gegen bestimmte Personen und Institutionen, denen von den Massen die Verantwortung für die herrschenden Ungerechtigkeiten zugeschrieben werden. Organisiertheit und Selektivität der Aktionen sind auch für 2007/2008 dokumentiert.[12]

## Die Riots von 2007/2008

Die landesweiten Proteste, die am 28. Februar 2008 in **Kamerun** begannen, waren ursprünglich von mehreren Transportgewerkschaften ausgerufen worden, die jedoch einen Tag später ihren Aufruf ängstlich zurücknahmen. Daraufhin wurden die Proteste von einer weitgehend „anonymen Masse“ Jugendlicher (meist mit Abitur oder Realschulabschluss) getragen, die sich als Moped-Taxifahrer mehr schlecht als recht durchs Leben schlagen.[13] Allein in der Wirtschaftsmetropole Douala wird ihre Zahl

auf 42.000 geschätzt.[14] Einerseits über Mobiltelefone gut vernetzt, hatten sie andererseits weder eine sichtbare Struktur noch erkennbare Führungspersönlichkeiten, auch keine nach außen vorgetragenen Forderungen. Doch sie koordinierten die Proteste so effektiv, dass die Millionenstadt Douala am Morgen des 25. Februars innerhalb einer Stunde lahm gelegt war. Diese Jugendlichen gehören laut Peltzer nicht zu den extrem marginalisierten Bevölkerungsteilen, sind aber ohne Perspektive und „im Übrigen auch diejenigen, die sich am ehesten an die Küsten Senegals und Mauretaniens aufmachen, um nach Europa zu gelangen."[13] Binnen kurzer Zeit breitete sich der Streik auf die zehn größten Städte aus, es kam zur Blockade der großen Überlandstraßen, und selbst der internationale Flughafen von Douala war zeitweise geschlossen. Ziel der Aktionen waren Rathäuser, Polizeikommissariate und Steuerbüros. Es kam zu zahllosen Attacken gegen französische Firmen und Firmen, die zum Clan des verhassten Präsidenten Paul Biya gehörten. Die Protestierenden brachten also ziemlich genau zum Ausdruck, wen sie meinten. Nach vier Tagen war die Revolte im Blut erstickt. Die mit massiver Gewalt unterdrückten Proteste kosteten nach Einschätzung der kamerunischen Menschenrechtsorganisation *Maison des Droits de L'Homme* 200 Menschenleben. Hinzu kamen Dutzende Schwerverletzte und 1.500 in Schnellverfahren Verurteilte.

Ende Februar 2008 gab es in **Burkina Faso** in den Städten Banfora, Bobo-Dioulasso, Ouhigouya und der Hauptstadt Ouagadougou militante Proteste gegen die drastisch steigenden Lebensmittelpreise und es wurde zu einem zweitägigen Generalstreik Anfang April aufgerufen. Während der Proteste in Bobo-Dioulasso, der zweitgrößten Stadt des Landes, griffen die DemonstrantInnen Regierungsgebäude an und setzten Geschäfte, Autos und Tankstellen in Brand. Eine Regierungsdelegation wurde mit Steinen beworfen und verjagt. Am 15. März 2008 gab es in mehreren Städten große Kundgebungen, denen am 08. und 09. April der angekündigte Generalstreik folgte, der von den Organisatoren - einer nationalen Koordination, bestehend aus Gewerkschaftszentralen, autonomen Gewerkschaften sowie Gruppierungen sozialer Bewegungen - als enormer Mobilisierungserfolg gewertet wurde. Während des Generalstreiks kam es laut Polizeiangaben zu 264 Verhaftungen. Zugleich wurden aber dem Regime von Blaise Compaorés (der 1986 die Volksregierung von Thomas Sankara durch einen Putsch beseitigt hatte) Preissenkungen bzw. Preisfestschreibungen abgetrotzt, und die Importzölle für Nahrungsmittel wurden gesenkt. Es gab eine „informelle" Blockade von Lebensmittelexporten, und ein Teil der strategischen Notvorräte der Regierung wurde in Umlauf gebracht, um den Preisdruck auf die Lebensmittel zu verringern.[15]

Die Demonstrationen in **Haiti** begannen am 3. April 2008 in Le Cayes, breiteten sich über andere Städte aus und erreichten am 7. April die Hauptstadt Port-au-Prince. Seit vielen Monaten war es zu einem Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel gekommen. Der Anblick von attackierten Gebäuden und Autos wurde zur Normalität. Die Menschenmengen machten ihrem Zorn über die Gleichgültigkeit der haitianischen Eliten Luft. Am 12. April trat Premier Jacques Edouard Alexis zurück, was allerdings nicht zu einem Politikwechsel führte – er wurde von den herrschenden Eliten als Sündenbock geopfert. Als er zuvor in einer Rede sagte, bei vielen Protestierenden handle es sich nur um Gangster und Drogendealer (eine Sichtweise, die von den internationalen Medien allgemein kolportiert wurde), eskalierten die Proteste. Einige DemonstrantInnen sagten, seit dem Staatsstreich 2004 habe sich ihre Situation dramatisch verschlechtert. Selbst unter einem nahezu totalen Embargo habe die damalige

**Food Riots 2007/2008 (Auswahl aus 37 Ländern)**

| Tag / Beginn | Land | Ort(e) |
|---|---|---|
| 31.01. 2007 | Mexiko | Mexiko-Stadt u.a. |
| 23.09. 2007 | Marokko | Sefrou und weitere Städte |
| 16.09. 2007 | Indien | Westbengalen |
| 08.11.2007 | Mauretanien | mehrere Städte |
| Januar 2008 | Tunesien | Region Gafsa |
| 25.02.2008 | Kamerun | landesweit |
| 30.03. 2008 | Senegal | Dakar |
| 30.03. 2008 | Jemen | Dhala |
| 31.03. 2008 | Elfenbeinküste | Abidjan |
| 03.04. 2008 | Haiti | Landesweit |
| 06.04. 2008 | Ägypten | landesweit, bes. Malhalla |
| 08.04. 2008 | Burkina Faso | 4 größte Städte |
| 11.04. 2008 | Bangladesh | Dhaka |
| 05.05. 2008 | Somalia | Mogadischu |
| 31.05. 2008 | Kenia | Nairobi |

Regierung Aristide weiterhin subventionierte Nahrungsbanken in den ärmsten Slums unterhalten. Unterstützung für die Fanmi Lavalas, die politische Bewegung unter Führung des heute exilierten Präsidenten Aristide, schien unter den Demonstranten weit verbreitet zu sein. Im März, kurz vor den *Food Riots*, hatten studentische AktivistInnen dem Landwirtschaftsminister Francois Severin sieben spezielle Empfehlungen zur Revitalisierung des haitianischen Landwirtschaft übergeben, die gegen jene ruinöse, von IWF und Weltbank diktierte Agrarpolitik gerichtet war, die das Land seit 1986 plagt. Die Einkommen auf dem Land und die Ernten fielen seither in den Keller. Die Nahrungsversorgung wurde (insbesondere bei Reis) von Billigimporten und damit von der internationalen Preisfluktuationen abhängig und ließ Haitis Bauern zu Arbeitslosen werden. Von seiner ursprünglichen Aussage, dass er die studentischen Empfehlungen akzeptiere, rückte Severin kurze Zeiter später wieder ab – ein weiterer Affront im Vorfeld der *Food Riots*.[16]

Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. In **Ägypten**, das jährlich 7 Millionen Tonnen Weizen importieren muss, wurde angesichts steigender Brotpreise und bevorstehender Scheinwahlen für den 06. April 2008 ein Generalstreik ausgerufen, für den im Vorfeld eine Reihe unabhängiger Organisationen mobilisiert hatte (die offiziellen Gewerkschaften sind ein Arm der Regierung) – kaum ein Ausdruck für chaotische Gewaltausbrüche des „Mobs".[17] In **Gabun** war für den 22. April 2008 eine Demonstration gegen die steigenden Lebensmittelpreise angemeldet worden, die dann kurz vorher verboten wurde. Die Mobilisierung dafür erfolgte gemeinsam durch zwei Initiativen, die „Koalition gegen die Teuerung" und den „Schrei der Frauen". Die Demonstration fand trotzdem statt und wurde gewaltsam unterdrückt.[18] Verschiedene soziale Bewegungen dokumentierten in einer am 29. April 2008 veröffentlichten Preseerklärung („Répression des organisations de la société civile") die erlittene Repression und riefen zum Protest auf.[19] In **Honduras** hatte für den 17. April 2008 die „Koordination des Volkswiderstands" (der alle Gewerkschaften und alle Bauernvereinigungen des Landes angehörten) zu einem nationalen Streiktag aufgerufen, um den Forderungen eines 12-Punkte-Plans Nachdruck zu ver-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

leihen. Die wichtigsten Punkte dieses Forderungsprogramms betrafen die Verteuerung der Grundnahrungsmittel, die Wasserprivatisierung und die Durchführung einer wirklichen Landreform. Vergeblich versuchte die damalige Regierung Zelaya (zu jenem Zeitpunkt noch auf neoliberalem Kurs) mit massiver Polizeigewalt die zahlreichen Straßenblockaden, die sich quer durchs Land zogen, zu zerschlagen.[20] Am 23. September 2007 demonstrierten in Sefrou, **Marokko**, mehrere tausend Menschen wegen der gestiegenen Brot-, Kaffee-, Tee-, Zucker- und Milchpreise. Mehrheitlich aus Frauen und Jugendlichen bestehend, versuchte die Menge zum Verwaltungsgebäude der Stadt zu gelangen. Armee und Polizei blockierten die Straßen, woraufhin die Demonstration eskalierte und zur Beschädigung öffentlicher Gebäude führte.[21] In **Tunesien**, einem Land über das in der Weltpresse wenig zu erfahren ist, gab es seit Januar 2008 immer wieder heftige Proteste in der Region Gafsa, dem wirtschaftlich wichtigen Phosphatrevier. Die Proteste richteten sich gegen die auch in Tunesien heftigen Preissteigerungen für Lebensmittel. Der Gewerkschaftsbund UGTT war ein maßgeblicher Organisator dieser Proteste.[22]

## „Chaotische Gewaltausbrüche" – ein mediales Konstrukt

Was mit dieser Aufzählung verdeutlicht werden soll, ist, dass der tatsächliche Ablauf der Ereignisse in diesen Ländern deutlich von dem durch die Medien vermittelten Bild abweicht. Es besteht also der begründete Verdacht, dass die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, *Food Riots* seien chaotische Gewaltausbrüche, einem bestimmten politischen Zweck dient, nämlich der Legitimierung des Einsatzes staatlicher, in manchen Fällen internationaler Repression. Dabei beeinflusst diese mediale Konstruktion nicht nur die breite öffentliche Meinung, sondern auch die Ansichten von MeinungsträgerInnen, die es eigentlich besser wissen müssten. So scheint die Leiterin der Abteilung für Ökonomische Sicherheit des Internationalen Roten Kreuz Komitees, Barbara Boyle Saidi, die Akteure verwechselt zu haben, als sie am 27. Mai 2008 in einem Interview „die Behörden und insbesondere die Sicherheitskräfte [dazu drängte], die Bevölkerung vor möglichen Gewaltausbrüchen im Zusammenhang mit hohen Nahrungsmittelpreisen zu schützen", auch wenn sie zugleich die Sicherheitskräfte aufforderte, vom Einsatz exzessiver Gewalt abzusehen.[23] Äußerungen von J. M. Sumpsi Viñas, Assistant Director-General der Welternährungsorganisation (FAO), stellen eine indirekte Diffamierung der sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens dar, wenn er schreibt, dass das „Risiko [sozialer und politischer Unruhen] besonders hoch in Ländern [ist], die gerade einen gewalttätigen Konflikt hinter sich haben und in denen die brüchige Sicherheit und der politische oder wirtschaftliche Fortschritt recht einfach entgleisen können."[6] Wie die oben genannten Beispiele zeigen, sind es eben nicht die sogenannten „*failed states*", sondern eher Länder mit etablierten sozialen Bewegungen, in denen es zu Protesten gegen die Auswüchse des neoliberalen Wirtschaftssystems kommt. Aus seiner Perspektive fordert Sumpsi folgerichtig das „Einbeziehen von ernährungsbezogenen Unruhen in die Konflikt-Frühwarnsysteme" und „Überlegungen, wie Behörden und Missionen zur Friedensförderung (sprich: Militäreinsätze, P.C.) besser mit Massenaufständen umgehen können." Zu den „Überlegungen zur Friedensförderung" dürften auch die Kurse für hohe Polizeibeamte aus den Ländern des Südens gehören, die im Center of Excellence for Stability Police Units (COESPU) in Vicenza, Italien, durchgeführt werden.[4] Unter den Kursteilnehmer, waren auch Polizisten aus Kamerun, Kenia, Pakistan und Senegal, also Ländern, wo Hungerproteste brutal unterdrückt wurden. Im oben zitierten *NATO Brief* klagt die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan über „praktische Sicherheitsfragen" wie Demonstrationen, die nach ihrer Ansicht „auf das mangelnde Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit in Afghanistan zurückzuführen sind, dass die steigenden Lebensmittelpreise Teil eines globalen Phänomens sind."[7] Wollten die Autoren damit sagen, dass „globale Phänomene" als unabwendbar hinzunehmen sind? Insgesamt ist zu erkennen, dass in den Zentren der Macht mehr Wert auf die „Kontrolle" der Ernährungskrise und ihrer Folgen gelegt wird, als auf deren Lösung.

Das Streben nach einer tatsächlichen Lösung würde dringende und grundlegende Veränderungen in der globalen Landwirtschaftspolitik bedeuten. Doch diese sind nicht in Sicht. So erinnert das Beharren auf einer perspektivlosen Welternährungspolitik[24] in Kombination mit den *Food Riots* an die alte Formel, dass der Kapitalismus seinen eigenen Totengräber schafft. Die modernen *Food Riots* spielten sich bislang vor allem in der Peripherie des globalen Kapitalismus ab, wenngleich in deren urbanen Zentren. Dabei enthält die Liste der Länder mit *Food Riots* der Periode von 1976 bis 1992, die Walton und Seddon[10] präsentierten, ein aus heutiger Sicht interessantes Detail. In ihrer Tabelle der 39 *Riot*-Länder ist nicht nur das Jahr der ersten (und in etlichen Fällen einzigen) Hungerrevolte aufgeführt, sondern auch die Summe dieser Ereignisse in der gesamten Periode. Mit 14 *Food Riots* nimmt Peru die Spitzenposition ein. In zwölf Ländern gab es jeweils nur eine Brotrevolte. Doch unter den sieben Spitzenplätzen (Länder mit 7 *Food Riots* und mehr innerhalb der 17jährigen Erfassungperiode) befinden sich Bolivien (13) und Venezuela (7). Außerdem sind mit Brasilien (11) und Argentinien (11) zwei weitere Länder unter den Top-Sieben, die in jüngerer Zeit zumindest ansatzweise eine anti-neoliberale Politik bzw. eine Politik zu mehr sozialem Ausgleich erkennen ließen. Der Rückblick auf die vergangenen drei Jahrzehnte liefert also Indizien dafür, dass *Food Riots* Teil eines komplexeren Prozesses der Transformation zu mehr sozialem Ausgleich zu sein scheinen.

*MINUSTAH Police Officers Disperse University Student Protesters, Foto: UN, Logan Abassi*

## Schlussfogerungen

Betrachtet man die globale Sicherheits-(=Repressions-)Politik des Westens, die Geschichte der *Food Riots* und die Sackgasse, in der sich die globale Landwirtschaft heute befindet, im Zusammenhang, lassen sich folgende Thesen ableiten: (1) Empirische Befunde weisen darauf hin, dass *Food Riots* Teil komplexer gesellschaftlicher Prozesse zur gesellschaftlichen Veränderung bis hin zu Ansätzen eines Systemwandels darstellen. (2) Trotz einer sich konsolidierenden landwirtschaftlichen Alternative,[25] ist in näherer Zukunft keine globale Trendwende zu einer sozial und ökologisch verträglichen Landwirtschaft zu erwarten. *Food Riots* finden in urbanen Zentren statt. Mit der zu befürchtenden weiteren Ausbreitung eines Modells der industriellen Landwirtschaft in den Ländern des Südens setzt sich die Urbanisierung der Weltbevölkerung fort, d. h. das *Riot*-Potenzial in den Ballungsräumen des Südens verstärkt sich, insbesondere wenn die gravierenden Verteilungsungerechtigkeiten beibehalten oder gar verstärkt werden. Parallel dazu lässt sich eine Zunahme von Unruhen in einigen Ländern West- und Osteuropas prognostizieren, die „eine tiefe Verzweiflung über die ökonomischen Perspektiven, die selbst für junge Leute mit guter Ausbildung" und „eine scharfe Kritik am starren Klassensystem und an der Korruption der politischen Klasse" reflektieren.[26] (3) Die herrschenden Eliten werden auch künftig darauf setzen, Unruhen mit „Sicherheitspolitik" unter Kontrolle zu bringen, wobei sich die globale Sicherheitspolitik, ähnlich wie die Landwirtschafts- und Klimapolitik, in einer Sackgasse befindet.

Die Ereignisse der Jahre 2007/2008 bestätigen und relativieren die Analyse von Walton und Seddon.[10] Einerseits bestätigen sie deren Erkenntnis, dass in der Regel zwar eine enge **allgemeine** Beziehung zwischen *Food Riots* und Preiserhöhungen bzw. Versorgungsengpässen für Lebensmittel besteht. Eine **unmittelbare** zeitliche Verknüpfung zu Hunger als sozialem Phänomen (Hungersnot) besteht jedoch meistens nicht. In der Vergangenheit war der fehlende Zugang zu Lebensmitteln meist nur einer von mehreren Gründen für den Ausbruch von *Food Riots*. Diese Proteste begleiten den Neoliberalismus des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts ähnlich wie sie den Wirtschaftsliberalismus des 18./19. Jahrhunderts begleiteten. Doch während *Food Riots* vor 200 Jahren eine frühe Form des *collective bargaining* waren, mit dem kurz gesteckte Ziele gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zur Verhandlung gebracht wurden, gibt es Indizien dafür, dass die heutigen Proteste in den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern Teil eines komplexen gesellschaftlichen Transformationsprozesses sind. Häufig werden sie von Basisinitiativen, Gewerkschaften und anderen oppositionellen Gruppen vorbereitet und organisiert. Diese Analyse scheint von den Zentren der Macht geteilt zu werden, denn die stereotyp wiederholte Behauptung, *Food Riots* seien chaotische Gewaltausbrüche (womit der Einsatz staatlicher bzw. internationaler Repression legitimiert wird), lässt darauf schließen, dass man die drohende gesellschaftliche Transformation ernst nimmt. Da „Armutsbekämpfung das heiligste Ziel der internationalen Rhetorik" ist und der Reflex des herrschenden Systems in *technological fixes* besteht, um der „Knappheitsschere" zu begegnen,[27] statt tragfähige gesellschaftliche Lösungen durchzusetzen, scheint das *Riot*-Potenzial für die Zukunft gesichert zu sein.

## Anmerkungen


1 De Schutter, O. (2010) : Herausforderungen des Agrarhandels im Spannungsfeld der Ernährungs-, Klima- und Wirtschaftskrise. Keynote. Eco-Fair-Trade-Konferenz. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 12.01.2010.

2 "Biosprit-Anbau lässt Reispreise steigen", 04.04.2008, www.tagesschau.de

3 Rudloff, B.(2009): Aufstand der Ausgehungerten. Internationale Politik Nr. 11/12, S. 38-44.

4 Marischka, C. (2008): Haiti und der Krieg gegen die Armut, Ausdruck, Juni 2008, http://www.imi-online.de/download/CM-Haiti-Hunger-juni-08.pdf.

5 NATO Brief 5/2008, http://www.nato.int/docu/review/2008/05/DE/index.htm.

6 Sumpsi Viñas, J. M. (2008): Ein hungriger Mann ist ein zorniger Mann, NATO Brief 5/2008.

7 "Was bedeutet die Nahrungsmittelkrise in Afghanistan?", Interview mit Vertretern der UNAMA, NATO Brief 5/2008.

8 "Ernährung und Sicherheit – Fragen und Antworten", NATO Brief 5/2008.

9 Informationsstelle Militarisierung (2009): Frontex – Widersprüche im erweiterten Grenzraum, http://www.imi-online.de/download/frontex2009-web.pdf.

10 Walton, J., Seddon, D. (1994): Free markets and food riots. The politics of global adjustment. Oxford UK & Cambridge USA.

11 Thompson, E.P. (1971): The moral economy of the English crowd in the eighteenth century. Past and Present 50, S. 76-136.

12 Pedersen, K. (2008): Die weltweiten Hungerrevolten (Food Riots) 2007/2008. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 76, Dez. 2008, S. 42-50.

13 Peltzer, R. (2008): Neue Brotaufstände? Die Proteste in Kamerun. Im Schatten steigender Lebensmittel- und Ölpreise, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 4.3.2008.

14 Wiedemann, C. (2008): Dunkle Krawalle. Freitag Nr. 27, 04.07.2008.

15 „Burkina Faso", 24.10.2008, www.labournet.de.

16 Sprague, J. (2008): Hunger-Proteste auf Haiti, http://zmag.de/artikel/hunger-proteste-auf-haiti.

17 „Brotpreis, Streiks und Staatsgewalt: Ein Regime zittert - und schlägt um sich...", 11.04.2008, http://www.labournet.de.

18 „Gabun", 24.10.2008, www.labournet.de

19 "Communique de Presse des Organisations de la Societe Civil Gabonaise", 29.04.2008, www.presseafricaine.info.

20 „Privatisierung und Widerstand", 21.11.2008, www.labournet.de.

21 Schmid, B. (2007): Marokko nach den jüngsten „Brotrevolten", 02.10.2007, www.labournet.de.

22 „Gafsa: Ben Alis Polizei kann Proteste nicht stoppen - seine Partei auch nicht", Interview mit Adnan Birbaoun, 18.04.2008, www.labournet.de.

23 Boyle Saidi, B. (2008): Food crisis: the rising human cost. http://www.icrc.org/web/eng/siteeng0.nsf/html/food-crisis-interview-270508

24 Hoering, U. (2009): Weltgipfel Ernährungssicherheit: Hauen und Stechen. http://www.globe-spotting.de/comments.html#anker

25 Martínez-Torres, M.E., Rossett, P.M. (2010): La Vía Campesina: the birth and evolution of a transnational social movement. J. Peasant Studies 37, S. 149-175.

26 Klare, M.T. (2009): Von Haiti bis Wladiwostok. Eine Weltkarte der Krise. Le Monde Diplomatique, Ausgabe v. 8.5.2009
http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/05/08.mondeText.artikel,a0022.idx,21

27 Sachs, W. (2010) : Von Doha nach Rom, Genf und Kopenhagen – wie geht es weiter mit dem internationalen Agrarhandel? Einführung. Eco-Fair-Trade-Konferenz. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 12.01.2010.


Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# Eindimensionales Sicherheitsdenken in Haiti

## oder: Die bejubelte Invasion

*von Christoph Marischka*

Die USA nutzen das Erdbeben im ärmsten Land der westlichen Hemisphäre für eine erneute Invasion. Doch auch die sonstigen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft offenbaren mehr koloniale Kontinuitäten, als dass sie der Bevölkerung helfen würden.

### Koloniale Kontinuitäten

Der Großteil der Bevölkerung Haitis stammt von aus Afrika verschleppten Sklaven ab, welche in der zunächst spanischen, später französischen Kolonie überwiegend auf Plantagen einer kleinen europäischen Oberschicht arbeiten mussten. Seit einem Sklavenaufstand von 1791-1804 ist das Land formal unabhängig und damit die erste „befreite" Kolonie und der erste „moderne" Staat, der überwiegend von Menschen bewohnt wurde, die aus Afrika stammen. Eine kleine (meist weiße) Oberschicht konnte sich aber insbesondere durch die Unterstützung aus Frankreich und den USA an der Macht halten und die Geschicke des Landes kontrollieren. Mehrfach intervenierten Frankreich und die Vereinigten Staaten, um Aufstände niederzuschlagen oder Regierungen abzusetzen. Dass es sich bei Haiti um einen „gescheiterten Staat" par excellence handelt rührt daher, dass die jeweiligen Regierungen de facto einer kleinen Minderheit und ausländischen Interessen dienen müssen; sobald sie die Interessen der Mehrheitsbevölkerung vertraten, wurden sie abgesetzt.

Die gegenwärtige US-amerikanische Invasion ist bereits die vierte seit 1915; auch zwischen diesen militärischen Einsätzen wurden mehrfach Putschisten und Oppositionsgruppen unterstützt, so auch 1991, als Jean-Bertrand Aristide, erster gewählter Präsident Haitis, gestürzt wurde. 1994, unter der Regierung Clintons, marschierten US-Marines erneut ein, um Aristide wieder ins Amt zu bringen, nachdem dieser versprochen hatte, zukünftig die neoliberale Politik der USA gegenüber Haiti zu unterstützen. Dessen Nachfolger Préval (heute wieder Präsident) liberalisierte die Wirtschaft weiter, sodass 2000 Aristide mit einem anti-neoliberalen Programm erneut gewählt wurde. Um künftige Putsche zu vermeiden, löste er die Armee auf, die sich im Nachbarland Dominikanische Republik mit US-amerikanischer Hilfe reorganisierte, während die USA international Sanktionen und Kürzung der Hilfen für Haiti durchsetzte. 2004 putschten die Ex-Militärs dann im Zuge allgemeiner Unruhen erneut, Aristide wurde von französischen und US-amerikanischen Truppen außer Landes gebracht, nach eigenen Angaben verschleppt.

Die USA, Frankreich und Chile stationierten danach Truppen im Land und organisierten die kommende Machtverteilung. Nach wenigen Wochen wurden diese von der brasilianisch geführten UN-Mission MINUSTAH ergänzt bzw. ersetzt, welche sich v.a. auf die Unterstützung der neuen haitianischen Polizeieinheiten der HNP bei der Bekämpfung von „Gang-Violence" in den Slums konzentrierte. Tatsächlich war die HNP aber selbst massiv an Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen beteiligt und ging sie ausschließlich gegen Anhänger Aristides vor, von denen viele – das muss eingeräumt werden – fast nur noch räuberischen Aktivitäten zur persönlichen Bereicherung nachgingen. Die Unterstützung der HNP durch die MINUSTAH führte mehrfach dazu, dass UN-Hubschrauber stundenlang Slums unter Beschuss nahmen und mit Panzern vorrückten, um mit den entsprechenden Opferzahlen die Verhaftung einzelner „Verdächtiger" zu ermöglichen. Sie unterstützte die HNP auch bei Verhaftungen von Aristide-Anhängern, die lediglich dazu dienen sollten, diese von der Kandidatur (und Teilnahme) bei Wahlen abzuhalten. Die Mehrzahl der Inhaftierten in Haiti wird nach acht- bis fünfzehnmonatiger Haft entlassen, ohne dass Anklage gegen sie erhoben worden wäre (im Mai 2007 waren von 5.500 weniger als 10% verurteilt). Viele sterben auch in Haft. Der haitianischen Oberschicht nahestehende Lobby-Gruppen in den USA fordern kontinuierlich ein härteres Vorgehen gegen die „Kriminellen", die Slumbewohner, während Menschenrechtsgruppen wie die International Association of Democratic Lawyers wegen Menschenrechtsverletzungen durch die UN-Truppen und die HNP einen Rückzug der UN fordern.

### Die eindimensionale Sicherheit der internationalen Gemeinschaft

Obwohl das Problem Haitis die allgemeine Armut ist (460 Kilokalorien fehlen den etwa 8.3 Mio. Einwohnern im Durchschnitt täglich. 80% der Bevölkerung sind arbeitslos), reagierte die internationale Gemeinschaft, wie auch nach der aktuellen Erdbebenkatastrophe, auf die Probleme des Landes nur mit dem Ruf nach „mehr Sicherheit". So stehen die Ausbildung von Polizei und die militärische Kontrolle der Slums im Mittelpunkt der Bemühungen der MINUSTAH. Auf die Warnungen der FAO vor einer drohenden Hungerkrise aufgrund durch Wirbelstürme vernichteter Ernten und steigender Getreidepreise im Februar 2008 reagierte die internationale Gemeinschaft nicht. 96 Mio. US$ wären notwendig gewesen, um die Katastrophe abzuwenden, der Einsatz der MINUSTAH hatte allein im Vorjahr 535 Mio. US$ gekostet.

Als die Hungerkatastrophe dann Anfang April 2008 kam und die Bevölkerung anfing, Lehm zu essen, waren die UN-Truppen mit scharfer Munition daran beteiligt, Proteste unter Schusswaffengebrauch niederzuschlagen und den Präsidentenpalast zu verteidigen. Sie machten Drogenhändler für die Aufstände verantwortlich, rühmten sich aber auch, dass es aus den von ihnen am stärksten patrouillierten Slums, wo diese überwiegend aktiv sind, wenig Beteiligung an den Protesten gegeben hätte. Präsident Préval überstand die Proteste aufgrund internationaler Unterstützung im Amt, musste aber den Premier Alexis und dessen Regierung entlassen. Während der zähen Regierungsneubildung verwüsteten mehrere Wirbelstürme das Land, denen hunderte Menschen zum Opfer fielen. Die International Crisis Group nahm dies zum Anlass, mehr internationale Unterstützung im Rahmen der Sicherheitssektorreform für die Polizei und die Gefängnisse einzufordern, denn „auch Polizeistationen, Gerichte und Gefängnisse … wurden beschädigt".

Wirbelstürme, Überschwemmungen und auch Erdbeben, von denen die Oberschicht aber meist nur marginal betroffen ist,

sind in Haiti keine Seltenheit, und eine größere Katastrophe war abzusehen. Doch die internationale Gemeinschaft versagt dabei, entsprechende Strukturen bereitzustellen, um bei solchen Katastrophen die Folgen für die Bevölkerung zu minimieren, bzw. diese in die Lage zu versetzen, sich in Notlagen selbst zu helfen. Dies würde zunächst Armutsbekämpfung voraussetzen, denn wer nichts hat, kann sich auch nicht helfen. Vor allem aber sollte auch in öffentliche Infrastruktur, Wasser- und Energieversorgung, Schulen und Krankenhäuser investiert werden. Diese werden bislang fast ausschließlich von ausländischen Hilfsorganisationen bereitgestellt und verwaltet, was sowohl die Abhängigkeit als auch Wut über ausbleibende Hilfe gegenüber den Betreibern steigert.

## Die Struktur der aktuellen Katastrophe

Wesentlicher Unterschied zu den vorangegangenen Katatstrophen ist, dass diesmal auch die Oberschicht und die Institutionen der internationalen Gemeinschaft betroffen sind. So ist/war die UN in den ersten Tagen v.a. damit beschäftigt, sich notdürftig zu reorganisieren und über den Verbleib ihrer MitarbeiterInnen zu informieren. Zahlreichen Berichten zufolge nahmen die eingeflogenen Rettungshunde- und Suchtrupps zunächst bzw. bislang fast ausschließlich ihre Arbeit dort auf, wo Mitarbeiter internationaler Organisationen und Angehörige der Oberschicht verkehren, wie etwa im Hotel Montana. Insgesamt konnten die 17.000 eingeflogenen Rettungskräfte in den ersten zehn Tagen nach der Katastrophe gerade 90 Menschen bergen. Unmittelbar nach der Katastrophe wurde von den internationalen Organisationen insbesondere der Zusammenbruch der Kommunikationsstrukturen wahrgenommen.

Fatal für die Bevölkerung war und ist hingegen die geringe Verfügbarkeit insbesondere von Krankenhäusern und entsprechendem Personal, intakten Schulen und anderen Notünterkünften, von Baggern und von Wasser. Die Menschen verbluten vor den Krankenhäusern. Die Leichen werden zunehmend in Selbstorganisation gesammelt, verscharrt oder verbrannt. Häufig werden Menschen zitiert, die zwar die Flugzeuge sehen, die vermeintlich mit Hilfsgütern einfliegen, dass sie aber noch keine Hilfe erreicht hätte. Auch die internationalen Medien berichten, dass die Hilfe die Bevölkerung kaum erreichen würde. Sie machen hierfür v.a. die Sicherheitslage verantwortlich und vermitteln wegen der eintreffenden US-Soldaten eine Hoffnung auf Besserung. Tatsächlich blockieren aber die Flugzeuge der US-Army den kleinen Flughafen von Port-au-Prince, und mehreren Transportflugzeugen wurde von dieser bereits die Landung verweigert, seit sie die Kontrolle über den Flughafen und den Luftraum übernommen hat. Denn es ist nicht genügend Platz auf dem Flughafen - nicht nur zum Starten und Landen der Maschinen, sondern vor allem für deren Entladung.

## Die US-Invasion

Bereits am Donnerstag nach dem Erdbeben landeten Fallschirmjäger der 82. Luftlandedivision am Flughafen Port-au-Prince, am folgenden Abend erreichte eine Flotte um den Flugzeugträger USS Carl Vinson mit 19 Hubschraubern die Küste Haitis. Zunächst war von insgesamt 3.000, dann von 7.000 und von 10.000 US-Soldaten die Rede. Am Morgen des 18.1.2010 waren 4.200 Soldaten im Land, bis zum Abend sollten es 12.000 werden. Zwischenzeitlich hatte US-Außenministerin Hillary Clinton, deren Mann US-Sonderbeauftragter für Haiti ist, am Samstag irritierend gut gelaunt den unter US-amerikanischer Kontrolle befindlichen Flughafen der Hauptstadt besucht und Präsident Préval getroffen. Sie sprach sich dafür aus, eine Notverordnung zu erlassen, welche dem US-Militär erlaubt, Ausgangssperren zu verhängen und durchzusetzen. „Ein solches Dekret würde der Regierung ein immenses Maß an Autorität verleihen, welche diese de facto an uns delegiert“, meinte sie hierzu. Ein entsprechendes Abkommen, das dem US-Militär de facto die Hoheitsgewalt unter Kriegsrecht zugesteht, soll laut Medienberichten unterzeichnet worden sein. Inwiefern es gültig sein soll, bleibt fraglich, da sowohl Regierung als auch Parlament in Haiti nicht beschlussfähig sind. So sollen etwa 27 von 30 Senatoren selbst Opfer des Erdbebens geworden sein.

Als Grund für die massiven Truppenverlegungen werden die Absicherung von humanitären Hilfsmaßnahmen sowie v.a. Plünderungen und Ausschreitungen genannt. Diese Gewalt wurde von Anfang an befürchtet - fast schon beschworen -, blieb aber zunächst aus, obwohl zahlreiche Medien schon von „wachsender Wut“ schrieben. Die UN-Vertreter beteiligten sich rege an der Konstruktion dieser Szenarios. Doch erst am Sonntag (17.1.2010) wurden die ersten Gewalttaten bestätigt: Zwei Menschen wurden bei der Plünderung eines Supermarktes von der Polizei erschossen, einen weiteren angeblichen Plünderer übergab die Polizei einer Gruppe junger Männer, die ihn lynchten. Bei der Verteilung von Lebensmitteln kam es zu einer Schlägerei. Ansonsten wurden auch zahlreiche Formen von Selbsthilfe als „Plünderungen“ kriminalisiert: Die „Opfer“ sollen gefälligst warten, bis ihnen internationale Organisationen Zelte aufschlagen, anstatt zu versuchen, aus den Ruinen alter Häuser (vielleicht sogar ihrer eigenen Häuser, wie sollten Sicherheitskräfte in dieser Situation Eigentumsverhältnisse klären können?) neue Baracken aufzubauen. Mittlerweile stehen tausende US-Soldaten in Landungsschiffen im Hafen bereit, um im Falle „sozialer Unruhen“ zum Einsatz zu kommen. Um den Flughafen fühle man sich schon sicherer, berichten Korrespondenten vor Maschinen der US-Luftwaffe, doch in der Stadt würde immer noch keine Hilfe ankommen. Das liegt unter anderem an den Flugzeugen hinter ihnen.

*Vor Haiti im Einsatz: USS Carl Vinson, Foto US-Marine*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Während die UN noch diplomatisch davon reden, das „größte Hindernis für eine zügige Verteilung der Hilfslieferungen, die mittlerweile aus aller Welt eintreffen, ...[sei] der beschädigte Flughafen und die überlastete Luftraum über Port-au-Prince“, wird ein Vertreter des World Food Program schon deutlicher: „hier gehen 200 Flüge täglich an und ab... Aber die meisten dieser Flüge sind für das US-Militär“. Ein Sprecher der Flugsicherung in der benachbarten Dominikanischen Republik bestätigte, dass die Flugzeuge stundenlang warten müssten, weil kein Platz auf dem Flughafen sei und niemand unter diesen Umständen die Verantwortung dafür übernehmen wolle, die Hilfslieferungen zu entladen. Auch einer Lieferung der UNICEF mit medizinischer Ausrüstung, Decken und Zelten wurde von der USA die Landegenehmigung verweigert, worauf das Flugzeug nach Panama zurückkehren musste. Im französischen Außenministerium regte sich protest gegenüber dem US-State Departement, nachdem dieses die Landung eines französischen Fluges blockierte, das ein Hospital an Bord hatte. Der Flughafen Port-au-Prince sei de facto „kein Flughafen der internationalen Gemeinschaft [mehr], sondern ein Anhang Washingtons“.

## Europa: Heiße Luft und Polizeisoldaten

In Europa tat sich zunächst v.a. Frankreich mit schnellen Reaktionen hervor. Hinter vorgehaltener Hand wurde dies u.a. kritisiert, weil Frankreich sich nicht mit der neuen Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik abgesprochen hatte und drohte, dieser die Schau zu stehlen. Catherine Ashton hatte für Montag eine Sondersitzung des Rates der EU-Außenminister angekündigt, der auch die Entwicklungsministerien beiwohnen durften. Bereits in der Einladung hierzu hieß es, für Haiti seien ohnehin knapp 300 Mio. Euro für den Zeitraum 2008-2013 vorgesehen sowie weitere 30 Mio. für unvorhersehbare Ereignisse und die Folgen der Finanzkrise.

Nach dem Treffen überschlagen sich die Medien: zuerst stellt die EU laut spiegel-online 400 Mio.€ „für die Erdbebenopfer“ zur Verfügung, dann berichtet die Tagesschau von 420 Mio., das St. Gallener Tagblatt führte mit 429 Mio, von denen laut Brüssel-Korrespondentin der ARD, Marion von Haaren, “der Lowenanteil … jetzt zunächst mal in alles das fließt, was jetzt gebraucht wird, Lazarette, Trinkwasseraufbereitungsanlagen, Zelte, Ernährung, Versorgung…”.

Tatsächlich hat die Kommission lediglich 30 Mio. für humanitäre Hilfe bereitgestellt, weitere 100 Mio. sollen über “Instrumente” in die Unterstützung der staatlichen Institutionen und damit wahrscheinlich wieder v.a. in den Aufbau der Polizei fließen. Die Mitgliedsstaaten haben insgesamt 92 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Das ist nun eher lächerlich für 27 Staaten, von denen viele zu den reichsten der Welt gehören. Den Aufruf der UN an die internationale Gemeinschaft, insgesamt 575US$ für humanitäre Hilfe aufzubringen, verwies die EU hingegen auf die lange Bank, immerhin wurde “Bereitschaft” signalisiert. Die restlichen 200 Mio. Euro, die Entwicklungshilfekommissar Karel de Gucht und Ashton in einer Stellungnahme nach dem Treffen „für den mittel- und langfristigen Bedarf“ in Aussicht stellten, sind einfach der Restbetrag der im European Developmant Fund ohnehin bis 2013 vorgesehenen 300 Mio. Euro.

Vor dem Hintergrund der „enormen“ Summe, welche die um Bedeutung ringende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU da aus dem Hut zauberte, erschien hingegen das wesentliche, wenn auch informelle Ergebnis des Treffens, eher eine Randnotiz, etwa bei spiegel-online: “Die Union will außerdem 140 bis 150 Beamte der ‚Europäischen Gendarmerietruppe‘ (EGF) nach Haiti entsenden.” Dabei wird es sich um Angehörige der französischen Gendarmerie Nationale handeln, die in mehr als zwanzig Staaten - überwiegend ehemaligen Kolonien - aktiv ist und dort v.a. Polizeiausbildung betreibt, den Schutz der Botschaften übernimmt und in Krisensituationen französische Staatsbürger evakuiert. Eine größere Rolle hat sie v.a. in den 1990ern in Algerien gespielt. Die EGF geht auf eine französische Initiative zurück und bedeutet nichts weiter als eine europäische Kooperation von Gendarmerie-Einheiten, die bereits in Bosnien und Herzegowina das Kommando der dortigen Polizeimission übernommen haben und zukünftig führend bei der EUPOL-Mission in Afghanistan sein sollen. “Entsenden” kann die “Union” die EGF gar nicht, da diese weder eine Institution der EU ist, noch das zugrunde liegende Abkommen völkerrechtlich ratifiziert wurde. Aber sie kann natürlich dabei mitspielen, dem französischen Einsatz von Polizeisoldaten ein europäisches Mäntelchen überzustülpen, um trotz der marginalen Hilfe ihre Bedeutung bei der Global Governance zu unterstreichen. Frankreich wird’s recht sein, der EU auch.

## Einig im Katastrophen-Imperialismus

Kritik am US-amerikanischen Krisenmanagement äußerte die EU nicht – Ashton wies diese am Rande des Treffens sogar explizit zurück, sondern dankte den USA neben der UN für ihr Engagement. Allerdings stellte sie fest, dass die UN vor Ort für die Koordination der Hilfe zuständig sein sollte. Trotzdem will Ashton nicht nach Haiti reisen, sondern in die USA, „um mit den Verantwortlichen der Vereinten Nationen und der USA die Hilfeleistungen zu koordinieren“. Wie diese „Koordination von Hilfeleistungen“ auch aussieht, könnte sie u.a. in Florida begutachten. Dort begann das Heimatschutzministerium bereits wenige Tage nach dem Erdbeben, Häftlinge zu verlegen, um ein ganzes Gefängnis für Flüchtlinge, die es trotz der US-Militäpräsenz schaffen, aus Haiti zu entkommen, frei zu haben und kündigte bereits an, dass man diese nicht dulden, sondern schnellstmöglich abschieben würde.

Der der Rüstung nahestehende Newsletter Verteidigung legt gegenüber der EU-Außenpolitik jedoch ein realistischeres Verständnis für die Motive der USA an den Tag. In dessen Ausgabe 2/2010 schreibt er über die Ziele des US-Engagement, dieses „erfolgt nicht zuletzt, um eine nunmehr im Süden der USA (Florida) befürchtete Flüchtlingswelle aus Haiti zu unterbinden. Aber auch die außenpolitischen Probleme der USA in Südamerika, hier insbesondere mit Venezuela, könnten dazu beigetragen haben, dass das Engagement der Amerikaner in Haiti sich so kraftvoll entfalten konnte.“ Dem ist nicht viel hinzuzufügen. Außer, dass erst kürzlich die Niederlande den US-Streitkräften Einrichtungen auf Aruba und Curacao zur Verfügung stellten, von denen aus es schon mehrfach zu Verletzungen des venezolanischen Luftraums gekommen sein soll. Venezuela fühlt sich zunehmend eingekreist von den v.a. auch in Kolumbien agierenden US-Streitkräften. Erst kürzlich warnte der Bischof der kolumbianischen Grenzdiözese Cucuta vor einer zunehmenden Eskalation von Zusammenstößen zwischen kolumbianischen und venezolanischen Kräften: „Wie viele Tote brauchen wir, bis endlich auch der Blick der internationalen Staatengemeinschaft auf dieses Problem gelenkt wird?“ Doch die ist damit beschäftigt, dem Aufmarsch der US-Truppen in Haiti zu applaudieren.

# Jemen: Nächstes Aufmarschgebiet im „Krieg gegen den Terror“

*von Jürgen Wagner*

Am 25. Dezember 2009 scheiterte ein Anschlag auf ein US-Passagierflugzeug. Nachdem der festgenommene Attentäter mutmaßlich von einem Al-Kaida-Ableger im Jemen ausgebildet worden sein soll, wurde zwischenzeitlich offen über eine direkte Militärintervention nachgedacht. Mittlerweile scheint man sich jedoch darauf geeinigt zu haben, dass es dort – wie in vielen anderen Ländern auch – angenehmer ist, „befreundeten Kräften“, in diesem Fall den Regierungstruppen, die Mittel an die Hand zu geben, damit diese die Drecksarbeit selbst übernehmen können. Im Zentrum des Interesses stehen aber nicht die Abwehr tatsächlicher oder vermuteter terroristischer Bedrohungen, sondern geostrategische Erwägungen: die Unterstützung Saudi Arabiens und die Eindämmung des Iran.

## Jemen im Dreifrontenkrieg

In den 1960er Jahren bildeten sich auf dem heutigen jemenitischen Gebiet zwei Staaten heraus. Im Norden wurde 1962 die „Jemenitische Arabische Republik“ durch eine Gruppe nationalistischer, sunnitischer Offiziere proklamiert. Im Süden bekämpfte die „Nationale Befreiungsfront“ ab 1963 die britische Kolonialmacht, die sich 1967 aus dem Land zurückzog. Daraufhin bildete sich im selben Jahr die – sozialistische – Volksrepublik Jemen (ab 1970: Demokratische Volksrepublik Jemen). Im Jahr 1990 kam es zur Vereinigung beider Teile, erster gesamtjemenitischer Präsident wurde der bis heute amtierende Ali Abdullah Salih, der bereits seit 1978 die Macht im Norden innehatte.

Der Jemen ist eines der ärmsten Länder der Welt (Platz 151 von 177 im Human Development Index, 45% der Bevölkerung gelten als arm). Die Lage wird sich absehbar noch weiter verschlimmern, da die Öleinnahmen, die einen Großteil des Haushalts ausmachen, absehbar dramatisch sinken werden. Die Regierung gilt als korrupt und unfähig oder unwillig, die sozialen Probleme abzumildern. Hinzu kommt noch ein extrem rasches Bevölkerungswachstum und damit eine große Zahl perspektivloser Jugendlicher.

Bereits 1994 kam es zum Bürgerkrieg, in dem der Süden, dort vor allem die sozialistischen Kräfte, auf eine Abspaltung von der Regierung und dem Nordteil zielten. Dieser Aufstand wurde aber niedergeschlagen, und in der Folge nahm Salihs Regierung immer autoritärere Züge an. Seit Anfang 2009 flackern die Kämpfe wieder auf. Es dominieren dort weiterhin die sozialistischen Kräfte, jedoch beteiligen sich auch islamistische Gruppen (allerdings ohne Verbindungen zu Al-Kaida).[1] Der Aufstand richtet sich vor allem gegen die politische und ökonomische Marginalisierung und zielt weiterhin auf eine Abspaltung: „Die Unzufriedenheit hat seit 1994 zugenommen. Die Südjemeniten beklagen, von den Patronagenetzwerken des Regimes ausgeschlossen zu sein, so dass ihre wirtschaftliche Situation besonders prekär sei. [...] Als besonders schmerzlich empfinden die Südjemeniten, dass sie kaum an den Öleinnahmen beteiligt sind, obwohl die meisten Ölfelder im Süden liegen.“[2]

Die sunnitisch-wahabitische Regierung hat, wie nicht weiter verwunderlich, engste Kontakte zu Saudi Arabien, das auch ihr wichtigster Unterstützer ist. Ab 2004 kam es auch in Teilen des Nordens zu Aufständen der schiitisch-zaidistischen Huthi-Bewegung. Die Zaidisten werden vom ebenfalls schiitischen Iran zumindest verbal, womöglich auch mit Waffen (so zumindest die Anklage der jemenitischen Regierung) unterstützt. Auch wenn die Huthi-Bewegung jegliche direkte iranische Unterstützung dementiert[3], erscheint sie dennoch plausibel.[4] Als Grund für ihren Aufstand nennt auch die Huthi-Bewegung, sie würden durch die Zentralregierung politisch, ökonomisch sowie religiös ausgegrenzt, ein Vorwurf, der, soweit das ersichtlich ist, zutrifft. Vor allem die von Saudi Arabien ausgehenden Missionierungsversuche in den von ihnen besiedelten Regionen stoßen auf Widerstand. Im letzten Jahr nahmen die Kämpfe wieder an Intensität zu: „Im Laufe des brutal geführten Konflikts haben die Regierungstruppen immer wieder zaidistische Heiligtümer, Moscheen und Schulen zerstört.“[5] Im November 2009 schwappten die Auseinandersetzungen sogar auf Saudi Arabien über, das in der Folge militärisch gegen die Huthi-Bewegung – vermutlich auch auf jemenitischem Gebiet – vorging. Schließlich bilden seit 2006 erstarkende Gruppen, die Al-Kaida zugerechnet werden, die dritte Front im jemenitischen Bürgerkrieg, sie scheinen aber gegenüber der Huthi-Bewegung und den Sozialisten über ein vergleichsweise geringes Potenzial zu verfügen.[6]

## Geostrategischer Kontext

Das „Center for a New American Security“, eine US-Denkfabrik mit engen Kontakten zur Obama-Regierung, erhob in einem jüngst veröffentlichten Policy Paper die Stabilität Jemens in den Rang eines „vitalen nationalen Interesses.“ Als Begründung wird einerseits die Bedrohung durch Al-Kaida angeführt, aber auch Folgendes: „Zweitens haben die Vereinigten Staaten ein eindeutiges nationales Interesse an der Stabilität der ölreichen arabischen Halbinsel und an der Vermeidung eines Instabilitätsexportes (durch terroristische Angriffe, das Auseinanderfallen des Staates oder in irgendeiner anderen Form) von Jemen nordwärts nach Saudi Arabien.“[7]

Ein wachsender iranischer Einfluss im Jemen stellt allein schon eine ungewünschte Veränderung der Machtkonstellation dar. Die Sorge besteht aber v.a. darin, dass Saudi Arabien, das zwar als problematisches, aber so ziemlich einziges Bollwerk gegen eine Machtausweitung des Iran gesehen wird, durch Entwicklungen im Jemen geschwächt werden könnte. Denn die an Jemen direkt angrenzenden saudischen Landesteile sind ebenfalls überwiegend von Schiiten bevölkert und keineswegs allzu gut auf das Regime in Riad zu sprechen. Dies ist umso problematischer, als genau diese Region den Großteil der immensen Erdölvorkommen Saudi Arabiens beinhaltet. Ein erfolgreicher Aufstand der Schiiten im Jemen könnte, so die Befürchtung, auf Saudi Arabien übergreifen und schlimmstenfalls noch andere Staaten in der Region mit großen schiitischen Bevölkerungsanteilen „infizieren“.[8]

„Das mittelfristige Schreckensszenario für den Westen könnte etwa so aussehen, dass eine schiitische Sezessionsbewegung in Saudi-Arabien an militärisches Know-How wie die Houthis kommt. Da es der saudischen Armee bisher offenbar nicht gelungen ist, die Grenze zu den Houthis wirklich dicht zu

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

machen, wäre auch der Weg für Waffen frei. Und wenn es im Osten Saudi-Arabiens zu einem militärischen Konflikt mit einer schiitischen Sezessionsbewegung käme, dann würde dieser Krieg mitten auf den größten Ölreserven der Welt ausgetragen werden. Selbst wenn es schiitischen Widerstandskämpfern nicht gelingen würde, gegen die hochgerüstete saudische Armee zu bestehen, so wäre ein langanhaltender Guerillakrieg im Osten Saudi-Arabiens ein Alptraum für die Ölversorgung des Westens. Profitieren würden von geringerer Ölförderung in Saudi-Arabien und daraus folgenden höheren Ölpreisen hingegen Ölexporteure wie der Iran und der inzwischen über sehr gute Beziehungen zum Iran verfügende Irak."[9] Wenn also stets gefordert wird, die Anrainerstaaten müssten in die Konfliktbeilegung involviert werden, so läge gerade eine Einbeziehung des Iran auf der Hand. Stets wird jedoch derzeit – etwa in einem Beitrag des „European Council on Foreign Relations" - lediglich der Golf-Kooperationsrat (GCC) benannt, in dem zwar Saudi Arabien, nicht aber der Iran Mitglied ist.[10]

Auch eine Sezession des Südens würde die jemenitische Regierung als Saudi Arabiens Verbündeten extrem schwächen und soll demzufolge unbedingt verhindert werden. Die Scheinheiligkeit und Willkür der „internationalen Gemeinschaft" wird angesichts der Politik gegenüber einem anderen Aufmarschgebiet im „Krieg gegen den Terror" besonders deutlich: auf der einen Seite wird fieberhaft darauf hingearbeitet, den Sudan in zwei Teile aufzuspalten, um das missliebige Regime in Khartum zu schwächen[11], andererseits werden die nicht minder autoritären Machthaber im Jemen gegen separatistische Kräfte unterstützt, da diese sich gegenüber westlichen Interessen aufgeschlossen zeigten. Im Jemen steht die „territoriale Unversehrtheit" und die „Souveränität und Unteilbarkeit" ganz oben auf der westlichen Agenda. So sagte Außenminister Guido Westerwelle bei seinem Besuch in Saudi Arabien im Januar 2010: „Der Jemen muss ein souveräner und unabhängiger Staat bleiben."[12]

Hinzu kommt noch, dass Jemen sozusagen der kongeniale Partner Somalias ist. Es liegt auf der anderen Seite des Golfs von Aden, durch den große Teile der weltweiten Handels- und Tankerschifffahrt gehen. Nachdem sich im Zuge der westlichen Anti-Piraterieoperationen vor der Küste Somalias die Piratenüberfälle in Richtung jemenitischer Küste verlagert haben[13], liegt es auf der Hand, dass hier ein beträchtliches Interesse besteht, den schwerpunktmäßigen Einsatzbereich sozusagen mitzuverlagern. Eine noch fester gezurrte Kontrolle über dieses Schifffahrtsnadelöhr, durch das u.a. große Teile der chinesischen Ölversorgung gehen, spielt deshalb v.a. in den US-Überlegungen ebenfalls eine wichtige Rolle.[14]

## Jemen: Bekämpfung der Aufstände – um jeden Preis

Die Aufstandsbewegungen im Norden und Süden haben nichts mit Al-Kaida zu tun, jegliche attestierten Verbindungen sind bislang unbewiesen und werden bspws. von der Huthi-Bewegung scharf zurückgewiesen.[15] Die jemenitische Regierung hat derweil dennoch unmissverständlich bekannt gegeben, dass sie die Aufstandsbewegungen bekämpfen wird - koste es was es wolle, und unter Vernachlässigung dringend erforderlicher Sozialmaßnahmen. So wird Präsident Sahli mit folgenden Worten zitiert: „Sie haben uns dazu gezwungen, Gewalt anzuwenden. Wir werden sämtliche Waffen kaufen, die benötigt werden, statt Schulen zu bauen; wir werden befestigte militärische Posten errichten, um sie aus ihren Verstecken zu locken und sie in ihren Tälern zu treffen."[16]

In diesem Zusammenhang scheint die jemenitische Regierung die Gefahr durch Al-Kaida bewusst zu übertreiben, um an westliche (Militär-)Hilfe zu gelangen: „Das Regime nutzt den Krieg gegen Al-Kaida, um ausländische Hilfe zu erhalten und der Opposition Einhalt zu gebieten", so der Jemen-Experte Franck Mermier.[17] Während die Regierung von ca. 1.000 Al-Kaida-Kämpfern spricht, geht selbst die CIA von weniger als 200 aus.

Ende Januar wurden Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Regierung und den Zaidisten aufgenommen; inwieweit diese aber zu einem Ergebnis führen werden, ist gegenwärtig unklar. Denn für die Einstellung der Operation „verbrannte Erde" fordert die Regierung von der Huthi-Bewegung weit reichende Zugeständnisse. Obwohl aber die Zaidisten signalisierten, sie seien zu einer Einigung bereit, wurde die Operation bislang fortgesetzt. Die Aussichten auf eine dauerhafte Lösung erscheinen vor allem vor dem Hintergrund gering, dass Sanaa wenig Interesse zu haben scheint, die zugrunde liegenden Konfliktursachen zu adressieren: „Ob die Absichtserklärung der jemenitischen Regierung [ihre Operation zu beenden] umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Derzeit deutet vieles darauf hin, dass Sanaa jedes Nachgeben der Houthi-Bewegung dazu nutzt, neue Forderungen aufzustellen. Die ursprünglichen Forderungen der Bewegung nach mehr kulturellen Rechten sowie mehr sozialer, wirtschaftlicher und politischer Partizipation sind für das Regime in Sanaa kein Thema."[18]

## Amerikanisch-europäische Involvierung

Spätestens seit dem Attentatsversuch vom 25. Dezember 2009 wird der Jemen als ein weiterer zentraler Schauplatz im Krieg gegen den Terror deklariert. Zwischenzeitlich gab es Forderungen von prominenter Stelle, nötigenfalls Bodentruppen zu entsenden. In diese Richtung äußerte sich etwa der einflussreiche US-Senator Joseph Lieberman: „Der Irak war der Krieg von gestern, Afghanistan ist der von heute, und wenn wir nicht präventiv handeln, so wird Jemen der von morgen sein."[19] Allerdings scheint man sich hiervon mittlerweile verabschiedet zu haben, Bodentruppen werden gegenwärtig ausgeschlossen. Mit Finanzhilfen, Unterstützung beim Training und Aufbau der jemenitischen Sicherheitskräfte sowie mit gezielten Luftschlägen soll die Situation im eigenen Sinne beeinflusst werden.

So forderte Obama im Dezember 2009 Angriffe auf ein mutmaßliches Al-Kaida Trainingscamp an, das mit von Drohnen gestarteten Cruise Missiles beschossen wurde.[20] Allerdings bombardieren die USA seit 2001 regelmäßig Ziele im Jemen, wobei es offiziell natürlich immer um Schläge gegen Al-Kaida handelt. Demgegenüber gibt aber der Mittelostexperte Stephen Zunes an: "Gerade vor dem Luftzwischenfall in Detroit töteten U.S.-Kriegsflugzeuge 50–100 jemenitische Stammesleute, die gegen das von den Vereinigten Staaten von Amerika gestützte Regime kämpften. U.S.-Spezialtruppen, Kampfflugzeuge und Killerdrohnen sind seit 2001 im Einsatz und ermorden jemenitische Kämpfer und regierungsfeindliche Stammesführer. "[21]

Finanziell ist die westliche Unterstützung vergleichsweise bescheiden. Deutschland etwa hat als größter europäischer Unterstützer 79 Mio. Euro an Entwicklungshilfe für die nächsten zwei Jahre zugesagt. Die USA haben 2009 ca. 70 Mio. Dollar verausgabt, dieser Betrag wurde nun für 2010 auf 120 Mio. aufgestockt. Der Großteil davon fließt allerdings in den Sicherheitssektor (v.a. für das Training von Militär, Polizei und Küstenwache). Es ist aber ohnehin nicht wirklich nötig, mit großen Summen das Regime in Sanaa aufzupäppeln, dafür sorgen bereits einige arabische Länder, allen voran Saudi Arabien: „Regionalexperten schätzen, dass Saudi Arabien jährlich zwischen $200 und $300

Mio. zur Unterstützung der jemenitischen Sicherheitsorgane bei der Durchführung von Anti-Terror-Operationen ausgibt." Die gesamten saudischen Unterstützungsleistungen werden auf über $1. Mrd. im Jahr geschätzt.[22]

Die deutsche Bundesmarine begann bereits 2005 die jemenitische Küstenwache in gemeinsame Manöver einzubinden.[23] Eine technische Beratergruppe der Bundeswehr ist bereits seit Jahren im Jemen und koordiniert die „Ausstattungshilfe" des deutschen Verteidigungsministeriums für die jemenitischen Streitkräfte. Das EU-Länderstrategiepapier 2007-2013 schlug explizit vor: „Die EG könnte Überlegungen anstellen, ob Interventionen im Rahmen des vorliegenden [Strategiepapiers] wann immer erforderlich geplant werden können – nicht zuletzt wegen des starken Interesses der jemenitischen Regierung an Hilfe in diesem Bereich. Der Ausbildung von Polizei und Küstenwache wird derzeit im Rahmen der Grenzkontrolle besondere Aufmerksamkeit geschenkt und könnte zur Priorität einer möglichen EG-EU-Initiative werden."[24]

Britische „Special Forces" wurden bereits vor dem Attentatsversuch vom Dezember 2009 in den Jemen entsandt und unterstützen seither die dortige Armee bei ihren Operationen.[25] Geht es nach dem britischen Premier Gordon Brown, so soll auch eine verstärkte Unterstützung der jemenitischen Küstenwache für den Kampf gegen Piraten im Golf von Aden zwischen der Arabischen Halbinsel und Somalia beschlossen werden."[26] Möglicherweise deutet dies auf eine EU-Mission zur Sicherheitssektorreform im Jemen hin – im gegenüberliegenden Somalia jedenfalls wird in Kürze eine gestartet werden – endgültig entschieden ist hierüber aber noch nicht. Theoretisch erlaubt darüber hinaus auch das ATALANTA-Mandat der EU nicht nur vor der jemenitischen Küste auf Piratenjagd zu gehen, sondern sogar innerhalb des Landes und in dessen Luftraum zu agieren - das Einverständnis der Regierung Jemens vorausgesetzt. Seeseitig operieren Teile der ATALANTA-Schiffe ohnehin bereits in diesem Gebiet. Auch wenn also gegenwärtig seitens der EU öffentlich keine Überlegungen angestellt werden, mit Bodentruppen innerhalb des Jemens einzugreifen, bietet das existierende Mandat hierfür durchaus die Möglichkeit, sollte die Situation außer Kontrolle geraten.

## Fazit

Ganz offensichtlich ist die jemenitische Regierung Teil des Problems, nicht der Lösung. Jegliche Form von Finanzhilfen sollte deshalb einerseits daran gebunden sein, dass diese nicht in irgendeiner Form zum Aufbau von „Sicherheitskräften" verwendet werden, seien es Polizei oder Armee. Damit wird nur Öl ins Feuer des Bürgerkriegs gegossen. Andererseits sollte die Vergabe von Hilfsgeldern strikt an die Maßgabe gekoppelt sein, dass sie allen Regionen zugute kommen, und zwar ungeachtet der religiösen und/oder politischen Ausrichtungen der dort mehrheitlich lebenden Menschen.

Ferner sollte klar sein, dass jegliche Militäraktion im Land nur zu einer Verschlimmerung der Lage beitragen wird. Außerdem bestärkt die einseitige Unterstützung der jemenitischen Regierung diese darin, gegenüber den Aufstandsbewegungen einen harten Kurz einzuschlagen und einen Aussöhnungsprozess zu vermeiden. Dies trägt außerdem dazu bei, dass die Regierung in Sanaa weiterhin darauf verzichten wird, die sozialen, politischen und religiösen Ursachen der Konflikte anzugehen. Über all diese Aspekte dürfte aber westlicherseits stillschweigend hinweggesehen werden, um den Jemen und damit Saudi Arabien als antiiranisches Bollwerk in der Region zu stärken.

## Anmerkungen

1 „Islamisten sind zwar vertreten, doch die Sozialisten geben den Ton an." Steinberg, Guido: Der Jemen vor dem Staatszerfall? Bürgerkrieg und Separatismus sind bedrohlicher als al-Qaida, SWP-Aktuell Januar 2010, S. 3.

2 Ebd.

3 Leukefeld, Karin: Wie stark ist Al Qaida in Jemen?, Neues Deutschland, 31.12.2009.

4 Iran urges Yemen's neighbors to stay out of rebellion, cnn.com, 11.11.2009.

5 Steinberg 2010, S. 2.

6 So etwa Fawaz Gerges, Professor für Politik des Mittleren Ostens an der London School of Economics: „Al-Qaida ist die geringste der vielen Herausforderungen im Jemen." Leukefeld, Karin: Das Teile-und-herrsche-Prinzip, junge Welt, 29.12.2009.

7 Andrew Exum/Richard Fontaine: On the Knife's Edge: Yemen's Instability and the Threat to American Interests, CNAS Policy Brief, November 2009. Auch Außenministerin Hillary Clinton gab zu Protokoll: "Die Instabilität im Jemen ist eine Bedrohung der regionalen und selbst der globalen Stabilität." Bewährungsprobe Guantanamo, Deutschlandfunk, 19.01.2010.

8 Betroffen könnte hiervon etwa auch der ebenfalls überwiegend schiitische Oman sein, der bislang noch als westlicher Verbündeter gilt. Vgl. Bhadrakumar, M.K.: Obama's Yemeni odyssey targets China, Asia Times, 09.01.2010.

9 Um was geht's beim Krieg auf der arabischen Halbinsel? (Jemen): http://unser-trappenkamp.de/tr/?p=1127

10 Korski; Daniel: Yemen: Europe's next challenge, ECFR, 04.01.2010; vgl. auch Gulf neighbours key to resolving Yemen's ills, AFP, 28.01.2010.

11 Vgl. Meienreis, David: Der Sudan im Räderwerk der Weltpolitik, IMI-Analyse 2007/034.

12 Außenminister wollen Jemen stützen, tagesschau.de, 09.01.2010.

13 Dies geschieht im Übrigen wohl eher, weil die Handelsschiffe ausgewichen sind, nicht weil die Piraten durch die Mission erfolgreich verdrängt worden wären.

14 Bhadrakumar 2010.

15 Leukefeld 2010

16 Yemeni leader vows to crush rebels, The National, 19.01.2010: http://www.thenational.ae/apps/pbcs.dll/article?AID=/20090820/FOREIGN/708199846/1135

17 Yemen using war on al-Qaida to bolster regime, The China Post, 12.01.2010.

18 Leukefeld, Karin: Den Angeboten folgt das Schweigen, Neues Deutschland, 02.02.2010.

19 Following Path of Least Resistance, Terrorists Turn Yemen Into Poor Man's Afghanistan, FoxNews.com, 28.12.2009.

20 U.S. Launched Missile Strikes on Al Qaeda in Yemen, Sources Say, FOXNews.com, 18.12.2009.

21 Margolis, Eric: Die Vereinigten Staaten von Amerika treten in das Hornissennest Jemen, ZMag, 03.01.2010.

22 U.S., Saudi dominate Yemen security help, yahoonews, 21.01.2010.

23 Die neue Front, German-Foreign-Policy.com, 04.01.2010.

24 Jemen –Europäische Gemeinschaft Strategiepapier für den Zeitraum 2007-2013: http://ec.europa.eu/external_relations/yemen/csp/07_13_de.pdf

25 Detroit terror attack: Britain sends counter-terrorist forces to Yemen, the Telgraph, 03.01.2010.

26 Angst vor Anschlägen im Jemen wächst, Faz.net, 03.01.2010.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# The world at peace is a very dangerous place*:

## Weniger letale Waffen in „kleinen“ Kriegen

*von Jonna Schürkes und Christoph Marischka*

* So der erste Satz aus den Erörterungen von Major Hall zu „Einsatzregeln und nicht-letalen Waffen – eine tödliche Kombination?“ und spielt darauf an, dass US-Marines seit Ende des Kalten Krieges zunehmend in so genannten Friedensmissionen eingesetzt werden.

Es gibt Waffen, die dürfen Soldaten zwar gegen Zivilisten anwenden, nicht aber gegen Soldaten befeindeter Armeen. Hierzu zählt Tränengas, das entsprechend dem Chemiewaffenübereinkommen von 1992 zwar zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“, nicht aber in internationalen bewaffneten Konflikten angewandt werden darf.[1] Diese Regelung mag zunächst überraschen, geht man doch allgemein davon aus, dass die Befugnisse von Soldaten im Friedensfall gegenüber dem Krieg deutlich eingeschränkt seien und überhaupt, dass im Frieden eher eine Rechtsordnung, im Krieg hingegen tendenziell eine Gewaltordnung vorherrscht. Wenn man internationales Recht hingegen als Ergebnis und Prozess der Aushandlung zwischen Staaten über den Umgang miteinander begreift, erscheint die zunächst paradoxe Regelung schon einleuchtender. Für den Umgang miteinander wurde der Einsatz chemischer Kampfstoffe ausgeschlossen. Beim Umgang mit der eigenen Bevölkerung und gemeinsamen friedenserzwingenden Maßnahmen in Drittstaaten hingegen wollte man auf das Tränengas nicht verzichten.

Tatsächlich ist das internationale Konfliktgeschehen heute durch Letzteres geprägt: innerstaatliche Konflikte und multilaterale „Friedensmissionen“ unter UN-Mandat. Selbst der aktuelle ISAF-Einsatz in Afghanistan, in dessen Rahmen regelmäßig afghanische Dörfer bombardiert werden, zählt völkerrechtlich zu letzter Kategorie.[2] Streng genommen dürften ISAF Soldaten, nicht aber Soldaten unter OEF-Mandat Tränengas gegen Aufständische einsetzen. Da Deutschland gegenwärtig keine Soldaten im Rahmen von OEF mandatiert hat, sind die knapp 8.000 deutschen Soldaten in Auslandseinsätzen allesamt in multilateralen und UN-mandatierten „Friedenseinsätzen“ und unterliegen nach Ansicht der Regierung nicht dem Kriegsvölkerrecht. Ihre Aufgabe ist die Beobachtung von Waffenstillstandsabkommen, die Unterbindung von Waffenlieferungen und eben die Durchsetzung oder „Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung“. Sie haben dementsprechend noch nicht einen einzigen Kriegsgefangenen gemacht und unterhalten hierfür auch keinerlei Infrastruktur. Stattdessen helfen sie beim Aufbau staatlicher Institutionen (v.a. Militär und Polizei), unterbinden oder zerschlagen sie Demonstrationen und nehmen sie Kriminelle fest, zu denen eben auch „violent troublemakers“, Piraten und Terroristen zählen, die sie der Justiz der verbündeten Staaten (die sie häufig zuvor selbst mit aufgebaut haben) übergeben.

In der US-Army wurden die Einsatzregeln und Strategien für solche „Friedenseinsätze“ bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem von der Marine unter dem Begriff „Small Wars“ – definiert als „Einsätze, bei denen die Konfliktparteien nicht auf beiden Seiten aus regulären Truppen bestehen“ - entwickelt. Als Grundlage diente eine Monografie von Colonel C.E. Callwell mit dem gleichnamigen Titel aus dem Jahre 1896 sowie das „Small Wars Manual“ des US-Marinekorps von 1940, die beide überwiegend auf Erfahrungen aus den britischen Kolonialkriegen und US-amerikanischen Interventionen in Zentralamerika und der Karibik basieren und das moderne Völkerrecht noch nicht berücksichtigen konnten. Mit der Joint Doctrine 3-07 des gemeinsamen Generalstabs der USA von 1995 wurde der Begriff des „Small Wars“ durch „Military Operations other than War“ (MOOTW) ersetzt, für alle Teilstreitkräfte konzeptualisiert und der aktuellen Konfliktlage sowie dem modernen Völkerrecht angepasst, ohne jedoch definitorisch wesentlich von dem der „Small Wars“ abzuweichen.[3]

Hintergrund dieser Fortentwicklung waren zweifelsfrei die neue weltpolitische Lage nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes sowie die vorangegangenen Bemühungen um Peacekeeping und Peaceenforcement in Bosnien-Herzegowina und Somalia. Die gleichen Rahmenbedingungen führten auch dazu, dass die Zahl der UN-mandatierten Militäreinsätze Anfang der 1990er sprunghaft anstieg und ihr Mandat immer robuster wurde. War es beim klassischen Peacekeeping Aufgabe der Soldaten, lediglich den bereits ausgehandelten Waffenstillstand zwischen zwei Konfliktparteien zu überwachen und durften sie hierbei nur zur Selbstverteidigung Waffengewalt anwenden, dehnten sich mit den so genannten dritten und vierten Generationen des Peacekeeping die Aufgabenbereiche immer weiter in Richtung Aufbau staatlicher Institutionen und Durchsetzung bzw. „Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit und Ordnung“ aus, während gleichzeitig dem Einverständnis aller beteiligten Konfliktparteien als Voraussetzung für einen UN-mandatierten Einsatz immer weniger Beachtung geschenkt wurde bzw. ob deren irregulären Charakter geschenkt werden konnte.

Die Mandate für die Soldaten werden robuster, ihre Spielräume für den Waffeneinsatz also größer, während ihre Neutralität zunehmend in Frage steht. Begründet wird dies mit dem „Versagen der internationalen Gemeinschaft“ v.a. in Srebrenica und Ruanda und dem Anspruch, Aufgabe der UN-Soldaten solle es sein, ZivilistInnen zu schützen, was eben auch intensive Kampfhandlungen erfordert oder zu solchen führen kann. Die Suche nach angemessenen Einsatzregeln für „das unmögliche Mandat“, ZivilistInnen zu schützen, ohne deshalb mutmaßliche Milizionäre, Banditen, Piraten und Terroristen gleich präventiv erschießen zu müssen und damit eine Eskalation des Konfliktes und die Gefährdung der intervenierenden Truppe zu riskieren, führte humanitär argumentierende Think-Tanks bezeichnenderweise wiederum zum Small Wars Manual und zur MOOTW-Doktrin der US Army.[4]

Nun scheinen gerade weniger letale Waffen (WLW) das „unmögliche Mandat“ möglich zu machen. Daher erstaunt es nicht, dass ebenfalls in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die NATO mit der Forschung an WLW begann. WLW sind nicht darauf ausgelegt, Personen zu töten, sondern darauf, Personen oder Menschenmengen von bestimmten Handlungen abzuhalten oder zu bestimmten Handlungen zu zwingen. Auch innerhalb einer breiteren Öffentlichkeit fand die Ausrüstung von UN-Soldaten mit WLW bald prominente Unterstützung, verspricht sie doch, „die Lücke zwischen Schrei und Schuss“[5] zu schließen und

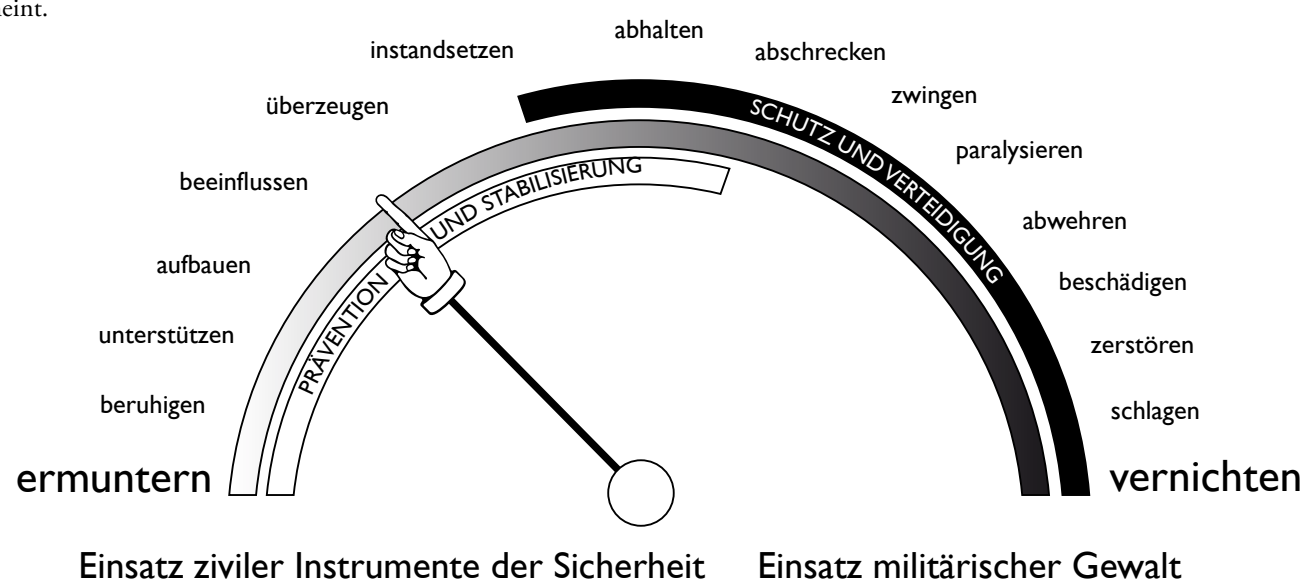
das gesamte Spektrum der Gewaltanwendung, das in MOOTW und mittlerweile ebenso in UN-Mandaten vorgesehen ist, zu einem Kontinuum werden zu lassen, das jederzeit entsprechend der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit angewandt werden könne. Auch innerhalb der US-Army besteht die Ansicht, dass WLW den „Zielkonflikt zwischen Erfüllung des Einsatzauftrags, Schutz der eigenen Einheiten und der Sicherheit von Nichtkombattanten" entschärfen könnte.[6]

Aus Reihen der NATO und des US-Militärs ist aber auch eine breite Skepsis und Ablehnung von WLW zu vernehmen. Vom militärischen Standpunkt aus gesehen besteht eines der herausragenden Merkmale und die größte Herausforderung in Small Wars und MOOTW nämlich gerade in der Komplexität dieser Konfliktkonstellationen, der Unklarheit über den Status der „Gegner" und der eigenen Befugnisse. Diese Grauzonen, die den einzelnen Soldaten und Kommandeuren der unteren Ebene schwere Entscheidungen (im Grunde über Krieg und Frieden) abverlangen und durchaus eskalierend wirken können, drohen sich durch die Ausrüstung mit WLW und durch Einsatzregeln, die deren Anwendung in Abgrenzung zur tödlichen Gewalt regeln, zu erweitern. Die jüngsten Diskussionen um von Bundeswehrsoldaten getötete Zivilisten und mutmaßliche Taliban zeigen, wie schwer es für Soldaten in solchen Missionen ist, allein zwischen zwei Optionen zu entscheiden, was nicht erleichtert wird, wenn eine dritte Option hinzukommt. Eine Befürchtung, die offensichtlich von der Politik ernst genommen wird, denn den meisten Armeen (auch der Bundeswehr) ist der Einsatz von WLW bislang nur in Situationen erlaubt, in denen auch die Anwendung tödlicher Gewalt zulässig wäre. Die zweite Befürchtung der Militärs hinsichtlich WLW, die von vielen zivilen Organisationen geteilt wird, bezieht sich auf die Gefahr eines neuen Wettrüstens – einerseits natürlich insbesondere in Bezug auf chemische und biologische Waffen, deren Weiterentwicklung sich nach der Legalisierung von Tränengas und ähnlichen Stoffen kaum noch verhindern lassen wird.[7] Andererseits aber auch hinsichtlich der Auf- und Ausrüstung nichtstaatlicher Akteure mit solchen, welche die Grauzonen um den Kombattantenstatus weiter vergrößern könnte.[8] Eine Befürchtung, die sich insbesondere durch aktuelle Diskussionen um die Piratenbekämpfung und die Bewaffnung der Handelsschifffahrt mit WLW sowie durch die intensive Lobbyarbeit von Forschung und Industrie für Einsatz und Fortentwicklung von WLW bereits zu bestätigen scheint.

## Wenn von Neutralität keine Rede mehr ist: Weniger Letale Waffen in Friedensmissionen

Das zunehmende Interesse an Forschung und Entwicklung von WLW koinzidiert mit der Zunahme von UN-mandatierten Einsätzen. De facto gibt es kaum (noch) UN-mandatierte Friedenseinsätze, in denen sämtliche Konfliktparteien dem Einsatz einer internationalen Truppe zustimmen und in denen die Mission der Soldaten ohne Waffengewalt über die Selbstverteidigung hinaus erfüllbar scheint. In diesen Situationen gibt es keinen Frieden oder auch nur Waffenstillstand, der gehalten werde könnte, sondern dieser „Frieden" muss erst durchgesetzt werden. Die Truppen werden auf Ersuchen oder mit Zustimmung einzelner Konfliktparteien entsandt, was an sich schon dafür sorgt, dass die Truppen nicht als neutraler Akteur zwischen verschiedenen Konfliktparteien vermitteln, sondern dass sie selbst zu einer Konfliktpartei werden, die daher auch Angriffen ausgesetzt sind.

Das robuste Mandat erlaubt Soldaten in UN-mandatierten Einsätzen, Waffengewalt auch zur Erreichung der Missionsziele einzusetzen. Die Legalität solcher Einsätze ist zwar durch die Zustimmung der Staatengemeinschaft gewährleistet, ihre Legitimität in den Augen der Gesellschaften sowohl im Einsatzland als auch in den Ländern, die für den Einsatz Soldaten entsenden, jedoch kritisch. Die teilweise gewaltsame Durchsetzung einer neuen öffentlichen Ordnung gegen Widerstände von bewaffneten und zivilen Gruppen, die heute häufig das eigentliche Einsatzziel darstellt, wird legitimiert durch den Schutz von Zivilisten, dem hierdurch (und durch die von den Militärs häufig beklagte media coverage) eine erhöhte Priorität zukommt.[9] Gleichzeitig überschätzen gerade Gesellschaften, in denen die Gegenwart von bewaffneten Soldaten nicht zum Alltag gehört, die Möglichkeiten, hierdurch alltägliche Gewalt einzudämmen, während sie das Maß an Gewalt, dass nötig wäre, um in Situationen allgemeiner Unsicherheit, Übergriffe, Vertreibungen usw. einzudämmen, enorm unterschätzen.[10] Hier wird die oben erwähnte Komplexität sichtbar, die Grenzen zwischen dem eigentlichen Einsatzziel und dem Schutz von ZivilistInnen verschwimmen. Die Legitimität, die über Erfolg oder Misserfolg des gesamten Einsatzes entscheiden kann, erfordert einerseits ein Mindestmaß an Gewaltanwendung, andererseits erfordert sie auch die Gewaltanwendung in Situationen, die mit dem




*Grafik: Nachempfunden einer Präsentation von Oberst i.G. Ralph Thiele zur „Vernetzten, bedarfsgerechten Wirkung" bei einem Gastvortrag beim Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

ationalen Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, an denen sich Deutschland seit fzehn Jahren beteiligt, haben ein deutlich breiteres Spektrum an Einflussfaktoren, Anforde- moderne Streitkräfte aufgezeigt, das gegenüber Szenarien, Einsatzbedingungen und fechtes erhebliche Unterschiede aufweist. Nichtletale Wirkmittel abgestuften Reaktion.

*Ausschnitt aus der Militärzeitschrift „Strategie und Technik", November 2009.*

eigentlichen Einsatzziel kaum zu tun haben. Eine der Gefahren, die aus dieser Komplexität erwachsen können, wird seit dem US-/UN-Einsatz in Somalia Anfang der 1990er als „mission creep" bezeichnet – die kontinuierliche Ausweitung des militärischen Auftrags bis hin zur völligen Unerfüllbarkeit, die häufig in der Katastrophe mündet. Im Falle der UNOSOM/UNITAF-Einsätze in Somalia wurden zwischen 1992 und 1995 letztlich 7.000-10.000 ZivilistInnen durch UN-mandatierte Soldaten getötet – in der „Schlacht von Mogadischu" im Oktober 1993 mehrere hundert an einem einzigen Tag – nachdem sich zuvor das Mandat beständig erweitert hatte.[11] Durch die zahlreichen toten Zivilisten verlor der Einsatz an Legitimität und die internationalen Truppen gerieten in die Defensive, bis sie sich bis März 1995 vollends zurückzogen. Um ihren Rückzug abzusichern, setzten die US-Soldaten erstmals WLW im Rahmen eines UN-Einsatzes ein, daneben wurde auf bezahlte somalische Söldner und Milizen zurückgegriffen.

Seither beziehen sich Befürworter der Ausrüstung von Peacekeeping Missionen mit WLW häufig auf das Scheitern der UN-Einsätze in Somalia. Mit ihnen – so wird argumentiert – hätte sowohl die hohe Anzahl an somalischen Zivilisten, als auch der Tod zahlreicher US- und UN-Soldaten verhindert werden können.[12]

Tatsächlich ist jedoch anzuzweifeln, ob der Einsatz nicht letaler Waffen deeskalierend wirkt. Ihr Einsatz ist – wie auch im Fall Somalias – nur in Situationen zulässig, in denen auch die Anwendung letaler Waffen erlaubt wäre. Das sind typischerweise Situationen, in denen feindselige bewaffnete Kräfte anwesend sind und die UN-mandatierten Soldaten entweder einer konkreten Gefahr ausgesetzt sind oder sich dieser durch die Anwendung von Waffengewalt auch weniger letaler Art zumindest aussetzen würden. Aus Gründen des Eigenschutzes würden sich die Soldaten tendenziell für den Einsatz konventioneller Waffen entscheiden, der aber die Legitimität und damit den Erfolg des Einsatzes gefährden kann. Deshalb wird von ihnen verlangt, wenn möglich weniger letale Waffen einzusetzen. Die erhöhte Gefährdung, die hieraus für sie erwächst, kann sie dazu bewegen, WLW auf einer niedrigeren Eskalationsstufe einzusetzen. Major Hall vom US Marinekorps beschreibt die Gefahren eines solchen Szenarios in einem Artikel, in dem er sich gegen die Verwendung nicht letaler Waffen in Friedenseinsätzen ausspricht: „Gehen wir davon aus, dass ein US-Soldat sein Ziel [mit weniger letalen Waffen] getroffen hat, ohne Zivilisten verletzt zu haben. […] Die Kameraden des Getroffenen hören den Schuss einer Waffe und sehen, wie ihr Kamerad zu Boden geht. Sie wissen nicht, dass er mit nichtletaler Munition getroffen wurde. Alles, was sie wissen ist, dass einer von ihnen von einer Waffe getroffen worden ist. In der Menge bricht Panik aus und dutzende von zuvor versteckten Waffen erscheinen und die Soldaten werden mit tödlicher Munition beschossen. Und nun antworten die Soldaten – entsprechend ihrer Pflicht sich selbst zu verteidigen – mit tödlicher Munition. Was ein Versuch war, eine gefährliche Situation zu vermeiden, ist zu einer Kampfhandlung eskaliert, mit zahlreichen toten Zivilisten und Bewaffneten".[13] Dass eine einzige solche Eskalation einen Einsatz zum Misserfolg machen kann, zeigt sich am Beispiel Somalia überdeutlich.

## Die Forschungsprojekte der NATO und der Balkan als ihr Testfeld

Während UNOSOM II wurde von der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren der NATO eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, sich grundlegend mit der Möglichkeit der militärischen Nutzung von WLW auseinander zu setzen. Seither wird in

der Forschungs- und Technologieorganisation der NATO intensiv an diesem Thema geforscht. In deren Berichten wird der Einsatz von WLW bei Friedenseinsätzen empfohlen. Dennoch wurden sie bisher nicht in die NATO Strategien und Doktrinen aufgenommen. Cees M. Coops vom NATO Defense College sieht die Ursachen hierfür darin, dass die Folgen des Einsatzes von WLW nicht ausreichend erforscht sind und internationalen Abkommen den Einsatz von verschiedenen Arten von WLW verbieten. Bei NATO-Einsätzen kommt hinzu, dass die unterschiedlichen Einheiten jeweils dem nationalen Recht unterstehen und damit der Einsatz von WLW nicht allen gleichermaßen erlaubt oder verboten ist. Die Lösung dieser Probleme sieht Coops zum einen in einer Änderung der internationalen Abkommen, zum anderen in der Angleichung der nationalen Gesetzgebung der NATO Mitglieder bezüglich des militärischen Einsatzes von WLW. Und schließlich seien verschiedene der oben genannten Probleme durch klare Einsatzregeln (Rules of Engagement) zur Nutzung von WLW zu lösen.[14]

Damit bestätigt er nach über zehn Jahren, in denen Industrie und Teile der Politik den Einsatz von WLW insbesondere bei Friedenseinsätzen intensiv propagiert und vorangetrieben haben, was eine Expertengruppe bereits 1996 im Rahmen eines von der „Defence Research Group" der NATO organisierten Seminars festgestellt haben: Nicht die technischen Möglichkeiten schränken den Gebrauch von WLW ein, sondern Fragen hinsichtlich des internationalen Rechts, der Doktrin, der konkreten Einsatzregeln und der Ausbildung der Soldaten beim Umgang mit WLW.[15] Diese Fragen verweisen auf grundsätzliche Skepsis beim Militär gegenüber der Ausrüstung mit WLW[16] sowie grundsätzlichen Unvereinbarkeiten von militärischer „Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung".

All diese Probleme des internationalen Rechts, der unterschiedlichen nationalen Rechtslagen, der Ausbildung und der Weiterentwicklung der Doktrinen lassen sich nur durch regelmäßige, intensive und umfassende Übungen und auch Einsätze bewältigen, wie sie vor allem auf dem Balkan im Rahmen von KFOR und SFOR/EUFOR stattfinden. Hier entstand eine Art neue Truppengattung, die CRC-Züge, die speziell für Crowd and Riot-Control, den Umgang mit potenziell gewalttätigen Menschenmengen, aufgestellt wurden und hier wurden bereits massenweise Soldaten im Umgang mit WLW wie Helm, Schild, Knüppel, Pfefferspray und Tränengas ausgebildet. Hier bewies sich auch die Tauglichkeit von Gendarmerie-Kräften für Friedenseinsätze, da diese sowohl unter militärischem wie auch unter zivilem Kommando (etwa im Rahmen von Rechtsstaatsmissionen) mit örtlichen Polizeikräften auf Streife geschickt oder mit der Auflösung von Demonstrationen betraut werden können.[17] Der Bundeswehreinsatz im Kosovo diente als Anlass für Deutschland, das Durchführungsgesetz zum Chemiewaffenübereinkommen zu lockern und erstmals Feldjäger mit polizeilichen Aufgaben gegenüber Zivilisten zu betrauen.[18] Im Kosovo und in Bosnien Herzegowina wurde mit unterschiedlichen Mandaten experimentiert und diese miteinander kombiniert. So hat sich bei Übungen im Kosovo gegenwärtig folgende Strategie zum Schutz von internationalen Institutionen gegen antikoloniale Proteste durchgesetzt. Es werden zwei Gebiete definiert, eine blaue Zone, in die Protestierende notfalls eindringen können und eine rote Zone, die in jedem Fall verteidigt werden muss. Die erste Verteidigungslinie stellt grundsätzlich die verhältnismäßig schwache (und oft auch gegen die eigenen Landsleute wenig motivierte) kosovarische Polizei. Ist diese überfordert, kommen die Gendarmerie-Kräfte der EU-Rechtsstaatsmission EULEX sowie WLW zum Einsatz. Können auch diese ein Eindringen in die blaue Zone nicht verhindern, verteidigen die CRC-Kräfte der KFOR unter NATO-Kommando notfalls auch unter Gebrauch konventioneller Schusswaffen das Eindringen in die rote Zone, nachdem sie zuvor schon beispielsweise durch das demonstrative Einfliegen von Panzern und andere Show-of-Force-Maßnahmen die Protestierenden einschüchtern sollten. Mittlerweile spielt auch die Aufklärung über die Stimmung in der Bevölkerung, möglicherweise anstehende Proteste und mutmaßlichen Rädelsführer eine zunehmende Rolle und die entsprechende Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Informanten, den Abteilungen für operative Informationen und die Anwendung geeigneter Informationstechnologien werden trainiert. Auch die Zusammenarbeit mit zivilen Einrichtungen wie der Feuerwehr soll sich in diesem Rahmen einspielen und die Soldaten, die bei den Übungen die Protestieren mimen, sollen hierdurch ein Gespür dafür entwickeln, welche Dynamiken sich unter dem Einfluss von Adrenalin und Sprechchören in Menschenmengen entfalten, um diese besser einschätzen zu können. Erschreckend ist, dass hierbei Szenarien und Konstellationen durchgespielt werden, wie sie durchaus auch innerhalb der EU bei Massenprotesten vorkommen und dass Begriffe wie NGOs, Demonstranten, Randalierer usw. in den Übungsprogrammen weit gehend synonym verwandt werden.[19] Französische Gendarmerieeinheiten lösen in Absprache mit der französischen Feuerwehr unter Beobachtung von deutschen Polizisten und dem Schutz von NATO-Soldaten eine Demonstration im Tränengasnebel auf – für die Proteste gegen den NATO-Gipfel 2009 in Strasbourg wurde offensichtlich im Kosovo geübt.

Auch wenn die Berichte zum Kosovo tatsächlich vermitteln, es handele sich um eine große Aufstandsbekämpfungsübung, so wird diese jedoch nicht nur geübt, sondern auch tatsächlich betrieben. Vor allem seit der Kosovo sich – mit Unterstützung vieler europäischer Regierungen – für unabhängig erklärte, wachsen die Spannungen zwischen der albanischen und serbischen Bevölkerung. Aber auch die Präsenz der internationalen Truppen, die im Kosovo einen von der EU abhängigen Staat errichten sollen, löst bei allen Bevölkerungsgruppen im Kosovo Protest aus. Diese Demonstrationen werden zunehmend durch EULEX, KFOR und die kosovoarische Polizei aufgelöst. Da es hierbei ganz offensichtlich nicht mehr um den Schutz der Zivilisten – der das internationale Mandat begründet – sondern um die Durchsetzung einer neuen „öffentlichen Sicherheit und Ordnung", geht und sich (jedenfalls in den Demonstrationen) kaum noch irreguläre bewaffnete Kräfte aufhalten, ist die Legitimität des Einsatzes besonders prekär. Deshalb wird vorwiegend auf WLW zurückgegriffen, auch wenn der Einsatz von Schusswaffen – beispielsweise zum Eigenschutz – zulässig wäre.

## Aufrüstung an Bord: Piraterie als Chance der Sicherheitsindustrie

Neben diesem im doppelten Wortsinn nahe liegenden Anwendungsgebiet für WLW wird deren Einsatz auch im Kampf gegen die Piraterie insbesondere von der Industrie gegenwärtig intensiv erwogen. Die Konfliktkonstellation ist insgesamt ähnlich: Soldaten der internationalen Gemeinschaft stehen auf der Grundlage eines UN-Mandates sowie des internationalen Seerechts in einem unübersichtlichen Umfeld sowohl Zivilisten (v.a. Fischer und Flüchtlinge) als auch nicht-staatlichen Akteuren gegenüber, die nicht als Kombattanten, sondern allenfalls als Kriminelle zu behandeln sind. Der regelmäßige Einsatz tödlicher Gewalt würde die Legitimität des teuren Einsatzes, der im Grunde nur Werften und Reedern nützt, weiter untergraben und jeder Ein-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

zelfall wirft komplizierte rechtliche Fragen auf. Deshalb lässt sich die NATO mittlerweile über die Möglichkeit der Verwendung weniger letaler Waffen zur Piratenabwehr informieren.[20] Besonders die Möglichkeit, mithilfe des „Active Deniel Systems" Piraten zu vertreiben, hat es der NATO scheinbar angetan. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sie sich von dem Hersteller Raytheon darüber informieren lassen, inwieweit dieser Mikrowellen-Strahler, der demjenigen, der diesen Strahlen ausgesetzt wird, starke Schmerzen zufügen soll, auch auf Schiffen angewendet werden kann.[21] Auch die US-Marine hält WLW zur Bekämpfung von Piraten durchaus für geeignet.[22] Doch die fehlende Ausrüstung mit WLW und der im Verhältnis zu den Forderungen der Reedereien eher restriktive Einsatz konventioneller Waffen durch die Seestreitkräfte ist nicht der primäre Grund, weshalb die Angriffe der Piraten seit der Präsenz der internationalen Seestreitkräfte nicht abgenommen haben (tatsächlich haben sie sogar zugenommen).[23]

Die Piraten haben schlicht ihren Aktionsradius erweitert und somit ist es aufgrund der Größe des Einsatzgebietes und des immensen Aufkommens an Seeverkehr unmöglich, alle Handelsschiffe zu begleiten oder auch nur in Korridoren die notwendige Präsenz aufrecht zu erhalten, um jedem angegriffenen Schiff rechtzeitig zur Hilfe zu kommen. Die Begleitung aller Schiffe in der Region sei schlicht nicht möglich, ließ ein Sprecher der Atalanta Kommandozentrale nach der Entführung der MS Victoria verlauten.[24] Eine Position, die auch von der deutschen[25] und der US-Marine vertreten wird. Pentagonsprecher Geoff Morrell erklärte im November 2008 unmissverständlich: „Alle Länder der Welt könnten Schiffe ihrer Marine dorthin entsenden, aber so löst man dieses Problem nicht".[26]

Angesichts dessen wird von den Reedereien daher gefordert, sie sollten sich selbst verstärkt um den Schutz ihrer Schiffe kümmern. Wie dies jedoch aussehen soll, darüber ist man sich keineswegs einig. General Petraeus, Kommandeur des US-Central Command, forderte kürzlich die Reedereien dazu auf, das Angebot privater Sicherheitskräfte zu nutzen oder die eigenen Seeleute zu bewaffen. Der Vorsitzende des Verbands Deutscher Reeder, Hans-Heinrich Nöll, wiederum sähe es gerne, wenn Soldaten an Bord der zivilen Schiffe mitfahren würden, diese hätten „eine noch größere Abschreckungswirkung als Marineschiffe allein, die in der Piratenregion patroullieren".[27] Die Reedereien lehnen jedoch mehrheitlich die Präsenz von Soldaten oder bewaffneten Seeleuten an Bord ab, da dies sowohl die Mannschaft als auch die Schiffe und ihr Ladung zusätzlich gefährden würde.

Die Versicherungen, der Verband Deutscher Reeder und das IMB raten den Reedern daher, eigene nichtletale Sicherheitsmaßnahmen gegen Piraten einzusetzen. Die Versicherung Münchner Rück veröffentlichte bereits 2006 eine Broschüre unter dem Titel: „Piraterie – Bedrohung auf See",[28] in der sie den Reedereien empfiehlt, ihre Schiffe mit verschiedenen WLW auszustatten. Hier zeigt sich, dass WLW auch die Trennung zwischen unbewaffneter und bewaffneter Schifffahrt aufheben können. Die Ausrüstung mit konventionellen Waffen wird abgelehnt, die Verwendung nichtletaler wird sogar empfohlen.

Es muss zwischen zwei verschiedenen Arten von WLW, die zur Abwehr von Piraten geeignet sein könnten, unterschieden werden: jene, die verhindern sollen, dass die Piraten an Bord kommen und solche, die sie auf Distanz halten sollen. Zu den ersten gehören Elektrozäune an der Reling, Gleitschaum oder Glasscherben an Bord oder die Abwehr der Piraten mit Wasserschläuchen. Diese Wirkmittel provozieren jedoch, dass sich die Piraten besser bewaffnen und durch die Drohung, das Schiff beispielsweise mit Raketenwerfern zu beschießen, durchsetzen, an Bord gelassen zu werden. Waffen, die Piraten auf Distanz halten sollen, hingegen bergen die Gefahr, dass sie regelmäßig gegen zivile Schiffe zum Einsatz gebracht werden, da auf größere Distanz kaum zwischen Flüchtlingen, Fischern und Piraten unterschieden werden kann. Zu dieser Art von WLW gehört das „Long Range Acoustic Device", eine so genannte Akustikkanone, die auf mehrere hundert Meter Entfernung hochfrequente akustische Signale mit einer immensen Lautstärke emittieren kann, was starke Ohrschmerzen verursacht und jegliche Kommunikation unmöglich macht. Im November 2005 habe das Kreuzfahrtschiff „Seabourn Spirit" einen Piratenangriff mithilfe einer solchen Akustikkanone verhindert, heißt es in der Broschüre der Münchener Rück. Verschiedene Reeder scheinen die Anschaffung dieser Waffe in Erwägung zu ziehen.[29]

Dass auch die Reedereien bei der Anschaffung von WLW noch zögerlich sind, mag angesichts der Vehemenz, mit der die Anbieter von WLW auf diesen zivilen Markt drängen, überraschen. Alleine im September und Oktober 2009 haben mindestens fünf große Konferenzen und Messen zum Thema maritime Sicherheit stattgefunden, die sich explizit mit dem Thema Piraterie beschäftigen und bei denen immer auch die Möglichkeiten nichtletaler Waffen für zivile Schiffe diskutiert bzw. derartige Waffen vorgestellt werden.[30] Es ist absehbar, dass die Highways des Welthandels wie der Golf von Aden oder die Straße von Malakka künftig von Handelsschiffen passiert werden, welche die jeweils ansässige Bevölkerung durch WLW – möglicherweise bedient durch hierfür angeheuerte Sicherheitskräfte – auf Distanz halten. Eine Form der „Abschottungsoperationen, [um] die globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen ab[zu]sichern"[31] die alltäglich und privatisiert stattfinden wird. Die Ausrüstung von privaten Sicherheitskräften und kriminellen Vereinigungen mit WLW wird jedoch auch an Land schnell vollzogen und unkontrollierbar werden, wenn ein legaler ziviler Markt einmal geschaffen ist. Dieser gefährdet dann wiederum das Gewaltmonopol der internationalen Gemeinschaft, das diese mit aller Kraft verteidigen wird.

*Auszug aus der Präsentation des ADS-Herstellers Raytheon auf einem Workshop der NATO Naval Armamentes Group.*

## Anmerkungen

1 Hans Wolfram Kessler: Krieg ohne Tränen? Reizstoff für die Bundeswehr: Zur Änderung des deutschen Ausführungsgesetzes zum Chemiewaffenübereinkommen, in: Humanitäres Völkerrecht - Informationsschriften 1/2005; S. 4-10.

2 Auch wenn hier durch die bewusste und enge Verknüpfung mit dem OEF-Einsatz, der auf Artikel V des NATO-Vertrages beruht, quasi zeitgleich ein internationaler bewaffneter Konflikt vorliegt, in dem aber wiederum den Kämpfern der Al Kaida und der Taliban der Kombattantenstatus aberkannt wird. Ob und wie das Kriegsvölkerrecht zur Anwendung kommt, obliegt der (gemeinsamen) Einsatzführung von ISAF und OEF.

3 Major Allen S. Ford identifiziert lediglich zwei Unterschiede in den Definitionen von Small Wars und MOOTW: Während beide auf die Verzahnung von diplomatischen und militärischen Mitteln verweisen, integriert MOOTW explizit auch den Einsatz kommunikativer und wirtschaftlicher Strategien. Außerdem seien MOOTW im Gegensatz zu Small Wars konzeptionell nicht auf das Ausland beschränkt, sondern auch im Inland möglich. Vgl: Allen S. Ford: The Small War Manual an Marine Corps Military Operations other than War Doctrine, thesis presented to the Faculty of the U.S. Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth, 2003.

4 Victoria K. Holt / Tobias C. Berkman: The Impossible Mandate? Military Preparedness, the Responsibility to Protect and Modern Peace Operations, Henry L. Stimson Center, 2006.

5 Olaf Arndt/ Ronald Düker: Eine andere Gewalt ist möglich, Telepolis, 06.06.2007.

6 Commandant of the Marine Corps: Joint Concept for Non-Lethal Weapons, 1998.

7 Jan van Aken: Stillschweigende Aushöhlung des C-Waffen-Verbots? Zur geplanten Ausstattung der Bundeswehr mit Tränengas, NDR-Sendereihe „Streitkräfte und Strategien“, 4.9.2004.

8 David A. Koplow: Non-Lethal Weapons - The Law and Policy of Revolutionary Technologies for the Military and Law Enforcement, Cambridge University Press, 2006.

9 Deshalb wird auch dem Umgang mit Medien gerade in den Doktrinen für Friedenseinsätze bzw. MOOTW eine erhebliche Bedeutung beigemessen. In der MOOTW-Doktrin von 1995 heißt es beispielsweise: „Media reporting influences public opinion, which may affect the perceived legitimacy of an operation and ultimately influence the success or failure of the operation“.

10 Christoph Marischka: Illusionen der Allmacht, in: AUSDRUCK, Dezember 2008.

11 Major D. B. Hall: Rules of Engagement and Non-Lethal Weapons: A Deadly Combination?, Marine Corps University Command and Staff College, 1997.

12 Council on Foreign Relations : Report of an Independent Task Force. Non-Lethal Technologies: Military Operations and Implications, 1995.

13 Major D. B. Hall: Rules of Engagement and Non-Lethal Weapons: A Deadly Combination?, 1997

14 Cees M. Coops: NATO and the challenge of non-lethal weapons; in: Research Paper, NATO Defense College, 2008.

15 Nick Lewer: Research Report #1 des Bradford Non-Lethal Weapons Research Project (BNLWRP), November 1997.

16 So wird von Seiten der Militärs stets betont, dass eine Ausrüstung mit WLW nur komplementär zur Ausrüstung mit konventionellen Waffen erfolgen dürfe, da diese zentral für den Selbstschutz und auch die Identität von Soldaten seien. Deshalb werden strenge Kriterien für WLW benannt, welche die Einsatzfähigkeit der Soldaten gewährleisten sollen: Sie dürfen nicht zu viel wiegen oder sperrig sein, kaum Aufwand bei der Instandhaltung und der Ausbildung der Anwender verursachen da all dies aus militärischer Sicht zu Lasten der konventionellen Waffensysteme geht. Vgl. etwa: Joint Concept for Non-Lethal Weapons des US-Marine Corps von 1998.

17 Die positiven Erfahrungen mit Gendarmerie-Einheiten, insbesondere der italienischen Carabinieri, auf dem Balkan sind sicherlich als ein Faktor anzusehen, dass die EU sich mittlerweile in zahlreichen Ländern der Dritten Welt darum bemüht, im Rahmen von Sicherheitssektorreformen den Aufbau von Gendarmerieeinheiten zu befördern und dass etwa die USA (GPOI) sowie Italien im Auftrag der G8 (COESPU) diese Gendarmeriekräfte für den Einsatz in Friedenseinsätzen ausbilden.

18 Siehe Kessler 2005, sowie Schürkes/Marischka: „Weniger letale Waffen bei der Bundeswehr“, in: W&F-Dossier 62, S.9-13.

19 Bezeichnend auch, dass selbst das Militär auf der anderen Seite die Begriffe Soldaten, Sicherheitskräfte, Gendarmen und Polizisten kaum noch von einander abgrenzt.

20 So beispielsweise auf einem Workshop der NATO Naval Armaments Group im Juni 2009; URL: http://www.nato.int/structur/AC/141/pdf/PS-A/Land%20Armaments,%20NATO%20Defence%20Investment.pdf

21 Auf einem weiteren Workshop der NATO Naval Armaments Group zum Thema Counter Piracy Equipment and Technologies, Juni 2009; URL: http://www.nato.int/structur/AC/141/pdf/S-B/Raytheon.pdf

22 Radiation weapon may help fight pirates , Navytimes, 4.11.08.

23 Christoph Marischka: Eskalation am Golf von Aden, in: AUSDRUCK, August 2009.

24 Atalanta-Sprecher: «MV Victoria» fuhr nicht in geschütztem Konvoi, PR Inside, 06.05.09.

25 So beispielsweise der derzeitige Befehlshaber der Flotte, Lutz Feldt (vgl. Somalia: „Die Mission Atalanta wird noch lange dauern“, Die Zeit, 03.08.09) und sein Vorgänger Hans-Joachim Stricker (vgl. Mission Atalanta: „Militärische Mittel lösen das Piraten-Problem nicht“, Die Zeit, 05.05.09).

26 DoD News Briefing with Geoff Morrell from the Pentagon, 19.11.08.

27 Reeder wollen Bundeswehr an Bord holen, tagesschau.de, 10.07.09.

28 Münchner Rück: Piraterie – Bedrohung auf See, 2006.

29 Piraten-Abwehr: Schmierfett und Schallkanonen, Stern, 24.11.08.

30 Auf der „Handelsblatt Konferenz zur Sicherheitspolitik“, Mitte September, waren sich Vertreter von Reedereien und Versicherung darin einig, dass die Schiffe selbst in die Lage gebracht werden müssten, um Piratenangriffe abwehren zu können. Wie eine solche Abwehr aussehen könnte, zeigten Hersteller nichtletaler Waffen auf der parallel stattfindenden Ausstellung. Ende September wird in Washington DC. die „Maritime Security and Anti-Piracy“ Konferenz stattfinden, an der sowohl Vertreter der Marineoperationen im Golf von Aden (also vor allem NATO und EU), Schiffseigner und private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen zur Abwehr von Piraten teilnehmen. Die „Maritime Security and Defense“ Konferenz findet Ende September/ Anfang Oktober in Hamburg statt. Auch hier treffen sich Militärs mit Vertretern aus der Politik, so beispielsweise der Staatssekretär des BMVg Rüdiger Wolf und Vertreter der Sicherheitsindustrie, wie beispielsweise der Hersteller des LRAD, um gemeinsam über die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Piraterie zu beraten. Auch hier gibt es neben der Konferenz eine Messe, auf der verschiedene Sicherheitsunternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen präsentieren können. Ähnliches Programm hat die Maritime Security Expo 2009 im Oktober 2009 in Kalifornien, deren Schwerpunktthema ebenfalls die Piratenabwehr ist.

31 Thomas Ries: The globalising security enviroment and the EU, in: Álvaro de Vasconcelos (2009): What ambitions for European defence in 2020?, EUISS.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# Den Krieg führen – mit noch mehr Soldaten

*von Arno Neuber*

Die Bundesregierung sucht nach einer Sprachregelung für den Kriegseinsatz in Afghanistan und schickt noch mehr Truppen.

Um 500 Soldaten wird das deutsche Afghanistan-Korps verstärkt, 350 werden darüber hinaus als „Einsatzreserve" bereitgehalten. Die Reservetruppe soll für „unvorhergesehene Lageänderungen" zur Verfügung stehen, worunter z.B. die „Verschlechterung der Sicherheitslage" (http://www.spiegel.de) verstanden wird. Da die militärische Lage sich derzeit immer weiter zuungunsten der NATO entwickelt, werden auch diese Soldaten sehr schnell zum Einsatz kommen. Zu ihrer Verlegung ist lediglich die Zustimmung des Verteidigungsausschusses des Bundestages erforderlich. Ein bemerkenswerter Präzedenzfall auf dem Weg von der Parlamentsarmee zur „Ausschuss-Truppe".

## Die sprachliche Vernebelungstaktik

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat erklärt, dass durch Umschichtungen innerhalb des Bundeswehrkontingents künftig 1400 statt bislang 280 Soldaten für die Ausbildung der afghanischen Armee abgestellt werden. Die bisher geplanten Mittel aus dem Verteidigungsetat für 2010 in Höhe von 820,7 Mio. Euro sollen um weitere 275 Mio. Euro erhöht werden. Frau Merkel bezeichnet das als „sehr viel stärker defensiven Ansatz" der Bundeswehr am Hindukusch.

Gleichzeitig erklärt der „Verteidigungs"minister, dass unter Ausbildung künftig nicht mehr Training in der Kaserne, sondern „partnering", also der gemeinsame Einsatz von afghanischen Regierungssoldaten und Bundeswehr, verstanden wird. Ziel sei es dabei nicht, „Poncho, die Isomatte und alles andere miteinander zu teilen". Nachts soll sich die Bundeswehr in befestigte Anlagen zurückziehen. Am Tage aber geht es um „gemeinsame Operationsplanung und –durchführung" (Die Zeit, 28.01.2010). Laut Guttenberg soll „Präsenz in der Fläche" gezeigt werden. Hinter dem adeligen Neusprech verbergen sich Kampfeinsätze von Bundeswehr und afghanischer Regierungsarmee. „Train as you fight" heißt das bei den US-Militärs. Vorsichtig bereitet Guttenberg die deutsche Öffentlichkeit schon mal auf noch mehr Tote vor. Die Bundesbürger sollen zur Kenntnis nehmen, „dass Afghanistan ein gefährlicher Einsatzort ist, und dass - auch wenn wir uns das nicht wünschen - Soldaten in Afghanistan fallen und verwundet werden können". Das Töten von Aufständischen und unbeteiligten Zivilisten muss anscheinend nicht gesondert erwähnt werden.

Den Auftrag deutscher Soldaten hatte der Vorsitzende der Münchner Kriegstreiber-Konferenz, Wolfgang Ischinger, kürzlich so erklärt: „Soldaten werden dazu ausgebildet, Andere notfalls umzubringen – oder zumindest so zu bedrohen, dass diese es als glaubwürdig betrachten, umgebracht zu werden, wenn sie nicht das tun, was man von ihnen erwartet. Das ist der Zweck. Wenn man das nicht braucht, dann kann man das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken" (http://www.handelsblatt.com).

Und auch die FAZ stellte unter der Überschrift „Der deutsche Weg" klar: „Die feinsinnige, an den grünen Tischen der deutschen Parteizentralen getroffene Unterscheidung von Kampfeinsatz und Ausbildung dürfte in den Kriegszonen Afghanistans kaum aufrechtzuerhalten sein" (FAZ, 27.01.2010).

Trotzdem will die Bundesregierung angesichts der breiten Ablehnung des Afghanistan-Kriegseinsatzes in der bundesdeutschen Bevölkerung bei ihrer Vernebelungstaktik bleiben. „Schutzverband" statt Kampftruppe und „Zivilschutz" statt Counter-Insurgency sind die Floskeln, die im Kanzleramt und im „Verteidigungs"ministerium favorisiert werden (Der Spiegel, 25.01.2010).

## SPD: weiter mit im Kriegskonsens

Ende des vergangenen Jahres hatte ISAF-Kommandeur McChrystal 2500 zusätzliche Bundeswehrsoldaten angefordert, das deutsche „Verteidigungs"ministerium wollte 1500 genehmigen. Dass jetzt 850 reichen sollen, wird mit Rücksichtnahme auf SPD und Grüne begründet und mit der Umstrukturierung und Neuausrichtung innerhalb der Afghanistan-Truppe.

Die SPD-Führung hatte nämlich hinter ihrer öffentlich zur Schau gestellten Position „Keine Truppenverstärkung" bereits die Hintertür aufgemacht. In ihrem Positionspapier heißt es: „Sollte [...] eine maßvolle und zeitlich begrenzte Überschreitung der bisherigen Obergrenze notwendig erscheinen, so muss die Bundesregierung dies im Deutschen Bundestag nachweisen und beantragen."

Und die Militärexperten der SPD sind schon durch die Tür durch. Rainer Arnold (SPD) erklärt, dass die Fraktion mit ein paar hundert Soldaten mehr leben könne, wenn die Regierung das nur schlüssig begründet. Auch deshalb gab es am 26. Januar 2010 gleich vier Pressekonferenzen von Regierungsvertretern. Die FAZ kommentierte dazu genüsslich: „Wenn der Kampf um Afghanistan sich mit Vorschlägen entscheiden ließe, dann könnte Deutschland im Alleingang siegen". Vorständler von SPD und Grünen prahlen damit, wie sehr sich die Regierung auf sie zu bewegt habe. Die Voraussetzungen für ein erweitertes schwarz-gelb-rot-grünes Kriegsmandat sind geschaffen.

Mitte Januar 2010 landete auf dem deutschen Flugplatz im Mazar-e Sharif das erste Großraumtransportflugzeug vom Typ Antonow AN-124. Nach dem massiven Ausbau bedeutet das laut Bundeswehr den Einstieg in „eine neue logistische und operationale Dimension: Nun kann weitaus mehr Material direkt in das Einsatzgebiet des Region Command North (Regionalkommando Nord) verbracht werden, was auch die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr erweitert, da die AN 124 in der Lage ist, auch Großgerät bis zu einem Gesamtgewicht von 150 Tonnen zu transportieren" (http://www.bundeswehr.de). Im Klartext: Künftig kann die Bundeswehr schnell ganze Hubschrauber, Artillerie oder gepanzerte Fahrzeuge nach Afghanistan verlegen, auch ohne Unterstützung der USA in Anspruch zu nehmen oder den langen und riskanten Landweg nehmen zu müssen. Den vertraglichen Zugriff auf die ukrainischen Maschinen hat sich die Bundeswehr längst gesichert. Dass die Antonows künftig nicht Ausbildungsbroschüren, sondern eher schwere Waffen transportieren werden, davon darf ausgegangen werden. Bereits

im Sommer hatten Politiker aus CDU, SPD und FDP nach Truppenbesuchen die Verlegung von Kampfhubschraubern, Kampfpanzern und Artillerie nach Afghanistan verlangt. Die logistischen Voraussetzungen sind jetzt da.

## Kriegsfraktion macht Druck

In den letzten Wochen feuerte die Kriegsfraktion, die sich von Guttenberg den Übergang von „humanitär" begründeten Interventionen zu Kriegseinsätzen im „nationalen Interesse" verspricht, aus allen Rohren.

„Wer sich jetzt darüber aufregt, dass in einem kriegsähnlichen Umfeld auch auf Menschen geschossen wird, muss sich fragen lassen, in welcher Realität er lebt" (http://www.cducsu.de), hatte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ernst-Reinhard Beck, in der aktuellen Stunde des Bundestages (16.12.2009) zu Afghanistan gesagt. Und er forderte „Überlegungen zum Einsatz schwerer Waffen nicht mehr auszuweichen", denn „wir sind in Afghanistan nicht nur zum Brunnenbohren und Brückenbauen, wie man lange Zeit geglaubt und vermittelt hat. Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen im Raum Kunduz in einem Kampfeinsatz."

Und der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans-Peter Uhl, will endlich das Grundgesetz zur Kriegsverfassung machen. „Wir müssten unsere Verfassung auf die Wirklichkeit asymmetrischer Bedrohungen hin umschreiben (...) Solange wir dies nicht ändern, kann die Bundeswehr nicht der Bündnispartner in der NATO sein, der benötigt wird."( http://www.spiegel.de).

Auch das „Verteidigungs"ministerium will nun von irgendwelchen Einschränkungen für deutsche Soldaten nichts mehr wissen. Wurden bisher tödliche Schüsse aus den Waffen deutscher Soldaten als „ultima ratio" zur Selbstverteidigung gerechtfertigt, so betont Guttenbergs Ministerium jetzt, sowohl im UNO-Mandat, als auch in dem des Bundestages seien „ausdrückliche Einschränkungen nicht erfolgt." Offensive Kriegsführung sei damit also erlaubt. Und der schneidige Minister hat auch bereits eine neue Definition für den Afghanistan-Einsatz parat. Die Bundeswehr befinde sich dort in einem „nicht internationalen bewaffneten Konflikt", also in einem afghanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Regierung. Damit gelte am Hindukusch Kriegsrecht. „Ganz legal töten", nennt Focus-Autor und Militär-Blogger Thomas Wiegold denn auch seinen Artikel im Nachrichten-Magazin Ende Dezember 2009 und zeigt sich in seinem Web-Tagebuch hoch erfreut, wie „überraschend offen" die Bürokraten im „Verteidigungs"ministerium jetzt zu Werke gehen. (http://wiegold.focus.de).

In der FAZ stimmt der ehemalige Staatssekretär im „Vertei digungs"ministerium, Lothar Rühl, das Publikum auf einen „Endkampf" in Afghanistan ein. Um den zu gewinnen, müssten NATO und Bundeswehr jetzt „zum offensiven Kampfeinsatz übergehen". An Massakern wie in Kunduz sollte sich die deutsche Öffentlichkeit schon mal gewöhnen. „Solche Ereignisse werden noch öfter eintreten" (FAZ, 17.12.2009).

Wer sich nicht gewöhnen will, der gefährdet den Sieg an der Front. Für diese unsägliche Propaganda-Keule lieferte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), die Vorlage. Er kritisierte, dass die Debatte über das Kunduz-Massaker „sich zunehmend von der Wirklichkeit entferne". Die Truppe stehe „noch" hinter der politischen Führung, das Vertrauen der Soldaten dürfe aber „nicht verspielt werden" (http://www.spiegel.de, 17.12.2009).

Und Rühl sekundiert mit einer neuen Dolchstoßlegende: „Je mehr und je öfter die Politik den Truppen im Feld aus dem sicheren Heim in den Arm fallen wird, desto geringer werden die Erfolgschancen" (FAZ, 17.12.2009).

Natürlich darf in einer solchen Debatte auch Klaus Naumann nicht fehlen. In einem „Panorama"-Beitrag vom 21.01.2010 beklagt er den fehlenden „Mut" der Berliner Politiker, „über den eigenen Schatten zu springen und sich zu dieser militärischen Seite des militärischen Kerngeschäftes zu bekennen. Das militärische Kerngeschäft ist auch das Töten von Menschen." So sieht das auch der „Panorama"-Autor und legt nach: „Es ist Krieg. Man kann ihn gewinnen oder verlieren. Aber erst einmal muss man ihn führen."

Die mediale Einpeitscher-Truppe sieht durchaus Chancen, dass der Krieg nun richtig geführt werden kann. „Augenmaß und Nüchternheit" fordert daher der Kommentator der „Welt" vom Kunduz-Untersuchungsausschuss. „Wenn es gut kommt, steht am Ende der Ausschussarbeit nicht die Diskreditierung der Bundeswehr, sondern ihre gewachsene Akzeptanz (...) Wir können nicht mehr so tun, als sei die Bundeswehr in Afghanistan eine freundliche Polizei- und Helfer-Truppe. Wenn sie bleibt, muss sie die Perspektive des Krieges ins Auge fassen." (http://www.welt.de, 16.12.2009).

Constanze Müller kritisiert in einem Artikel der von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) herausgegeben Zeitschrift „Internationale Politik", dass die deutsche Außenpolitik „noch immer nicht in der vollen Souveränität angekommen sei", solange Entscheidungen „immer wieder in das Prokrustesbett eines moralischen, bündnis- oder innenpolitischen Sachzwangs gepresst werden" (Constanze Stelzenmüller: Die selbstgefesselte Republik, in Internationale Politik, Januar/Februar 2010).

Ihre Forderung: Eine „nationale Sicherheitsstrategie" muss her und ein Sicherheitsrat zu ihrer Koordinierung. Dass „nationale Interessen" sich vor allem auf Rohstoffsicherung konzentrieren, macht auch der „Verteidigungs"minister klar. Im Interview mit „Die Zeit" antwortet er auf die Frage „Was ist eigentlich das deutsche Interesse in Afghanistan?" entwaffnend offen: „Zum deutschen Interesse gehört auch regionale Stabilität. Ein dauerhaft instabiles und implosionsträchtiges Afghanistan – das gleichzeitig über Grenzen hinweg ansteckende Elemente hat – das muss uns beunruhigen. Es handelt sich in der Gesamtregion um ein Kerngebiet, bei dem deutsche Sicherheits-, aber auch Wirtschaftsinteressen berührt sind, Stichwort Energie" (Die Zeit, 28.01.2010).

*Demonstration gegen den Bundeswehreinsatz, Berlin 2009, Foto: indymedia*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# Showveranstaltung: Zur Londoner Afghanistan-Konferenz

*von Michael Haid*

Der britische Premierminister und Gastgeber der Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010, Gordon Brown, bewertete in seiner Eröffnungsrede das Treffen feierlich als „Moment der Entscheidung".[1] Entschieden wurde in London allerdings nichts von wirklicher Bedeutung, was nicht vorher in enger Abstimmung mit der US-Regierung und den EU-Vertretern festgelegt worden war bzw. die neue Afghanistan-Strategie der NATO voll und ganz unterstützte. „De facto verpflichteten sich die knapp 60 teilnehmenden Staaten mit der Konferenz zur Unterstützung der Afghanistanpolitik der US-Regierung von Barack Obama und seines Generals McChrystal."[2] Keinesfalls stellen die Beschlüsse der Konferenz eine eigene Agenda der Konferenzteilnehmer dar (s.u.).

## Kostengünstige Kriegsführung

Bereits im März 2009 wurden von den USA mit ihrer neuen Afghanistan-Strategie die Weichen gestellt, die im Kern massive Truppenerhöhungen zur Eskalation des Kriegs und den gesteigerten Aufbau des Polizei- und Militärapparates des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai vorsah. Ziel dieser Strategie ist die „Afghanisierung" des Kriegs mit einer ab 2011 beginnenden Abzugsphase der westlichen Truppen und einer gleichzeitigen Übergabe der sog. Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung.[3] Insofern bilden die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse[4] gerade keinen „Wendepunkt", wie allseits von ihren Initiatoren suggeriert wurde, sondern eine Abstützung der fatalen Afghanistan-Strategie der NATO.

Im Wesentlichen gab die Regierung Karsai eine Verpflichtungserklärung zu einer Verbesserung ihrer eigenen Regierungsführung, vor allem hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung, ab. Für den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei wurden bereits beschlossene Zwischenzielgrößen bestätigt: bis Oktober 2011 soll die Polizei auf 134.000 (einschließlich etwa 20.000 Mann Gendarmerie) und das Militär auf 171.600 Köpfe anwachsen. Zusätzlich wurde die Schaffung eines Fonds zur Reintegration Aufständischer angekündigt.[5]

Allerdings liegen diese Zahlen noch beträchtlich unter den Vorgaben von 240.000 Soldaten und 160.000 Polizisten, die auf dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Bratislava noch Ende Oktober 2009 als Ziel ausgegeben wurden, bei deren Erreichen die afghanische Regierung in der Lage sei, selbst für Stabilität zu sorgen. Der Vorteil dieser Afghanisierung des Kriegs wurde von einer Militärzeitschrift so beschrieben, sie sei „50-mal billiger als die Stationierung fremder Kräfte."[6]

## Die deutsche Afghanistan-Strategie

Die Bundesregierung legte wenige Tage vor der Konferenz in London ein eigenes Konzept mit dem Titel „Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung" vor.[7] Inhaltlich trägt die deutsche Regierung die neue Afghanistan-Strategie der US-Regierung voll mit, indem sie ab 2010 ihre finanziellen Mittel für den zivilen Aufbau von 220 Mio. Euro auf 430 Mio. Euro nahezu verdoppelt und zu dem beschlossenen Reintegrationsfonds für Aufständische (Gesamtvolumen 360 Mio. Euro) mit 50 Mio. Euro erheblich beiträgt. Dieser Fonds soll den irrwitzigen Zweck verfolgen, Aufständische durch eine Ausstiegsprämie vom militärischen Widerstand gegen die NATO-Truppen abzubringen. Josef Joffe, Herausgeber von „Die Zeit", bezeichnete den Fonds, der in den Medien auch gern als „Abwrackprämie für Terroristen" bezeichnet wird, folgerichtig als „Augenwischerei."[8]

In militärischer Hinsicht wird Deutschland durch Schwerpunktverlagerungen innerhalb ihres Einsatzkontigents den Anteil an Ausbildern von 280 auf 1.400 Soldaten erhöhen und zusätzlich die Mandatsobergrenze von derzeit noch 4.500 Soldaten um 850 weitere auf 5.350 Soldaten anheben, wobei 500 Soldaten sofort in Marsch gesetzt werden sollen und 350 als Reserve dienen. Diese Maßnamen würden zusätzliche Kosten in Höhe von 275 Mio. Euro bedeuten. Mit den bereits im letzten Mandat des Bundestages vom 03. Dezember 2009 vorgesehenen 820,7 Mio. Euro für diesen Einsatz wird damit zum ersten Mal die Eine-Miliarde-Euro-Grenze gesprengt. Angesichts von Haushaltskürzungen im sozialen Bereich, ein Skandal, noch mehr Geld in das Militär zu pumpen.

Außerdem ist vorgesehen, die Anzahl der Polizeiberater beim Aufbau der afghanischen Polizei (ANP) von 123 auf 200 bis Mitte 2010 zu steigern und bis Februar 2010 die deutschen Teilnehmer der EU-Mission EUPOL Afghanistan von 45 auf 60 auszuweiten.[9] Der Aufbau des Polizeiapparates von Hamid Karsai wird allerdings zur Sicherheit für die afghanische Bevölkerung kaum etwas beitragen, wie häufig von Regierungsseite suggeriert wird. Ganz im Gegenteil charakterisiert der ZDF-Korrespondent für Afghanistan, Hans-Ulrich Gauck, die afghanische Polizei als Teil des Problems: „Die verhassteste Berufsgruppe in Afghanistan sind die Polizisten, denn die sind in aller Regel korrupt."[10] Auch Rupert Neudeck, Chef vom Komitee Cap Anamur, stellt eine völlig außer Kontrolle geratene Korruption und ausufernde Kriminalität in Afghanistan fest, bei der die afghanische Polizei und Militär ein erheblicher Teil des Problems seien[11] - und genau diese soll nun nach der neuen Afghanistan-Strategie der Bundesregierung verstärkt aufgebaut werden.

## Polizeiausbildung

Zusätzlich offenbart die Polizeiausbildung auch innenpolitischen Konfliktstoff. Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verwahrt sich aufs Schärfste gegen die Pläne der Bundesregierung, Polizisten nach Afghanistan zu entsenden: „Wir haben in Bürgerkriegsgebieten nichts zu suchen, wir sind keine paramilitärische Einheit. Wir sind nicht dafür da, Raketenabwehr zu machen, wir sind nicht dafür da, in Sprengfallen hineinzufahren oder darauf zu achten. Wir haben nach dem Kriege lange gebraucht, eine zivile Polizei aufzubauen, wir

wollen nicht zurückfallen. Wenn sozusagen als Militärersatz Polizei angefordert wird, weil man dies innenpolitisch besser durchsetzen kann, dann sind wir auch dagegen, wenn mehrere Hundert Polizisten jetzt auf einmal in Afghanistan sein sollen."[12]

Allerdings sprechen sich die GdP, ebenso wie ihr Zwilling, die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG), nur deshalb gegen eine Entsendung ihrer Kollegen aus, da beide Gewerkschaften die vom Bundesinnenministerium geplante Einrichtung einer eigenständigen Polizeieinheit für Auslandseinsätze mit einem Stellenpool von 360 Polizisten favorisieren, nicht zuletzt deshalb, da für dieses Projekt zusätzlich Geld bereit gestellt werden müsste.[13]

Auch für den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, hat das Vorhaben, lieber Polizisten als Soldaten zum Aufbau von afghanischen Repressionsapparaten zu entsenden, viel Potential: „Und die Polizei muss so aufgestellt werden auch in der Bundesrepublik, dass sie natürlich im Interesse der deutschen Gesellschaft und der Staatengemeinschaft auch in internationalen Krisen eingesetzt werden kann. Es ist besser, Polizei bildet Polizei aus, als wenn Militär Polizei ausbildet."[14]

Die genannten Maßnahmen machen eine Neuverabschiedung des erst am 03. Dezember 2009 verlängerten Bundestagsmandats notwendig, was voraussichtlich Ende Februar 2010 der Fall sein wird.

## Westerwelles Showveranstaltung

Während und nach der Konferenz stellte Guido Westerwelle die Bedeutung der deutschen Afghanistan-Strategie so dar, als hätte sie die bisherige Politik der an diesem Krieg Teilnehmenden vollständig vom Kopf auf die Füße gestellt. Der deutsche Außenminister sprach von einem „Konzept des Neuanfangs und der neuen politischen Strategie", hob hervor, dass es auch in der Völkergemeinschaft „großen Rückenwind für den deutschen Strategiewechsel" gegeben habe und kam endlich zu folgendem Schluss: „Alle Punkte des deutschen Konzepts haben Eingang in das Schlussdokument der Konferenz gefunden", wie er auf der Homepage des Auswärtigen Amtes sich selbst zitieren ließ.[15]

Nicht zuletzt schien es für die deutsche Delegation auf dem Londoner Treffen darum zu gehen, Fortschritte der zu Recht äußerst kriegsskeptischen Öffentlichkeit vermelden zu können. Nach einer aktuellen Umfrage des ZDF-Politbarometers vom 29. Januar 2010 zweifeln 76 Prozent der Deutschen am Erfolg des NATO-Einsatzes am Hindukusch und 65 Prozent lehnen die neuerliche Aufstockung des Bundeswehrkontigents kategorisch ab.[16]

Die ablehnende Haltung dürfte noch drastisch zunehmen, wenn tatsächlich eintreten sollte, was Frank Leidenberger angesichts der neuen deutschen Strategie („Partnering") prophezeit: der Kommandeur der deutschen Afghanistan-Truppen rechnet mit mehr Gefechten und einem deutlich gefährlicheren Einsatz.[17] Bisher erfolgte die Ausbildung größtenteils in den befestigten Lagern der Bundeswehr, was allgemein als „Mentoring" bezeichnet wird. Sein oberster Dienstherr zu Guttenberg sprang Leidenberger in einem FAZ-Interview bei: „Ein neuer Schwerpunkt ist es, dass man Präsenz in der Fläche zeigt. (…) Wer in der Fläche präsent ist, kann unter Feuer kommen und muss sich wehren können. So ist die afghanische Wirklichkeit."[18]

Sicherlich wird es zu einer Zunahme von Kampfhandlungen vor allem deshalb kommen, da der vom Bundeswehrkontingent beherrschte Norden Afghanistans für Egon Ramms, Kommandeur des NATO-Allied Joint Force Command Brunssum, strategisch eine zentrale Rolle für den Krieg im Süden spielt: „Es ist eine unserer elementarsten Aufgaben im Norden, für die Sicherheit der Nachschubrouten zu sorgen. Diese Wege sind von strategischer Bedeutung, über sie läuft ein großer Teil der gesamten Versorgung unserer Truppen in Afghanistan."[19]

Insofern hatte die Konferenz den Charakter einer „Showveranstaltung",[20] bei der weniger die gefassten Beschlüsse als vielmehr der „psychologische Effekt"[21] im Vordergrund stand, die katastrophale Politik der Bundesregierung weiterhin als Erfolg zu verkaufen.

## Anmerkungen

1 Volkery, Carsten: NATO feiert Durchhalteparolen als Gipfelerfolg, in http://www.spiegel.de, 28.01.2010
2 Hansen, Sven: Und täglich grüsst das Murmeltier, in http://www.taz.de, 29.01.2010
3 Vgl. Wagner, Jürgen: Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung. Die neue Afghanistan-„Strategie", in AUSDRUCK, Dezember 2009, S.4-9
4 Vgl. Afghanistan: The London Conference, Communiqué, 28 January 2010, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/__Anlagen/2010/2010-01-28-abschlussdokument-afghanistankonferenz,property=publicationFile.pdf (29.01.2010)
5 Vgl. Bundesregierung: Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung: Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz, 25.01.2010, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/AfghanistanZentralasien/Downloads/100126-papier.pdf, S.5 f.
6 NATO passt Afghanistan-Strategie an. Einsatz kostet mehr, in Y – Das Magazin der Bundeswehr, 12/2009, S.8
7 Vgl. Bundesregierung, ebd.
8 Maluch, Thilo: Afghanistan-Schlamassel bei Maybritt Illner, http://www.welt.de, 29.01.2010
9 Vgl. Bundesregierung, ebd., S.10 f.
10 Zitiert in Maluch, ebd.
11 Vgl. in Maluch, ebd.
12 Freiberg, Konrad: Gewerkschaften kritisieren Verstärkung der Polizeiausbildung in Afghanistan durch deutsche Polizisten, http://www.ndr.de , 26.01.2010
13 Vgl. Gewerkschaften kritisieren Verstärkung der Polizeiausbildung in Afghanistan durch deutsche Polizisten, http://www.ndr.de , 26.01.2010
14 Arnold, Rainer (verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion): Interview, http://www.dradio.de, 27.01.2010
15 Westerwelle, Guido: Strategischer Neuanfang für Afghanistan, http://www.auswaertiges-amt.de, 28.01.2010
16 Vgl. Mehrheit lehnt neue Strategie ab, in http://www.sueddeutsche.de, 29.01.2010
17 Vgl. Es kann mehr Gefechte geben, in http://www.sueddeutsche.de, 31.01.2010
18 Zu Guttenberg: im Gespräch „Afghanische Sicherheitskräfte in der Fläche ausbilden", in http://www.faz.net, 25.01.2010
19 Ramms, Egon: Interview: Wir oder die Taliban, in loyal, 01/2010, S.28-31, S.31
20 Bahar, Afsane: Der Habitus der Überlegenheit, in http://www.german-foreign-policy.com, 28.01.2010
21 Volkery, ebd.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# Psychologische Kriegsführung

## Wie die Bundeswehr die Klassenzimmer erobert.

*von Michael Schulze von Glaßer*

*Protest in Wiesbaden Nov. 2009, Foto: Michael Schulze von Glaßer*

Über 500 Menschen demonstrierten am 23. Januar 2010 laut und bunt auf den Straßen der Stadt Freiburg in Baden-Württemberg gegen die Militarisierung von Bildungseinrichtungen. Der Protestzug unter dem Motto „Bundeswehr raus aus den Klassenzimmern" war der bundesweit erste gegen Militärs an deutschen Schulen. Die Bundeswehr hat mittlerweile viele Wege gefunden, um neue RekrutInnen in den Schulen anzuwerben. Zudem sollen schon die jungen Menschen vom Militär und der Notwendigkeit militärischer Kriegseinsätze überzeugt werden.

### Kanonenfutter und Akzeptanz

Doch warum braucht die Bundeswehr überhaupt neue Leute? In Deutschland gibt es zwar eine Wehrpflicht, dennoch sind immer weniger junge Menschen für diesen Dienst „tauglich". Zudem gibt es die Möglichkeit, dem Dienst an der Waffe zu entgehen und einen zivilen Ersatzdienst zu leisten. Nach wie vor sind „[g]ut ausgebildete, gleichermaßen leistungsfähige wie leistungswillige Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter […] Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr", heißt es im aktuellen „Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr" des Bundesministeriums der Verteidigung. Trotz eines generellen Personalabbaus beziffert die deutsche Armee ihren Personalbedarf in dem zukunftsweisenden Strategiepapier mit jährlich „20.000 jungen Frauen und Männern". Um diesen Bedarf sicherzustellen, ist jedes Mittel Recht: auch der Einzug in die Schulen. Nicht zuletzt geht es der Bundeswehr aber auch um die „Herzen und Köpfe", wie es im militärischen Jargon heißt. Auslandseinsätze wie der in Afghanistan werden von der heimischen Bevölkerung immer noch kritisch gesehen und teilweise – so der Afghanistan-Einsatz – sogar von einer breiten Mehrheit abgelehnt. Obwohl dies nicht die Aufgabe der Bundeswehr ist, betreibt sie eine intensive Image-Pflege. Ziel ist es, die Akzeptanz weltweiter Militäreinsätzen zu erhöhen – Krieg soll wieder ein legitimes Mittel der Politik werden. Diese Militarisierung setzt schon bei den Jüngsten an – den Schülerinnen und Schülern.

### Kooperation und Ausbildung

Am 29. Oktober 2008 wurde in Nordrhein-Westfalen die bundesweit erste Kooperationsvereinbarung zwischen einem Landesschulministerium und der Bundeswehr unterzeichnet. Der Vertrag sieht vor, dass Jugendoffiziere im „schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik" informieren – dieses Instrument kann auch das Militär sein. „Dabei werden", so heißt es im Vertragstext weiter, „Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein." Das nationale Interesse Deutschlands umfasst, laut dem Bundeswehr-Weißbuch, auch die Sicherung von Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft. Den Schülerinnen und Schülern ab der 5. Schulklasse soll eine Politik vermittelt werden, die den Einsatz des Militärs zur Sicherung von Rohstoffen als vollkommen legitim erachtet. Wenn ein Land seine Rohstoffe nicht an Deutschland verkaufen will, gibt es diverse Instrumente, um Druck auszuüben. Eine militärische Intervention wird vielleicht nicht das Erste sein, liegt aber durchaus im Bereich des Möglichen. Für die Kooperation zwischen Bundeswehr und Schulen wurden in der Vereinbarung einige Grundlagen festgehalten:

- Eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung.
- Die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften.
- Die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Schulministeriums bei Aus-, Fort- und Weiterbildungsseminaren der Bundeswehr und von Besuchen in Militäreinrichtungen.

Mit der Aus- und Fortbildung von ReferendarInnen versucht die Armee ihren Einfluss auf den Schulunterricht zu verschleiern: nicht die Angehörigen der Bundeswehr bringen den Schülern bei, dass Militär ein Mittel der Politik ist, sondern die jungen – scheinbar neutralen und daher unverdächtigen - Lehrerinnen und Lehrer. Da die Bundeswehr-Besuche an Schulen im Rahmen des normalen Unterrichts stattfinden, herrscht Anwesenheitspflicht.

Auch im Saarland (März 2009) und in Baden-Württemberg (Dezember 2009) gibt es mittlerweile eine Kooperation zwischen Armee und Schulministerium, in Rheinland-Pfalz ist eine Vereinbarung in Planung – der Wortlaut entspricht jeweils dem der Vereinbarung aus NRW.

### Jugendoffiziere und Wehrdienstberater

Jugendoffiziere, junge Männer und Frauen mit einem abgeschlossenem Studium und langjähriger militärischer Erfahrung in der Bundeswehr, sind ein grundlegender Bestandteil der Nachwuchs- und Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Armee. Die Einheit wurde 1958 – nur drei Jahre nach Gründung der Bundeswehr – ins Leben gerufen, um den Ruf der Armee zu verbessern. Heute gibt es 94 hauptamtliche und über 300 nebenamtliche Jugendoffiziere, die an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (früher: Amt für psychologische Kriegführung) ausgebildet wurden und werden. Neben der fachlichen Ausbildung werden die Jugendoffiziere auch in Rhetorik geschult.

Haupteinsatzgebiet der zwischen 27 und 35 Jahre alten Jugendoffiziere sind Schulen: 2008 führten die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere 8.061 Veranstaltungen mit 199.227 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch, von denen 175.450 Jugendliche waren. Die meisten Veranstaltungen waren Vorträge zu Themen wie „Der Soldat als Staatsbürger in Uniform" oder

„Auslandseinsätze der Bundeswehr". 360 Simulationen des POL&IS-Spiels mit rund 17.500 SchülerInnen, LehrerInnen sowie StudentInnen und ReferendarInnen wurden an mehr als 2.000 Seminartagen durchgeführt. 2008 wurden außerdem 647 „Besuche bei der Truppe" registriert, an denen 19.500 Zivilisten teilnahmen. Die Jugendoffiziere führten in dem Zeitraum zudem über 500 Seminarfahrten mit Jugendlichen (meist Schulklassen) nach Brüssel, Straßburg, Wien, Berlin oder Stettin durch. In 1.376 Seminartagen konnten sich über 15.500 TeilnehmerInnen sicherheits- und verteidigungspolitisch aus dem Blickwinkel der Bundeswehr weiterbilden. An 69 Podiumsdiskussionen nahmen Jugendoffiziere 2008 teil. 311 Großveranstaltungen – beispielsweise Messestände oder Tage der offenen (Kasernen-)Tür – haben Jugendoffiziere zudem im Jahr 2008 begleitet.

Jugendoffiziere sind zwar keine Wehrdienstberater, aber sie weisen den SchülerInnen den Weg dorthin: geben Adressen heraus und werben für den Dienst bei der Bundeswehr.

## Unterrichtsmaterial und Deutungshoheit

Die Bundeswehr geht aber nicht nur selbst in Schulen, sondern hat auch Unterrichtsmaterialien im Repertoire: die unverdächtige von einer Stiftung getragene „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V." ist für die kostenlosen Schulhefte mit dem Titel „Frieden & Sicherheit" verantwortlich. Bei näherem Hinsehen stellt sich die als „unabhängig und gemeinnützig" bezeichnete Arbeitsgemeinschaft als neoliberaler Think-Tank heraus: beispielsweise befindet sich der Sitz der Arbeitsgemeinschaft im Haus der FDP-Bundespartei im Berliner Regierungsviertel.

„Frieden & Sicherheit" besteht aus einem beinahe jährlich erscheinendem Schülermagazin samt Lehrerheft, einem monatlichen Arbeitsblatt und einer Website. Die Unterrichtsmaterialien sind für junge Leute ansprechend gelayoutet und perfekt zum Einsatz in der Schule aufbereitet: es werden Aufgaben gestellt, die von den SchülerInnen bearbeitet werden müssen, dazu gibt es Lösungshefte für die LehrerInnen.

Das Schülermagazin geht in der Debatte um die Deutungshoheit des Begriffs „Frieden" in die Offensive, was sich schon im Titel des Magazins wieder findet. Den jungen Leuten soll beigebracht werden, dass nur das Militär einen stabilen Frieden schaffen kann. Zwar wird der diplomatische Weg nicht vollkommen übergangen, die Vereinten Nationen aber beispielsweise als zahnloser Tiger dargestellt. Den Materialien ist nicht abzusprechen, von Pädagogik-Experten erstellt worden zu sein: Inhalte werden unauffällig und geschickt rübergebracht. Ansatzpunkte für Kritik an den Texten finden sich nicht leicht.

Finanziert werden die „Frieden & Sicherheit"-Materialien von der Bundesregierung. 2007 sind von den Schulen mehr als 325.000 Schüler- und über 16.000 Lehrerhefte für den Unterricht bestellt worden. Besonders für faule Lehrer bietet sich der Einsatz der Materialien an: die zeitaufwendige Unterrichtsvorbereitung fällt weg.

## Spielen und Krieg

Seit 1989 führen Jugendoffiziere das Simulations-Brettspiel POL&IS – Politik & Internationale Sicherheit – durch. Grundlage des Simulationsspiels bildet ein großes Spielbrett, auf der eine Weltkarte zu sehen ist. Die Kontinente und Länder sind dabei zu elf verschiedenen Regionen zusammengefasst, welchen spezifische Eigenschaften zugeteilt wurden, die die reale Welt widerspiegeln sollen: Energie- und Rohstoffvorkommen, militärische Fähigkeiten, Industrie- und Agrarsektor sowie Bevölkerungszahl. Die Teilnehmer – zwischen 37 und 55 Spieler werden benötigt – schlüpfen in verschiedene Rollen: Regierungschef, Staatsminister (für das Militär zuständig), Wirtschaftsminister, Oppositionsführer, UN-Generalsekretär, Weltbank, Weltpresse und Nicht-Regierungsorganisationen (beispielsweise Greenpeace oder Amnesty International). Der Spielleiter, sprich Jugendoffizier, kann das Geschehen durch so genannte Spielbausteine steuern und lenken. Dabei werden gezielt Konflikte zwischen Staaten hervorgerufen und den Spielern zahlreiche militärische Mittel zur Seite gelegt: beispielsweise strategische Raketenverbände und Bombergeschwader, Atom-U-Boot-Flottillen und sogar atomare und chemische Waffen. Das rundenbasierte Spiel dauert zwischen zwei und fünf Tagen und wird in Schulen oder Kasernen gespielt. Das Strategiespiel POL&IS soll den SchülerInnen die Flausen von Lichterketten und Friedensbewegung aus dem Kopf treiben und sie mit der Realität und Alternativlosigkeit des Krieges bekannt machen.

## Kongresse und Schülerzeitungen

Die Bundeswehr hat mittlerweile über 100 Jugendpressekongresse durchgeführt, bei der jeweils rund 130 Schülerzeitungsredakteure in eine Bundeswehr-Kaserne eingeladen werden, um dort einen Artikel über die Armee zu verfassen. Unterstützt werden sie dabei von professionellen JournalistInnen, als Ansprechpartner stehen die SoldatInnen der Bundeswehr zur Verfügung. Die einseitigen Artikel werden später in den Schülerzeitungen abgedruckt und Armee-unkritischer Inhalt kommt unauffällig an die MitschülerInnen.

Auch Werbung schaltet die Bundeswehr in Jugendmedien: In über 170 Schülerzeitungen fanden sich 2008 Werbeanzeigen der Bundeswehr. 2005 waren es noch knapp über 150. Auch in der größten deutschen Schülerzeitung, dem SPIESSER mit einer Auflage von einer Million Exemplaren, hat die Bundeswehr bereits öfters Anzeigen geschaltet. Massive Bundeswehr-Werbung findet sich ebenfalls in Medien für Schüler, die kurz vorm Abitur stehen und oft noch nicht wissen, was sie danach machen wollen: sie sollen für den Dienst an der Waffe gewonnen werden.

## Bundeswehr und Schule

Die deutsche Armee hat mittlerweile zahlreiche Wege aufgetan in die Klassenzimmer zu gelangen: Kooperationsvereinbarungen, Jugendoffiziers-Vorträge, Schulmaterialien, das POL&IS-Spiel, Schülerzeitungen… Doch wächst auch die Kritik an den Militäreinsätzen in zivilen Bildungseinrichtungen. Die Demonstration in Freiburg war nur der Anfang. Auch SchülerInnenvertretungen, Elterninitiativen und LehrerInnen – darunter die große Lehrergewerkschaft GEW – wehren sich gegen die Militarisierung der Schulen. Die Bundeswehr wird es bei der Militarisierung der Schulen in nächster Zeit nicht mehr so einfach haben wie noch vor wenigen Jahren oder wie es auf der Demonstration in Freiburg klang: „Niemals-nie gibt's Pausenbiere – für die Jugend-Offiziere!"

*Dieser Text erscheint in der Jugendzeitung utopia – www.jugendzeitung.net – Ausgabe 16, März/April/Mai 2010 und ist eine Zusammenfassung der im Januar erschienenen Studie „Die Eroberung der Schulen – Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt" (IMI-Studie 2010/02), die kostenlos auf der IMI-Website eingesehen werden kann.*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# Ein Zivilkläuselchen

## Zur Rüstungsforschung an der Universität Tübingen

*von Andreas Seifert*

Verschwiegenheit über die Inhalte laufender Forschung gilt als Tugend an Universitäten - Verschwiegenheit über die Beschlüsse, die zentrale Gremien fassen ebenfalls. Hier nimmt es nicht Wunder, dass es die studentischen Fachschaften sind, die darauf verweisen müssen, dass der akademische Senat sich zu einer Änderung in seiner Grundordnung hat hinreißen lassen, die -möglicherweise - entscheidend werden kann, wozu die Universität forscht. Zwar ist die auf Druck der Studierenden zustande gekommene Entscheidung im Dezember 2009, in der Grundordnung der Universität Tübingen die „Friedlichkeit" der eigenen Forschung festzuschreiben, vordergründig keine große Sache: schließlich sind wir doch alle immer „friedlich".

Umgekehrt hat die Diskussion um die Formulierung einer so genannten Zivilklausel eine lange Geschichte - auch an der Uni Tübingen. Bereits in den 1980er Jahren spitzte sich der Streit angesichts der Integration externer Forschungseinrichtungen in die Universität zu, die klassische Wehrforschung betrieben, und mündete sogar in die Aussage eines baden-württembergischen Ministers, eine Zivilklausel sei prinzipiell „verfassungswidrig", da sie das Recht auf Freiheit der Forschung tangiere und überdies den Staat gefährde, indem sie ihn von der Nutzung von Forschungsergebnissen für die Verteidigung abhalten würde. Dass sich mit dem Verfassungsargument eine Zivilklausel verbieten lässt, ist allerdings inzwischen schon durch ein juristisches Gutachten durch Erhard Denninger widerlegt.

Aber bewirkt die Existenz einer Zivilklausel tatsächlich, dass sich Hochschulen der Forschung für den Krieg enthalten, oder ist es eine bloße Absichtserklärung ohne reale Folgen? Was besagt sie eigentlich? „Lehre, Forschung und Studium an der Universität [Tübingen] sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen." (Grundordnung der Universität Tübingen)

Der verwendete Begriff der „friedlichen Zwecke" ist hier das Gummiband möglicher Interpretationen: es ist eben keine „Zivil"-Klausel, die von „militärisch" relevanter Forschung abgrenzt. Was im Einzelnen „friedlich" oder „un-friedlich" ist, bleibt dem Betrachter überlassen. Das ist angesichts einer zusehenden Verwischung der Grenzen „ziviler" und militärischer Sicherheit ein fataler Fehler. In dem Maße, in dem das Militär dazu herangezogen wird, zivile Konflikte mithilfe militärischer Gewalt zu „befrieden" und militärische Interventionen als Bestandteil „friedlicher Konfliktlösungen" in der öffentlichen Diskussion als zusehends zwingend betrachtet werden, erscheint sogar die forschungsmäßige Zuarbeit für das Militär teilweise als „friedlich"! Der nächste Schritt muss also sein, zu diskutieren, was es denn eigentlich bedeutet, „friedliche Forschung und Lehre" zu betreiben und wie man dies zu kontrollieren gedenkt.

Ein oftmals verwendeter Ansatz ist es dann, den Finanzier der konkreten Forschung zum Kriterium zu erheben. Ist es das Militär, vertreten durch das Bundesverteidigungsministerium, die NATO oder auch ein großes Rüstungsunternehmen, so sollte man auf eine militärische Nutzung der Forschungsergebnisse schließen können. Mitnichten, wird die Antwort vieler Universitätsverantwortlichen lauten: ist nicht die Erforschung der zivil-militärischen Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Koordination „unterschiedlicher außenpolitischer Instrumente" zu verbessern, ein originär „friedliches" Bestreben - auch dann, wenn es die Bundeswehr finanziert? Klares Ziel muss es aber sein, Militär von der Universität zu verweisen, egal unter welchem Deckmäntelchen es auftritt.

Sogar klassische „Wehrforschung" ist mitunter nicht als solche zu erkennen, wenn die militärische Endnutzung sich als kleinteilige, an Spezialbereichen orientierte Forschungsfrage hinter regulärer Auftragsforschung eines x-beliebigen Zulieferers zur Kriegsindustrie verbirgt - hier noch nachvollziehbar für den Forschungsleiter einer Einrichtung, aber vielleicht nicht für den konkreten Forscher an seinen Geräten. Von „Außen" ist eine solche Forschung kaum als militärisch relevant zu erkennen - höchstens daran, dass die Ergebnisse keiner wissenschaftlichen Community zugänglich gemacht werden. Der ungehinderte Austausch über Inhalte und Methoden der Forschung sind Kernpunkte jeder Forschung an der öffentlichen Einrichtung Universität: die Behinderung des Austausches über das Argument „geheimer" Forschung muss verhindert werden.

Es sind aber nicht nur diese klassischen Fälle, in denen es schwer fällt, ein Kriterium zu finden. Gerade der häufig verwendete, aber schwammige Begriff der „Sicherheit" trägt zum weiteren Verschwimmen möglicher Abgrenzungskriterien bei. Der „zivile" Auftraggeber Europäische Union etwa räumt in seinem Forschungsrahmenprogramm der „Sicherheitsforschung" besonderen Raum ein und betreibt die technische und inhaltliche Aufrüstung für den Kriegsfall. Die stillschweigende Akzeptanz ziviler Zuarbeit zu militärischen Zielen gehört beendet.

In dem Umfang, in dem Forscher darauf angewiesen sind, dass Forschung extern, d.h. durch Drittmittel, finanziert wird, schwindet auch ihr persönlicher Einfluss auf deren Inhalte - das politisch intendierte Ausloben von Forschungsrahmen stellt eben auch einen Eingriff in die gern postulierte Forschungsfreiheit dar. In dem Umfang, in dem Forscher auf Drittmittel zurückgreifen, schwindet aber auch die Transparenz der Forschung an der Universität.

Was, so kann man da mit einiger Begründung fragen, soll denn dann noch eine „Zivilklausel"? Die Tübingen Formulierung wird als Instrument zur Verhinderung von militärischer Forschung kaum nützen - aber sie dient im besten Fall dazu, einen Prozess einzuleiten, der offen und öffentlich nach dem Ziel konkreter Projekte fragt. Auch mit dieser schwachen Formulierung können die Gremien der Universität dazu gezwungen werden, die an der Universität und den assoziierten Einrichtungen betriebenen Forschungsprojekte und Lehrmethoden dahingehend zu überprüfen, ob sie mit dem Grundsatz der Friedlichkeit vereinbar sind. Die Diskussion über die Inhalte der Forschung und ihre Friedfertigkeit darf dabei nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden, sondern sollte auch in die Öffentlichkeit getragen werden. Der allgemeinen Festlegung in der Grundordnung sollte in regelmäßigen Abständen die Berichterstattung zum Beispiel im Rechenschaftsbericht des Rektorats folgen, mit Ausweis der „wehrrelevante" und „militärisch-relevante" Forschung.

Im Fazit bedeutet dies, dass die Formulierung einer „Zivilklausel" nur der Anfang einer breiten Diskussion sein kann. Erst diese führt hoffentlich dazu, dass militärisch relevante Forschung und Lehre von der Hochschule wirklich verschwinden.

# Alle Jahre wieder: Säbelrasseln auf der Münchner Sicherheitskonferenz

*von Jürgen Wagner*

Vom 5. bis zum 7. Februar 2010 versammelte sich die westliche Kriegselite nebst einigen internationalen Gästen einmal mehr bei der alljährlichen Münchner Sicherheitskonferenz, um die künftigen Militarisierungsschritte auf den Weg zu bringen. Drei Themen dominierten diesmal die Agenda: die Drohungen im Atomstreit mit dem Iran wurden nochmalig verschärft; das Drehen an der Eskalationsspirale in Afghanistan wurde als „Neuanfang" verkauft; und in der Debatte um die künftige Ausrichtung der NATO, die noch in diesem Jahr in ein neues Strategisches Konzept münden soll, war es vor allem Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der einen weit reichenden Vorschlag unterbreitete, wie das Bündnis künftig reibungsfreier – und undemokratischer - Krieg führen kann. Interessant war auch, was auf der Konferenz nahezu keine Rolle spielte, nämlich der russische Vorschlag für einen „Euroatlantischen Sicherheitsvertrag", der als Gegenentwurf und Alternative zur NATO und damit zum westlichen Vormachtanspruch geflissentlich aus den Debatten herausgehalten wurde.

Schließlich wurde mit Catherine Ashton als neuer EU-Superministerin und mit Miguel Moratinos, dem Außenminister Spaniens, das gegenwärtig die EU-Ratspräsidentschaft innehat, auch der Militarisierung der Europäischen Union „gebührend" Platz auf der Konferenz eingeräumt. Abgerundet wurde das Ganze dann durch die Verleihung des Ewald-von-Kleist-Preises (früher: Friedensmedaille) an den ehemaligen EU-Außenbeauftragten Javier Solana, der sich hierfür wohl vor allem als einer der Protagonisten dieses EU-Militarisierungsprozesses qualifiziert haben dürfte.

## EU: Militärisches Krisenmanagement aus einem Guss

Als Vertreter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft legte Moratinos eine umfassende Bedrohungsanalyse vor, gegen was und wen man sich aus Brüsseler Sicht buchstäblich zu rüsten gedenkt. Einerseits betonte er, dass die Machtverschiebungen im internationalen System, weg vom Westen und hin zu potenziellen Rivalen wie China und mit Abstrichen auch Russland, eine Zunahme von Konflikten verursachen werde: „Die Geopolitik ist zurückgekehrt. Durch das Aufkommen neuer Mächte, die nach internationaler Anerkennung streben, beobachten wir eine neue ‚multipolare Welt'. [...] Eine multipolare Welt ist per Definition unberechenbarer. Sie ist zudem stärker von Konkurrenz geprägt, besonders wenn es um die Suche nach knappen Ressourcen, vor allem Energie und Wasser geht." Dass sich in diesem Kontext die Platzhirsche nicht die Butter vom Brot nehmen lassen wollen, also die westlichen Staaten weiterhin auf ihrem Vormachtanspruch beharren, zeigten hier die Debatten um die Zukunft der NATO und den Umgang mit Russland überdeutlich (s.u.).

Auf der anderen Seite benannte der spanische Außenminister ein ganzes Krisenbündel, das eine entschlossene Reaktion der Europäische Union erfordere: „Vom Jemen bis hin zur gegenwärtigen Situation in Haiti. Vom Kampf gegen den Hunger und extreme Armut, Klimawandel, der Energiekrise, dem Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus oder Piraterie bis hin zu einem traditionellen Fall staatlicher Aggression", mit diesen Worten wurde das Aufgabenspektrum umrissen. Und in der Tat, spätestens die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie brüchig mittlerweile das westliche dominierte neoliberale System dasteht. Die Widerstände, aber auch Armutskonflikte, nehmen derart zu, dass vonseiten der EU-Eliten Einigkeit darüber besteht, dass militärisches Krisenmanagement eine immer wichtigere Komponente zur Absicherung des neoliberalen Globalisierungsprozesses werden wird. So prognostizierte unlängst der einflussreiche „European Council on Foreign Relations": „Jüngste Untersuchungen legen nahe, dass die Zahl an Bürgerkriegen erneut ansteigt und die Europäische Union davon ausgehen kann, vermehrt dazu aufgefordert zu werden, Soldaten in Ländern oder Regionen zu stationieren, die gerade einen Konflikt hinter sich haben."[1] Insofern ist es nur folgerichtig, wenn Moratinos in seiner Rede forderte: „Wir müssen unsere Fähigkeit verbessern, ‚Instabilität zu managen.'"

Zu diesem Zweck sollen künftig sämtliche Machtinstrumente gebündelt werden. Ermöglicht wird dies durch den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon, mit dem das Amt des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen wurde. Verglichen mit Deutschland vereinigt dieser Posten, für den die Britin Catherine Ashton benannt wurde, die Kompetenzen des Verteidigungs-, Außen- sowie (teilweise) des Entwicklungsministers. Institutionell findet diese Bündelung von Machtkompetenzen im neuen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) seine Entsprechung, der ab April 2010 als neues zivil-militärisches Superministerium fungieren soll (siehe AUSDRUCK, Dezember 2009).

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz erläuterte Catherine Ashton prägnant den Sinn und Zweck sowie die gravierende Reichweite des Ganzen: „Zur Unterstützung einer einheitlichen politischen Strategie müssen wir sämtliche Einflusshebel mobilisieren – politische, ökonomische, plus zivile und militärische Krisenmanagementwerkzeuge. Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist entscheidend, um exakt die Art vereinigten Denkens und Handels zu fördern, die wir benötigen. Hierbei handelt es sich nicht um eine bürokratische Übung, sondern um eine sich nur einmal jede Generation bietende Gelegenheit, etwas Neues zu schaffen."

Vor diesem Hintergrund ist Ashtons Versprechen auf der Sicherheitskonferenz aus friedenspolitischer Sicht mehr als Drohung zu verstehen: „Ich hoffe, sie haben nun mein Anliegen verstanden. Die Tage, in denen die Europäische Außenpolitik als Gewäsch ohne Handlungen abgetan werden konnte, sind nun vorüber."

## Iran: Säbelrasseln nimmt bedrohliche Dimensionen an

Man muss nicht automatisch ein Freund des iranischen Regimes sein, nur weil man darauf hinweist, dass die westliche Drohpolitik im Atomstreit mehr als kontraproduktiv ist. Gegenwärtiger Hauptstreitpunkt ist das Diktat der „internationalen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Gemeinschaft", nachdem es dem Iran verboten sein soll, im Land selbst Uran von gegenwärtig 3,5% auf 20% anzureichern. Wohlgemerkt, der Atomwaffensperrvertrag erlaubt dies explizit, sofern es rein zivilen Zwecken dient – und auch wenn stets Gegenteiliges suggeriert wird, ein wirklich tragfähiger Beweis, dass der Iran an einem Atomwaffenprogramm arbeitet, konnte bislang nicht erbracht werden.

Zwar werfen einige iranische Programme durchaus Fragen auf, ähnliche Unstimmigkeiten gibt es aber auch bei anderen Ländern, wo man aber gerne ein Auge zudrückt. Das missliebige Regime in Teheran wird aber grundsätzlich unter einen beweisunabhängigen Generalverdacht gestellt: „Fakt ist, dass der Iran technisch und diplomatisch machen kann, was er will - aber Ahmadinedschad und Atom sind einfach für den Westen ein Horrorszenario", wird ein osteuropäischer Diplomat zitiert. „Daher würde der Westen einem iranischen Atomprogramm mit eigener Urananreicherung nie zustimmen." (dpa, 07.02.2010)

Womöglich ist es aber sogar tatsächlich so, dass Teheran versucht, schrittweise und ohne offenen Bruch des Atomwaffensperrvertrages mehr und mehr Puzzleteile zusammenzubekommen, um die Zeit zum Bau einer Bombe reduzieren zu können. Womöglich sind die iranischen Verhandlungsangebote also tatsächlich ein Spiel auf Zeit, wie dem Land von westlicher Seite stets vorgeworfen wird. Schlüssig beweisen lässt sich dies allerdings derzeit nicht. Wenn man zudem ernsthaft an einer Lösung des Atomstreits interessiert wäre, müsste die Frage der Motivation ins Zentrum gestellt werden: Seit Jahren droht ein westlicher Vertreter nach dem anderen dem Iran mit einem militärischen Angriff und zumindest Teile des Regimes sehen vor diesem Hintergrund eine Atomwaffe als einzig wirklichen Schutz an, der eine Intervention verhindern kann. Anstatt auf iranische Angebote einzugehen, die eine vollkommene Klärung sämtlicher strittiger Fragen im Austausch gegen eine verlässliche westliche Nicht-Angrifffsgarantie vorsehen, wird lieber munter weiter an der Eskalationsspirale gedreht. Hierdurch sieht sich der Iran wiederum in seiner Sorge bestätigt, in Wahrheit gehe es darum, das Land schutzlos einem Angriff auszuliefern – und reagiert seinerseits dann wiederum mit kräftigem Säbelrasseln.

Diese gefährliche Dynamik zeigt sich auch im konkreten Fall der Urananreicherung: Hier argumentiert Teheran, sie sei zum Betrieb eines Forschungsreaktors für medizinische Zwecke erforderlich. Demgegenüber sieht der Westen hierin einen weiteren Zwischenschritt auf dem Weg zur Bombe (der ist übrigens noch ein Stück, denn atomwaffenfähiges Uran muss auf über 85% angereichert werden). In diesem Zusammenhang hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) im Oktober 2009 den Vorschlag unterbreitet, der Iran solle niedrig-angereichertes Uran nach Frankreich und Russland exportieren und im Gegenzug stärker angereichertes für seinen Reaktor zurückerhalten. Nachdem der iranische Präsident Ahmadinedschad wenige Tage vor der Sicherheitskonferenz angedeutet hatte, eine Einigung sei vorstellbar, erklärte der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki noch am Abend des 5. Februar, er sehe eine Beilegung des Streites in greifbarer Nähe. „Ich denke, wir nähern uns einer endgültigen Vereinbarung, die von allen Seiten akzeptiert werden kann."

Dennoch folgte dem Auftritt des iranischen Außenministers von westlicher Seite ein Sturm der Entrüstung, verbunden mit unverhohlenen Drohgebärden in Richtung Teheran. Deshalb ist es erforderlich, sich das „großzügige Angebot", das – glaubt man Politikern und Medien – der Iran nun so rotzfrech ausgeschlagen habe, etwas näher zu betrachten. Wie bereits erwähnt, ist die Urananreicherung – unabhängig davon, wie man persönlich

*„Joseph Lieberman und John McCain: Kriegsdrohungen gegen den Iran", Foto: Sicherheitskonferenz, Kai Moerk*

zur Atomkraft steht, denn es geht hier zunächst einmal um rein rechtliche Fragen - vollkommen gedeckt durch den Atomwaffensperrvertrag. Während andere Länder, u.a. auch Deutschland, von diesem Recht eifrig Gebrauch machen, wird nun also vom Iran als einzigem Land der Erde verlangt, einen solchen „Paria-Status" (Knut Mellenthin) zu akzeptieren. Der wesentliche Grund, weshalb die Verhandlungen in München scheiterten, dürfte darin gelegen haben, dass es der Iran gewagt hatte, im Austausch für ein solch weit reichendes Zugeständnis einige – durchaus moderate – Forderungen zu stellen: „Der Iran hat kürzlich die Bereitschaft zu dem Kompromiss signalisiert und damit eine Bedingung der IAEA erfüllt. Das Land knüpft dies aber an Bedingungen: Zeitplan, Ort und Menge des geplanten Austauschs von gering angereichertem Uran gegen höher angereicherte Brennstoffe will die Regierung in Teheran selbst bestimmen." (Reuters, 06.02.2010)

Nachdem der Iran hiervon auch auf der Sicherheitskonferenz offenbar nicht abrücken wollte, folgten nachgerade hysterische Reaktionen seitens der westlichen Vertreter. Am deutlichsten wurde US-Senator Joseph Lieberman: „Wir müssen uns entscheiden: Entweder für harte Wirtschaftssanktionen, damit die Diplomatie funktioniert, oder wir stehen vor militärischem Eingreifen." Aber auch Ex-Präsidentschaftskandidat John McCain nahm in München kein Blatt vor den Mund: „Der Auftritt von Außenminister Manuchehr Mottaki schreit danach, dass wir die Konsequenzen ziehen." Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg beschwerte sich, die ausgestreckte Hand des Westens würde vom Iran „nicht nur nicht ergriffen, sondern weggeschlagen." Nun sei der Uno-Sicherheitsrat gefragt, darauf zu reagieren. Dabei könne es auch sein, „dass die Sanktionsschraube angezogen werden muss." Auch Guido Westerwelle plädierte für eine „härtere Gangart". Wenn außerdem ein FDP-Außenminister die Wirtschaft darauf vorbereitet, sie müsse sich nun auf Einbußen im Iran-Geschäft einstellen, zeigt dies den Ernst der Lage überdeutlich. Immerhin belief sich Deutschlands Außenhandelsüberschuss mit dem Iran auf beträchtliche 3.3 Mrd. Euro im Jahr 2008[2]: „Ich habe Vertretern der deutschen Wirtschaft und Industrie bereits mitgeteilt, dass wir die Ausweitung von Sanktionen nicht ausschließen können. Ich bekam dann die Frage gestellt, ob ich wisse, was das koste. Ja, das weiß ich. Aber eine atomare Bewaffnung des Irans käme die deutsche Wirtschaft und die ganze Welt deutlich teurer zu stehen." (Die Welt, 07.02.2010)

Dies alles geschah am Samstag während der Sicherheitskonferenz. Darauf hin kam es, wie es kommen musste. In bewährter Manier reagierte der iranische Präsident auf das Säbelrasseln und

erklomm seinerseits die nächste Sprosse der Eskalationsleiter. Am Sonntagmorgen meldeten die Agenturen: „Präsident Ahmadinejad hat der iranischen Atomenergiebehörde den Auftrag erteilt, mit der Anreicherung von Uran auf 20 Prozent zu starten." (Kurier, 07.02.2010) Wenn der Westen nicht endlich die Kernfrage der ganzen Problematik angeht, das iranische Interesse an einer Nicht-Angriffsgarantie, ist es gut möglich, dass beide Seiten sich in diesem Streit gegenseitig bis hin zu einem bewaffneten Konflikt hochschaukeln.

Zwar erwähnte Barack Obamas Nationaler Sicherheitsberater James Jones Militärschläge mit keinem Wort, sondern „nur" eine Verschärfung von Sanktionen, dies dürfte aber eher dem geschuldet sein, dass aufgrund der laufenden Kriege im Irak, in Afghanistan und anderswo, das US-Militär gegenwärtig ohnehin kaum hierzu in der Lage wäre. Die aktuelle westliche Strategie scheint vielmehr darauf hinauszulaufen, sich die Option offen zu halten, jederzeit einen Angriff durchführen zu können, sollte man dies für erforderlich erachten. Eine Nicht-Angriffsgarantie steht diesem Interesse ebenso im Wege, wie ein möglicherweise vorhandenes iranisches Abschreckungspotenzial – und damit ist auch schon der Kern des ganzen Atomstreits benannt, der Unwille auf den Anspruch zu verzichten, im ölreichen Mittleren Osten jederzeit die Verhältnisse militärisch im eigenen Sinne zurechtzurücken.

## Afghanistan: Weiter so als Wendepunkt

Jedem, der nicht bei drei auf dem Baum war, wurde auf der Sicherheitskonferenz eingetrichtert, mit der neuen Afghanistan-Strategie, die auf dem Londoner-Treffen der kriegführenden Staaten am 28. Januar beschlossen wurde, sei man nun endlich auf einem guten Weg. In München bedankte sich der afghanische „Präsident" Hamid Karzai mit den Worten, er wolle zu Beginn betonen, „wie dankbar das afghanische Volk der internationalen Gemeinschaft für ihr unermüdliches Engagement ist." Weiter hob er die „enormen Errungenschaften" hervor, die seit Kriegsbeginn erreicht worden seien. Was er damit wohl gemeint haben dürfte? Etwa, dass die Zahl der bewaffneten Zusammenstöße im Jahr 2009 nochmals drastisch gestiegen und auch die Zivilopfer einen neuen Höchstsand erreicht haben? Dass die Vereinigten Staaten allein 2010 deutlich über 100 Mrd. Dollar für den Krieg ausgeben werden, während ein Bruchteil dieses Betrages für die Verbesserung der sozialen Lage aufgewendet wird? Oder etwa die mehr als fragwürdige Wiederwahl seiner „demokratischen" Regierung, ein aus Kriegsverbrechern zusammengesetzter korrupter Haufen, der laut „United Nations Office on Drugs and Crime" etwa 75% der Profite aus dem Drogenhandel einstreicht?

Im Wesentlichen wurden in München lediglich die Beschlüsse der Londoner-Konferenz bestätigt. Diese wiederum sind eine bloße Fortschreibung der im März 2009 verkündeten US-Eskalationsstrategie – von einem Wendepunkt kann also keinerlei Rede sein. Kernelemente sind hierbei eine massive westliche Truppenerhöhungen verbunden mit dem Versuch, schnellstmöglich die afghanischen Polizei- und Armeekräfte soweit aufzubauen, dass sie in der Lage sind, in Bälde große Teile der Kampfhandlungen im Alleingang zu übernehmen. Der Weg Afghanistans in Richtung eines autoritären Militärstaates ist damit vorgezeichnet, werden der Regierung doch die Repressionsapparate an die Hand gegeben, um den Widerstand im eigenen Land gewaltsam unterdrücken zu können (siehe auch den Beitrag von Michael Haid in dieser Ausgabe des AUSDRUCK). Insofern bestätigte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen auf der Sicherheitskonferenz lediglich den bisherigen Kurs: „Afghanistan ist ein selbstständiges Land, das sich selbst verteidigen und auf eigenen Füßen stehen muss." Ähnlich klang Verteidigungsminister zu Guttenberg: „es ist an den Afghanen selbst, die Zukunft des Landes in die Hände zu nehmen."

Allenthalben wurde in München zudem auch betont, man müsse die Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) weiter intensivieren, denn von der Einbeziehung ziviler Akteure erhofft man sich eine Effektivierung der Militäreinsätze. Angesichts der Vorbehalte ziviler Akteure, sich vor den Karren der westlichen Kriegspolitik spannen zu lassen, las ihnen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen gründlich die Leviten. Er bedauere, dass in Afghanistan, wo CIMIC erstmals in großem Stil erprobt wird, nach wie vor viele zivile Organisationen zu wenig Bereitschaft an den Tag legen würden, mit dem Militär zu kooperieren. „Sie planen nicht zusammen, sie arbeiten nicht zusammen, sie meiden das Militär, um ihre Unabhängigkeit zu betonen. Ein Ende dieser Zersplitterung erfordert eine wirkliche Kulturrevolution, die mit herkömmlichem Denken bricht."

Dies dürfte jedoch die Kritik an der Vereinnahmung humanitäre Hilfe für militärische Zwecke, die etwa Ende Januar von einigen der größten internationalen Nicht-Regierungsorganisationen geäußert wurde, wohl kaum abmildern.[3] Auch VENRO, der Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, veröffentlichte unlängst einen flammenden Verriss: „[CIMIC] bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung' untergeordnet ist. [...] Diese Vereinnahmung der Entwicklungshilfe durch das internationale Militär [verursacht] eine unselige Vermischung von Interessen und Zielen, die der Sache der Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung abträglich ist."[4]

Dennoch wird an der Eskalationsstrategie und dem gesamten bisherigen Ansatz eisern festgehalten – koste es die afghanische Bevölkerung, was es wolle. Schließlich stellt der Krieg die größte Bewährungsprobe, den „Lackmustest für die Zukunft der NATO" (Angela Merkel) dar. So dürfte US-Hardliner John McCain mit seiner Prognose während der Sicherheitskonferenz wohl leider recht behalten: „Dieses Jahr wird ein sehr hartes Jahr in Afghanistan, die Zahl der Opfer des Nato-Einsatzes wird steigen."

## NATO: Krieg im Dissens?

Inzwischen liegt der genaue Fahrplan für die Aktualisierung des Strategischen Konzeptes vor, die von den versammelten Staats- und Regierungschefs beim NATO-Gipfel im April 2009 in Auftrag gegeben wurde. Bis April 2010 soll ein Vorschlagskatalog von einer hochrangigen Gruppe ausgearbeitet werden, die von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen einberufen wurde. Den Vorsitz dieser Gruppe hat die ehemalige US-Außenministerin Madeline Albright, ihr Stellvertreter ist Jeroen van der Veer, der ehemalige Geschäftsführer von Royal Dutch Shell. Ende 2010 will Fogh Rasmussen zum NATO-Herbstgipfel in Lissabon ein endgültiges Konzept zur Absegnung vorlegen.

Dem deutschen Verteidigungsminister zu Guttenberg war es vorbehalten, den wichtigsten Vorschlag zur institutionellen Reform des Bündnisses in die Debatte einzuspeisen. Ein großes Manko wird schon länger darin gesehen, dass bislang sämtliche Entscheidungen innerhalb der NATO im Konsens getroffen werden müssen. Die erforderlichen komplizierten Aushandlungsprozesse behindern somit die rasche und vor allem

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

widerspruchsfreie Kriegsführung. Zudem erhalten kleinere Mitgliedsstaaten hierüber gewisse Einflussmöglichkeiten auf die NATO-Politik, die den Großmächten ein Dorn im Auge sind. Aus diesen Gründen forderten bereits die beiden wichtigsten Vorschlagskataloge zur neuen NATO-Strategie, das Konsensprinzip weitestgehend abzuschaffen. So schreiben mehrere der wichtigsten US-Denkfabriken in einem Papier: „Obwohl das Konsensprinzip ein wichtiges Symbol des Zusammenhalts ist, besonders, wenn der Nordatlantikrat über die Entsendung von Truppen abstimmt, erlaubt das Konsensprinzip einem Land, die Wünsche aller anderen Länder zu blockieren und führt außerdem zu Entscheidungen auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners.“[5] Genau diese Überlegungen wurden nun mit Karl-Theodor zu Guttenberg auf der Münchner Sicherheitskonferenz erstmals von einem Minister aufgegriffen: „Wir reden zu viel und wir erreichen zu wenig.“ Die Einstimmigkeit in allen Gremien der Nato sei eine „gepflegte Absurdität“. Ein Prachtstück aus der Abteilung Logik ist die Art, wie die „Deutsche Presseagentur“ (07.02.2010) die Kernaussage des Verteidigungsministers zusammenfasst: „Die NATO müsse weiter am Konsensprinzip festhalten, doch solle dies nicht immer Einstimmigkeit bedeuten.“ (dpa, 07.02.2010)

Wie genau die Entscheidungsmechanismen „reformiert“ werden sollen, bleibt gegenwärtig noch völlig im Dunkeln. Geht es um eine 2/3-Mehrheit oder genügen mehr als 50% der Stimmen? Und vor allem, soll das Prinzip „Ein-Staat-Eine-Stimme“ gelten oder soll nach der so genannten „doppelten Mehrheit“ verfahren werden, die bereits innerhalb der Europäischen Union mit dem Lissabon-Vertrag erfolgreich durchgeboxt werden konnte. Dabei wird auch die Bevölkerungsgröße in den Stimmanteil mit hineingerechnet, was naturgemäß zu einer dramatischen Machtverschiebung zugunsten der Großmächte führt. Jedenfalls darf man gespannt sein, wie die kleineren Mitgliedsstaaten auf diese Überlegungen reagieren werden, ihre Macht- und Einflussmöglichkeiten derart zu beschneiden.

## Russland: Raketenabwehrschach statt Abrüstung

Auffällig war, dass auf der Sicherheitskonferenz viel Aufhebens um das Thema nukleare Abrüstung gemacht wurde, ein Bereich, in dem man um Moskau nun einmal nicht herumkommt, auf der anderen Seite aber schon im unmittelbaren Vorfeld der Konferenz die Vorschläge für einen „Euroatlantischen Sicherheitsvertrag“ dem Reißwolf übergeben wurden.

Mit viel Pomp hat sich der neue US-Präsident Barack Obama das Thema nukleare Abrüstung auf die Fahnen geschrieben – und nicht zuletzt hierfür einen Friedensnobelpreis eingeheimst. Die im September 2009 getroffene Entscheidung der US-Regierung, auf die von Russland scharf abgelehnte Stationierung von Teilen ihres Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik zu verzichten, sei ein großes Zugeständnis an Moskau und erfordere entsprechende Gegenleistungen, so lautet in etwa die gegenwärtige Einschätzung von Politik und Medien. In Wahrheit wurden die Pläne lediglich – und das wohl auch eher aufgrund technischer Probleme - auf das Jahr 2015 verschoben.

Mehr noch, der „Alternativplan“, die Stationierung von erprobten SM-3-Abwehrraketen in anderen Staaten, stellt ebenfalls eine Bedrohung des russischen Abschreckungspotenzials dar. Zumal US-Verteidigungsminister Robert Gates betonte, es gehe um „zahlreiche SM-3-Raketen im Gegensatz zu dem alten Plan, der lediglich die Stationierung von 10 Abfangraketen [in Polen] beinhaltete.“[6] Kurz vor Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz wurde dann auch noch bekannt, Rumänien habe einer Stationierung von SM-3s zugestimmt. Natürlich argumentiert die US-Regierung, es gehe ausschließlich darum, einer Bedrohung vonseiten des Iran zu begegnen. In Russland glaubt dies jedoch kein Mensch. So gab Moskaus Botschafter bei der NATO, Dimitri Rogosin, an: „Vielleicht sind sie [die SM-3-Stationierungen] gegen den Iran gerichtet. Aber dasselbe System kann gegen jeden anderen Staat, einschließlich des russischen strategischen Nuklearsenals ausgerichtet werden. Die Vereinigten Staaten verwenden die iranischen Aktionen dafür, ihr Raketenabwehrsystem zu globalisieren. [...] Unser Militär sollte sich nicht nach Versprechungen oder Vermutungen richten. Wir müssen auf der Annahme agieren, dass sich ein feindliches Militärpotenzial unseren Grenzen nähert.“[7]

*„Konsensbrecher: Verteidigungsminister zu Guttenberg“ , Foto: Sicherheitskonferenz, Harald Dettenborn*

Aus russischer Sicht stellt der US-Abwehrschild keine Defensivwaffe dar, sondern ein wichtiger Bestandteil des US-amerikanischen Versuches, ein Erstschlagspotenzial zu erlangen: zuerst würde der Großteil des russischen Arsenals ausgeschaltet, der Rest könnte von dem Raketenschirm neutralisiert werden, so Moskaus Sorge. Ebenfalls Ende Januar wurde zudem bekannt, dass Washington nun doch bis März 2010 die Stationierung von Patriot-Abfangraketen in Polen plant – auch nicht gerade eine vertrauensbildende Maßnahme. Da diese Raketen an der polnisch-russischen Grenze in unmittelbarer Nähe zu Kaliningrad platziert werden sollen, sei dies geeignet, „bei uns tiefe Besorgnis zu erregen“, sagte Rogosin gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti (29.01.2010).

Russland wird vor diesem Hintergrund kaum zu weit reichenden atomaren Abrüstungsgesprächen bereit sein, schließlich stellen Nuklearwaffen aus Moskauer Sicht das letzte Bollwerk gegenüber einer noch dreisteren westlichen Aggressionspolitik dar, wie auch den NATO-Strategen klar sein dürfte. Aber auch für Laien und Politiker untermauerte Präsident Dimitri Medwedew unmissverständlich, dass man sich auf Kollisionskurs befindet, indem er lediglich einen Tag vor Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz die bis 2020 angelegten „Grundlagen der atomaren Abschreckungspolitik“ absegnete: „Als Hauptge-

fahren für Russland werden in der Doktrin die Erweiterung der NATO und das Aufstellen eines globalen Raketenabwehrsystems bezeichnet. Die nordatlantische Allianz sei bestrebt, in Verletzung des Völkerrechts globale Funktionen wahrzunehmen und die militärische Infrastruktur näher an die russischen Grenzen heran zu bringen, darunter durch die Erweiterung des Blocks." (Ria Novosti, 05.02.2010) Auf der Sicherheitskonferenz selbst hielt auch der russische Außenminister Sergej Lawrow mit seiner Kritik nicht hinter dem Berg. „Die Nato hat all ihre Versprechen gebrochen, die Allianz nicht an unsere Grenzen auszudehnen. Sie organisiert ihre eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit Russlands."

Auf diese Kritik wurde wie üblich damit reagiert, Moskau mehr oder weniger paranoides Verhalten zu unterstellen. Man stehe sich schließlich freundschaftlich gegenüber, deshalb könne egal welche Maßnahme der NATO per se keine Bedrohung Russlands darstellen: „Ich muss sagen, dass die neue Doktrin nicht die reale Welt spiegelt", sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz (Der Standard, 06.02.2010). Wenn die westlichen Staaten Russland jedoch wirklich so wohlgesonnen wären, wie sie es stets behaupten, dann hätten sie die Pläne zum Aufbau einer alternativen euroatlantischen Sicherheitsarchitektur nicht derart in die Tonne getreten, wie dies nun der Fall war.

## Russland, setzen! Keine Euroatlantische Sicherheitsarchitektur

Im Juni 2008 ging der russische Präsident Dimitri Medwedew in die Offensive und kündigte an, er strebe den Abschluss eines „Euroatlantischen Sicherheitsvertrags" an. Zwar wurden kurz darauf bereits erste Inhalte bekannt, en detail wurde der Vertrag jedoch erst Ende November 2009 veröffentlicht.[8] Vertragsparteien des legal bindenden Dokuments sollen alle Staaten von „Vancouver bis Wladiwostok" (also auch die USA und Kanada) und die dortigen internationalen Strukturen sein (NATO, OSZE, GUS...). Kern des Vertrages ist die „unteilbare Sicherheit", dass also keine Vertragspartei Handlungen ergreifen darf, die sich negativ auf die Sicherheit eines anderen Vertragspartners auswirken. Sollte ein Land dies so sehen, kann es einen schwammig formulierten Konsultationsprozess in Gang setzen, ein Verfahren, dessen Ziel auf der Hand liegt: „Diese Unklarheit scheint auch ganz bewusst gewählt zu sein. Denn ohne eine Präzisierung würde das Prinzip der ‚unteilbaren Sicherheit' letztlich Russland ein indirektes Vetorecht gegen fast jede Entscheidung der NATO geben – von der Osterweiterung über die Stationierung von amerikanischen oder NATO-Truppen in anderen Ländern bis hin zu Einsätzen im euro-atlantischen Raum."[9]

Nicht verwunderlich also, dass selbst der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, der eigentlich zum schwindenden halbwegs pro-russischen Teil der deutschen Eliten zählt, dem Vertrag bereits im Dezember 2009 eine mehr oder weniger deutliche Absage erteilte.[10] Wer es da noch nicht begriffen hatte, dass die NATO-Staaten keinerlei Absicht hegen, Russland ein wirkliches Mitspracherecht in europäischen Sicherheitsfragen einzuräumen, den belehrte US-Außenministerin Madeline Albright in einer Rede Ende Januar 2010: „Russland ist laut der früheren US-Außenministerin Madeleine Albright lediglich einer der vielen Nato-Partner, das Bündnis benötige keine Belehrungen aus Moskau. Russland müsste ‚nicht das Ei sein, das die Henne belehrt', sagte Albright." (RIA Novosti, 28.01.2010) Auch bezüglich der konkreten Pläne für einen „Euroatlantischen Sicherheitsvertrag" gab Albright einen Tag vor Beginn der Sicherheitskonferenz die Richtung vor: „Wir glauben daran, dass die Erweiterung von Nato und Europäischer Union Stabilität und Fortschritt auf dem gesamten Kontinent befördert haben - auch in Russland. [...] Wir sehen die beste Lösung darin, bestehende Institutionen wie die OSZE und den Nato-Russland-Rat zu stärken, statt neue Verträge zu schließen, wie Moskau es vorgeschlagen hat." (Süddeutsche Zeitung, 05.02.2010)

Nach dieser Steilvorlage wurde das Thema bis auf wenige zarte Hinweise, im Sinne von, darüber könne man sich ja vielleicht mal unterhalten, dann auch auf der Sicherheitskonferenz selbst stillschweigend beerdigt. Deutlicher hätten die NATO-Staaten ihren Vormachtanspruch auf dem eurasischen Kontinent kaum untermauern können.

## Preiswürdiger Kriegstreiber

Wie eigentlich jedes Jahr wurde schließlich auch diesmal ein dem Anlass würdiger Empfänger des Ewald-von-Kleist-Preises gefunden. Der diesjährige Preisträger Javier Solana reiht sich ein in einen so illustren Haufen bestehend aus Leuten wie dem Kriegsverbrecher Henry Kissinger oder dem US-Hardliner John McCain. In seiner Funktion als EU-Außenbeauftragter von 1999 bis 2009 war er maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Europäische Union ein Akteur geworden ist, für den Gewalt zur Durchsetzung seiner Interessen mehr und mehr die Normalität darstellt – mittlerweile über 20 EU-Einsätze sprechen eine deutliche Sprache. Danke Javier!

## Anmerkungen

1 Korski, Daniel/Gowan, Richard: Can the EU rebuild failing states? ECFR Policy Paper, October 2009, S. 39.

2 Germany Trade & Invest: Wirtschaftsdaten kompakt: Iran, November 2009: http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_6939.pdf?show=true

3 Quick Impact, Quick Collapse: The Dangers of Militarized Aid in Afghanistan, 27.01.2010: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/care.pdf

4 Was will Deutschland am Hindukusch?, VENRO-Positionspapier 7/2009.

5 The Washington NATO Project (Atlantic Council of the United States/Center for Strategic and International Studies/Center for Technology and National Security Policy/Center for Transatlantic Relations): Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, February 2009, S. 43. Siehe auch das Papier fünf ehemaliger hoher NATO-Generäle: Naumann, Klaus u.a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, 21.01.2008, S. 125: "Deshalb schlagen wir vor", so die Autoren des Naumann-Papiers, "dass die NATO das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rates aufgibt und auf Komitee- und Arbeitsgruppenebene Mehrheitsentscheidungen einführt."

6 Gates, Robert: A Better Missile Defense for a Safer Europe, New York Times, 19.09.2009.

7 Kim, Lucian: U.S. Uses Iran Pretext to Globalize Its Defenses and Threaten Russia, Globalresearch.ca, 06.02.2010.

8 European Security Treaty, November 29, 2009 (unofficial translation): http://eng.kremlin.ru/text/docs/2009/11/223072.shtml

9 Klein, Margarete: Medwedews Vorschlag für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag, in: russland-analysen Nr. 193, 04.12.2009.

10 Ischinger, Wolfgang: Keine Angst vor Medwedew!, Monthly Mind Dezember 2009: http://www.securityconference.de/Monthly-Mind-Detailansicht.67+M5c3ea044466.0.html

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# Rüstung durch die Hintertür

## Das EU-Sicherheitsforschungsprogramm

*von Sabine Lösing und Jürgen Wagner*

Im Jahr 2003 fällte die EU-Kommission die Entscheidung, künftig unter dem Dach des 7. Forschungsrahmenprogramms 2007-2013 (7FPR) einen eigenen Budgetposten für Sicherheitsforschung (ESRP) einzurichten. Die für diesen Zeitraum bereit gestellte Gesamtsumme umfasst 1.4 Mrd. Euro.[1] Um die Ausgestaltung dieses Sicherheitsforschungsprogramms zu konkretisieren und erste Projekte auf den Weg zu bringen, wurde eine „Group of Personalities" (GoP) und ein weiteres Beratungsgremium (ESRAB) einberufen. Dies alles geschah ohne irgendeine Beteiligung des europäischen oder eines nationalen Parlaments, geschweige denn der Zivilgesellschaft. Im stillen Kämmerlein konnten sich somit Vertreter der Rüstungslobby sowie staatlicher Sicherheitsorgane daran machen, die künftige europäische Sicherheitsforschungsagenda auszutüfteln. Für die Ausarbeitung einer Zukunftsagenda wurde darüber hinaus im Jahr 2007 das ebenso unrepräsentativ und undemokratisch zusammengesetzte „European Security & Information Forum" (ESRIF) ins Leben gerufen, das im Dezember 2009 seinen 324-seitigen Forderungskatalog vorlegte.

Auch wenn dies sicherlich nicht für jede einzelne geförderte Maßnahme zutrifft, so ist die gesamte Ausrichtung des Sicherheitsforschungsprogramms überaus Besorgnis erregend. Trotz der Tatsache, dass sich dort mit nahezu jedem erdenklichen Aspekt von Sicherheit beschäftigt wird, sind die Lösungen nahezu immer dieselben, wie Ben Hayes von „Statewatch" kritisiert: „Für jeden dieser scheinbar unterschiedlichen Bereiche stellt sich heraus, dass dieselbe Antwort vorgeschlagen wird: Maximierung des Einsatzes von Sicherheitstechnologie; Verwendung von Risikoabwägungen und Modellen, um menschliches Verhalten vorherzusagen (und darauf Einfluss zu nehmen); die Gewährleistung schneller „Antworten auf Störungen"; und schließlich die Intervention, um die Gefahr zu neutralisieren, automatisch, sofern möglich. [...] Was sich hinter der irritierenden Zahl an Aufträgen, Abkürzungen und EU-Politiken verbirgt, ist die rasche Entwicklung eines mächtigen neuen „interoperablen" europäischen Überwachungssystems, das für zivile, kommerzielle, polizeiliche, sicherheits- wie auch verteidigungsbezogene Zwecke eingesetzt werden wird." (Hayes 2009: 30)

### Eine Forschungsagenda von Lobbyisten für Lobbyisten

Schon durch die Zusammensetzung der entscheidenden Gremien wurde sichergestellt, dass Konzerninteressen ausgiebig Berücksichtigung finden würden. Die Tradition, Firmenvertretern in der GoP und im ESRAB eine maßgebliche Rolle zuzugestehen, fand im ESRIF seine ungebrochene Fortsetzung. So setzen sich sowohl das 65 Personen umfassende Direktorium als auch seine 660 Berater etwa je zur Hälfte aus Industrievertretern (vorrangig von Rüstungsunternehmen) und aus Repräsentanten staatlicher Sicherheitsorgane zusammen.[2] Weit und breit finden sich keine Vertreter der Bürgerrechts- oder der Friedensbewegung oder wenigstens der ein oder andere Datenschutzbeauftragte. Mit der Ausarbeitung der Forschungsagenda wurden also genau jene Konzerne und Organe betraut, die am meisten an einer ausufernden Sicherheitspolitik interessiert sind (Nagel 2009: 4).

Da im Sicherheitsbusiness einiges zu verdienen ist – das Auftragsvolumen beträgt weltweit etwa 140 Mrd. Dollar im Jahr 2009, besteht eines der Hauptziele der ESRIF-Agenda in der Herausbildung eines international wettbewerbsfähigen europäischen Sicherheitsindustriellen-Komplexes. Bislang verhindere der „fragmentierte Markt" innerhalb der Europäischen Union eine optimale Positionierung im internationalen Wettkampf. „Sollte dies behoben werden, würde dies die Tür für eine globale Führungsrolle auf dem Sicherheitsmarkt öffnen." (ESRIF 2009: 13) Folgerichtig will man nicht nur Investitionen der öffentlichen Hand anregen, sondern durch einen einheitlichen europäischen Sicherheitsmarkt das Auftragsvolumen und damit die Wettbewerbsfähigkeit vergrößern: „Durch seine Tätigkeit wird ESRIF dazu beitragen, einen europaweiten einheitlichen Markt für Sicherheitsequipment und Sicherheitsdienstleistungen zu fördern." (ESRIF 2009: 245)

### Zivil-militärische Vermischung

Ein Hauptkritikpunkt am EU-Sicherheitsforschungsprogramm besteht darin, dass es munter die – sinnvollen und wichtigen – Grenzen zwischen „innerer" und „äußerer" Sicherheit sowie „ziviler" und „militärischer" Forschung verwischt, und zwar gezielt: „ESRIF befürwortet, dass die externe Dimension von Sicherheit auf der Agenda jeglicher künftigen Sicherheitsforschungs- und Innovationspolitik eine große Rolle spielen soll. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind Teil einer hochgradig komplexen und interdependenten Welt. Gescheiterte Staaten, Grenzstreitigkeiten, umweltbedingte Migration und Ressourcenkonflikte haben allesamt interkontinentale, wenn nicht globale Auswirkungen. Europa kann diese externen Risiken und Bedrohungen [...] für seine innere Sicherheit nicht ignorieren. [...] Aber dies erfordert auch eine neue Mentalität, um die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Autoritäten auszubauen, die in vielen Fällen auf die gleichen Organisationen und Kapazitäten zurückgreifen." (ESRIF 2009: 10)

Hier wächst offensichtlich zusammen, was in den Augen derjenigen, die diese Forschungsagenda ausgearbeitet haben, schon lange zusammengehört. Von politischer Seite ist dies jedenfalls explizit gewollt. Auf dem EU-Ratstreffen Mitte November 2009 wurde in der Abschlusserklärung festgehalten: „Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, Synergien hinsichtlich verteidigungs- und sicherheitsforschungsbezogener Aktivitäten zu finden."

### Freier Strom der Güter, nicht der Menschen

In elf Arbeitsgruppen wurden im Rahmen des ESRIF Detailvorschläge für die künftige Sicherheitsforschungsagenda ausgearbeitet. Die größte dieser Arbeitsgruppen beschäftigte sich mit dem „Schutz kritischer Infrastrukturen", wozu normalerweise sensitive Gebäude (Banken und Behörden), Bahnhöfe, die Energieversorgung, Informationssysteme u.ä. gezählt werden. Das ESRIF erweitert die Definition aber auch auf wichtige „natür-

liche Ressourcen“ und, so sich diese im Ausland befinden, auch auf deren Zuleitungswege. Dabei handele es sich auch um eine „sicherheitspolitische Frage“, weshalb die Forschung einen Beitrag zur Sicherheit von Gütern von der „Farm bis zur Gabel“ leisten müsse. Als Begründung wird angegeben: „Europa ist extrem abhängig vom regionalen und globalen Fluss von Gütern und Menschen.“ (ESRIF 2009: 25)

Allerdings will man dabei nur, dass sich bestimmte – gewünschte – Personen frei bewegen können. Mit dem ganzen Rest beschäftigte sich die ESRIF-Arbeitsgruppe 3 („Grenzsicherheit“): „Die Hauptaugenmerke im Bereich der Grenzsicherheit sind die effiziente und effektive Kontrolle des Flusses von Menschen und Gütern an Grenzübergängen und die Überwachung der Grenzregionen – zu Lande, zu Wasser und im Luftraum – jenseits dieser Grenzübergänge.“ (ESRIF 2009: 29) Wie ein Blick auf die bislang begonnen Projekte zeigt, zielen viele von ihnen tatsächlich auf eine Verbesserung der Überwachungskapazitäten an den EU-Außengrenzen ab (European Commission 2009).

Militärisches und paramilitärisches Krisenmanagement, die Bekämpfung von Symptomen statt Ursachen steht nicht jedoch nur im Migrationsbereich im Zentrum des Sicherheitsforschungsprogramms. Ein solches Vorgehen ist charakteristisch für eine „Sicherheitsgesellschaft“ wie sie von Tobias Singelnstein und Peer Stolle (2008: 75) beschrieben wurde: „Der vormalige Anspruch, zugrunde liegende soziale Konflikte zu lösen, wird zugunsten einer reinen Verwaltung von Problemen durch dauernde Kontrolle aufgegeben.“

## Bevölkerungskontrolle innen wie außen

Die ESRIF-Arbeitsgruppe 1 beschäftigte sich mit der „Sicherheit der Bürger“, bei genauerer Betrachtung drängt sich jedoch der Verdacht auf, dass es hierbei eher um die Sicherheit vor den Bürgern geht. U.a. wurde dabei untersucht, wie der „Radikalisierung von Gruppen in der Bevölkerung“ begegnet werden kann. Dabei wird folgende Bedrohungsanalyse präsentiert: „In bestimmten Gruppen der Bevölkerung, die über bestimmte Charakteristika verfügen (zB ethnische Herkunft, Religion, Studenten, Armut) kann sich eine Stimmung von Entfremdung und Ausgrenzung breit machen. Sollten diese Gefühle ignoriert werden, besteht die Gefahr, dass ungewünschte Entwicklungen ausgelöst werden, die zu einer sich verschlimmernden Unzufriedenheit in organisierten Gruppen und Netzwerken führen. Das nächste Stadium könnte die Mobilisierung möglicher Akteure sein, um ihre Rechte zu verteidigen. Am Ende sind gewalttätige Handlungen möglich.“ (ESRIF 2009: 49)

Als ein Teil der künftigen Forschungsagenda soll deshalb die Bevölkerung über die „Grenzen des politischen Aktivismus“ aufgeklärt werden. „Wo befinden sich die so genannten roten Linien sozialer Proteste? Mehr Forschungsanstrengungen müssen darauf verwendet werden, wie weit politischer Aktivismus gehen kann und sollte.“ (ESFRIF 2009: 235) Überschreitet die Bevölkerung diese vom Sicherheitsforschungsprogramm gezogenen roten Linien, so sind bereits jetzt zahlreiche Programme zur Verbesserung der Bevölkerungskontrolle bei Demonstrationen und anderen Großveranstaltungen angelaufen. Ein Beispiel hierfür ist das Sicherheitsforschungsprogramm für die „Automatische Aufspürung abnormalen Verhaltens und von Bedrohungen in bevölkerten Räumen“ (ADABTS): „ADABTS zielt auf den Schutz von EU-Bürgern, Eigentum und Infrastruktur gegen Gefahren des Terrorismus, Kriminalität und Unruhen durch das automatische Aufspüren abnormalen menschlichen Verhaltens ab.“ (European Commission 2009: 6f.) Es liegt auf der Hand, dass derlei Fähigkeiten sich auch zur Aufstandsbekämpfung im Ausland bestens eignen (Hayes 2009: 63f.). Nicht nur hier sind die Synergieeffekte zwischen „ziviler“ und militärischer Anwendung ebenso offensichtlich wie erwünscht.

## Verdeckte Rüstungsforschung

Ganz offen fordert das ESRIF (2009: 38), dass zivile Sicherheitsforschung auch für Militäreinsätze nutzbringend sein sollte: „Aufgrund der hohen Priorität der externen Sicherheitsdimension [...] sollten Forschungs- und Innovationsprogramme Friedenseinsätze sowie humanitäre und Krisenmanagementaufgaben unterstützen.“ Dass man deshalb sogar von einem Etikettenschwindel sprechen kann, wird teils sogar offen eingestanden: „“Sicherheit“ ist ein politisch akzeptablerer Weg etwas zu beschreiben, was früher traditionelle Verteidigung war“, so Tim Robinson, Vizepräsident der Sicherheitsabteilung von Thales, der als ehemaliger ESRAB-Vorsitzender maßgeblich an der Ausarbeitung der Forschungsagenda beteiligt war (Hayes 2009: 72).

Nachdem die EU-Verteidigungsminister im Mai 2009 die Verteidigungsagentur damit beauftragt haben, einen „Europäischen Kooperationsrahmen für Sicherheits- und Rüstungsforschung“ auszuarbeiten, scheint endgültig klar, wohin die Reise wohl gehen wird. „Dieser neue Rahmen wird die übergreifende Struktur zur Maximierung von Komplementarität und Synergie zwischen Forschungsaktivitäten mit Verteidigungs- und zivilem Sicherheitsbezug bereitstellen.“ (European Defence Agency 2009)

Abschließend sollte noch betont werden, dass trotz des relativ geringen bisher bereit gestellten Budgets dies nicht ewig so bleiben dürfte. Schon jetzt fordert das ESRIF (2009: 37), die EU solle schnellstmöglich 1 Mrd. Euro jährlich bereitstellen, also den Etat verfünffachen. Grund genug also, diesem Forschungszweig künftig deutlich mehr Beachtung zu schenken, als dies bislang der Fall ist.

## Literatur


- European Commission (2009): Security Research Projects under the 7th Framework Programme for Research, Brüssel.
- European Defence Agency (2009): EDA and Commission to Work Closely Together on Research, Press Release vom 18. Mai 2009.
- ESRIF (2009): Final Report, December 2009, URL: http://www.esrif.eu/documents/esrif_final_report.pdf (18.12.2009).
- Hayes, Ben (2009): Neoconopticon – The EU Security-Industrial Complex, Statewatch/Transnational Institute.
- Nagel, Sarah (2009): Hochschulen forschen für den Krieg, in: Ausdruck – Das IMI-Magazin (Juni), S. 1-6.
- Singelnstein, Tobias & Stolle, Peter (2008[2]): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert, Wiesbaden.


## Anmerkungen

1 Darüber hinaus sind im 7FPR noch 1.4 Mrd. für „zivile“ Weltraumforschung eingestellt, mit denen direkt militärrelevante Forschung betrieben wird (Hayes 2009: 52ff.).

2 Hinzu kommt eine Handvoll Nichtregierungsorganisationen, die sich aber nahtlos, wie etwa die interventionistische Crisis Management Initiative, in diesen illustren Haufen einfügen.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

# EU-Militarisierung 2020

## Ein Blick in die Kristallkugel

*von Sabine Lösing und Jürgen Wagner*

Als offizielle Geburtsstunde für die Militarisierung der Europäischen Union gilt der Ratsgipfel in Köln im Juni 1999. Auf ihm wurde die grundsätzliche Entscheidung getroffen, eine EU-Eingreiftruppe für globale Kriegseinsätze aufzustellen. Ein halbes Jahr später wurde auf dem Folgetreffen in Helsinki vom 10. bis 12.Dezember die Zielgröße der mittlerweile für einsatzbereit erklärten Truppe ausgegeben: 60000 Soldaten (was aufgrund der erforderlichen Rotation und logistischen Unterstützung einem Gesamtumfang von zirka 180000 Soldaten entspricht). Erste Einsätze folgten bereits im Jahr 2003, seither werden immer häufiger Militärs zur Durchsetzung europäischer Interessen eingesetzt.

Kein Wunder also, dass sich der EU-Rat auf seiner Tagung vom 17. November 2009 mit der Verabschiedung der Erklärung „Zehn Jahre ESVP – Herausforderungen und Chancen" mit kollektivem Schulterklopfen über den grünen Klee lobte: „In Anbetracht des zehnten Geburtstags seit Beginn der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) lobt der Rat den Erfolg dieser Politik, die zur Stationierung von etwa 70000 Soldaten in 22 ESVP-Einsätzen und -Missionen führte." Doch trotz aller demonstrativ zur Schau gestellten Zufriedenheit ist beileibe nicht alles Eitel Sonnenschein. So verriss etwa Nick Whitney, ehemals Leiter der EU-Rüstungsagentur, vor einiger Zeit die bisher geleistete EU-Außenpolitik: Die Europäische Union bleibe weit hinter ihrem Ziel zurück, effektive militärische Machtprojektion leisten zu können, so sein Urteil.[1]

Was stimmt denn nun, ist man vor diesem Hintergrund versucht zu fragen. Die Antwort: beides! Einerseits sind Umfang und Tempo der EU-Militarisierung in der Tat beängstigend; andererseits ist man bei weitem noch nicht soweit, wie man gern wäre. Denn die Zielsetzungen sind überaus ambitioniert: So beschloss der Europäische Rat im Dezember 2008, schnellstmöglich die Kapazitäten aufzubauen, um künftig bis zu 19 ESVP-Einsätze gleichzeitig durchführen zu können – darunter je zwei hochintensive Kampfoperationen und zwei „Stabilisierungsmissionen", also Besatzungseinsätze wie der in Afghanistan.[2]

Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon liefert nun auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, um die EU-Militarisierung weiter zu forcieren. Bereits im Vorfeld begaben sich Europas Militaristen in die Startlöcher. In freudiger Erwartung wurden in den letzten Monaten zahlreiche „Wunschlisten" ausgearbeitet, welche Maßnahmen nun zu ergreifen seien.[3] Der mit Abstand wichtigste Forderungskatalog wurde ist in diesem Zusammenhang vom „Institute for Security Studies" (ISS) der Europäischen Union veröffentlicht. „What ambitions for European defence in 2020?" (fortan: ISS 2020) erschien zuerst im Juli 2009 und war kurz danach bereits vergriffen. Im Oktober ging der Sammelband nach dem „erfolgreichen" irischen Ja zum Vertrag von Lissabon in eine zweite, überarbeitete Auflage.[4]

Gleich im Vorwort wird die Bedeutung des Konvoluts durch den damaligen Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, mit den Worten unterstrichen, es handele sich hier um einen „wichtigen Beitrag zur strategischen Debatte". Die EU habe sich unter seiner Ägide erfolgreich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch gemausert, nun sei es jedoch erforderlich, die hierfür notwendigen militärischen Mittel bereitzustellen: „Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten verfügen – sowohl zivil als auch militärisch –, diese politischen Ambitionen zu unterfüttern. Mit der gegenwärtigen Lücke zwischen Ambitionen und der Realität muss sich beschäftigt werden." (ISS 2020: S. 7 f.) Was das konkret bedeutet, verdeutlicht Álvaro de Vasconcelos, Chef des ISS und Herausgeber des Sammelbandes, in seiner abschließenden Zusammenfassung: Schnellstmöglich gelte es nun, die ins Feld führbaren Truppen auf 120.000 Soldaten zu erhöhen, also 360.000 Kämpfer zur Durchsetzung europäischer Interessen vorzuhalten (ISS 2020: S. 162). Doch auch bezüglich der Frage, wofür bzw. gegen wen sich die Europäische Union zu rüsten gedenkt, wird Klartext geredet.

### Fokus auf Großmachtkonflikte

Neben dem „Umgang" mit Konflikten in der so genannten Dritten Welt beschäftigen sich die Beiträge auch mit den wachsenden Rivalitäten zwischen den Großmächten. In ihrem Artikel stellt Nicole Gnesotto, seit Jahren Teil des EU-Militärestablishments, die wohl eher rhetorisch gedachte Frage: „Soll die europäische Außenpolitik versuchen, die kränkelnde westliche Vorherrschaft aufzupäppeln, um Europas Position innerhalb des Systems zu verbessern?" (ISS 2020: S. 35)

Die Pariser Professorin bleibt zwar eine explizite Antwort schuldig, nicht aber ihr Kollege Tomas Ries, Direktor des „Swedish Institute for International Affairs", der die umfassendste Bedrohungsanalyse des Sammelbandes abliefert. Die Gefahr durch staatliche Akteure sei zwar im Vergleich zum Kalten Krieg zurückgegangen, jedoch keineswegs obsolet. Explizit benannt werden dabei Nordkorea, der Iran und Russland. Diese Staaten hätten sich aus dem Globalisierungsprozess ausgeklinkt und würden deshalb eine – zumindest potentielle – Bedrohung darstellen: „Die Aufgabe besteht darin, diese (Länder), sofern möglich, umzudrehen und, falls das scheitert, mit ihrer Kampfansage an die sich globalisierende Welt fertig zu werden. Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern. (…) Wir können davon ausgehen, dass die ESVP im Jahr 2020 verschiedene Aufgaben bewältigen muss. (…) Gegenüber diesen (Staaten) sind Kapazitäten sowohl zur Unterstützung einer Einflussausübung im Clausewitzschen Sinne als auch für mögliche direkte militärische Konfrontationen erforderlich." (ISS 2020: S. 68 f.)

### Bekämpfung der Armen statt Armutsbekämpfung

Besonders eifrig ist Ries um den Schutz des globalisierten Systems bemüht. Denn nicht nur in der Kriegsursachenforschung, auch im Militärestablishment ist man sich darüber bewusst, dass die vom neoliberalen Globalisierungsprozess verursachte Armut zu zunehmenden Konflikten in der „Dritten Welt" führen wird. Weil sich dieses System aber als überaus profitabel für europäische Konzerninteressen erwiesen hat, steht

ein Kurswechsel nicht zur Debatte. Im Gegenteil, trotz der fatalen Folgen, die die Wirtschafts- und Finanzkrise gerade für die Länder des globalen Südens hat, beabsichtigt die Europäische Union, ihre neoliberale Außenwirtschaftspolitik beizubehalten, ja sogar noch zu intensivieren.

Exemplarisch seien hier die Aussagen von EU-Kommissionschef José Manuel Barroso in seinen „Politischen Leitlinien für die nächste Kommission" vom 3. September 2009 angeführt: „Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde hat auch weiterhin oberste Priorität. Aber wir müssen uns auch für Freihandelszonen und Handelsvereinbarungen einsetzen und sicherstellen, dass bei Handelsrunden die Interessen der EU gewahrt werden. (…) Wir müssen daher stärker als bisher alle Register unserer Außenpolitik ziehen, um so mit ‚sanfter Gewalt' solide Ergebnisse für die EU-Unternehmen und -Bürger zu erzielen. Das europäische Interesse muss in kohärenter Weise entschlossen geschützt und gefördert werden."

So besehen bleibt den EU-Militärstrategen wenig anderes übrig, als sich auf die „Stabilisierung" zunehmender Armutskonflikte vorzubereiten, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte halbwegs unter Kontrolle zu halten. Tomas Ries räumt dies mit einer geradezu unverfrorenen Offenheit ein, indem er als künftige zentrale Aufgabe der EU-Militärpolitik folgendes benennt: „Abschottungsoperationen (Barrier operations) – die globalen Reichen gegen die Spannungen und Probleme der Armen absichern. Da der Anteil der Weltbevölkerung, die in Elend und Frustration lebt, erheblich bleiben wird, werden die Spannungen und Übertragungseffekte zwischen ihrer Welt und der der Reichen weiter zunehmen. Weil wir wahrscheinlich dieses Problem bis 2020 nicht an seiner Wurzel gelöst haben werden, (…) müssen wir unsere Barrieren verstärken." (ISS 2020: S. 73) Folgerichtig wurde auf der EU-Ratssitzung Ende Oktober 2009 ein weiterer Ausbau der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX beschlossen.[5]

Es besteht aber auch direkter Interventionsbedarf „vor Ort", und zwar spätestens dann, wenn relevante ökonomische und/oder strategische Interessen betroffen oder die Stabilität des Gesamtsystems gefährdet sind. Mit den Worten des intellektuellen Schreibtischtäters Ries: „Die Absicherung der Finanz-, Handels- und Warenströme wird eine Kapazität für globale ordnungspolitische Polizeieinsätze (policing) erfordern." (ISS 2020: S. 69) Um die Bedeutung dieser Ausführungen nochmals zu unterstreichen, bediente sich ISS-Direktor Vasconcelos in seiner Zusammenfassung des Sammelbandes nahezu derselben Begrifflichkeiten. Es sei notwendig, die „Ströme der Globalisierung offenzuhalten." (ISS 2020: S. 166)

## Zivil-militärische Besatzungstruppen

Zur Stabilisierung der turbulenter werdenden Peripherie sei endgültig Abstand von früheren Ansätzen zu nehmen, die bei Einsätzen angeblich auf Zurückhaltung, Neutralität und die Zustimmung der Konfliktparteien gesetzt hätten. So dies je der Fall war, ist diese Phase nun für Ries endgültig Geschichte: „Social engineering" mittels militärischem „Nation building" ist heute angesagt: „Operationen mit Bodentruppen" („Boots on the Ground Operations") seien in zunehmendem Maße erforderlich, und zwar für „die Gewährleistung von Sicherheit zur Konfliktbewältigung oder zum Nation Building im Übergang von der konsensuellen Friedenswahrung zur Friedenserzwingung." (ISS 2020: S. 63) Bei solchen Einsätzen steht jedoch nicht mehr die Bekämpfung einer regulären Armee, sondern die Kontrolle einer Krisenregion mittels Besatzung und „Nation Building" im Vordergrund. Die „Long Term Vision", ein Dokument der EU-Rüstungsagentur, das als Grundlage für Rüstungsprojekte der EU fungiert, formulierte dies bereits im Oktober 2006 folgendermaßen: „ESVP-Einsätze werden (…) künftig eher auf die Ziele ›Sicherheit‹ und ‚Stabilität' als auf ‚Sieg' fokussiert sein."

Für ein solches „Social engineering" sind Soldaten aus offensichtlichen Gründen nur bedingt geeignet, hierfür werden zivile Akteure (vom Brunnenbauer über den Juristen bis zum Agrotechniker) zur Unterstützung militärischer Interessensdurchsetzung benötigt. Die Intensivierung dieser „zivil-militärischen Zusammenarbeit" (CIMIC) wird deshalb im ISS-Bericht in nahezu jedem Beitrag nachdrücklich gefordert, allerdings wird dort kaum näher spezifiziert, wie dies konkret erfolgen soll. In diese Bresche springt eine aktuelle Studie des einflussreichen „European Council on Foreign Relations". Dort heißt es, die „dogmatische Unterscheidung" zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik sei „obsolet". Die EU müsse „ihre komplette Herangehensweise an Auslandsinterventionen überdenken." Man müsse in der Lage sein, „Gewalt mit kürzerer Vorlaufzeit anzuwenden". Für die 20 ohnehin unter permanenter Beobachtung stehenden „instabilsten" Staaten müsse jeweils ein EU-Sonderbeauftragter ernannt werden, unter dessen Ägide detaillierte Vorausplanungen erfolgen müssten: „Jeder Plan sollte einen Anhang haben, in dem Notfallpläne für militärische Interventionen enthalten sind." Gleichzeitig sollen die zivilen Kapazitäten der EU massiv ausgebaut und engstens mit den militärischen Strukturen verzahnt werden. Als „Motivationshilfe" wird vorgeschlagen, dass Mitgliedsländer, die die vorgegebenen Planziele verfehlen, künftig von jeglichen Führungspositionen in der EU ausgeschlossen werden.[6] Generell lässt sich sagen, dass derzeit in der EU zusammenwächst, was in den Augen der führenden EU-Länder schon lange zusammengehört. So soll künftig etwa unter dem Dach des gerade im Aufbau befindlichen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) die zivile und militärische

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Einsatzplanung ganz im Sinne einer „imperialen Machtpolitik aus einem Guss“ untrennbar miteinander verzahnt werden (siehe AUSDRUCK Dezember 2009).

Der EAD dient zugleich als Vorbild gerade für Deutschland. Der neue Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) forderte bereits, sein Ministerium solle künftig stärker auf die Durchsetzung deutscher Interessen verpflichtet und perspektivisch ins Auswärtige Amt integriert werden. Offensichtlich drohen zivile und militärische Mittel bis zur Unkenntlichkeit zu verschmelzen. Die fatalen Folgen lassen sich derzeit in Afghanistan beobachten, wo CIMIC erstmals in großem Stil erprobt wird. Befragt nach den entwicklungspolitischen Aufgaben in Afghanistan antwortet Niebel: „Unsere Streitkräfte und zivilen Aufbauhelfer müssen am gleichen Ziel arbeiten“, nämlich an der Durchsetzung deutscher Interessen.[7] Erfreulicherweise kritisiert der Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) diese Entwicklung aufs Schärfste: „[CIMIC] bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärische Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Diese Vereinnahmung der Entwicklungshilfe durch das internationale Militär [verursacht] eine unselige Vermischung von Interessen und Zielen, die der Sache der Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung abträglich ist.“[8]

## Kerneuropa im Anmarsch

Eine der wichtigsten – und allzu häufig übersehenen – Neuerungen des Vertrags von Lissabon ist die enorme Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der EU zugunsten ihrer stärksten Mitgliedsstaaten. Dies betrifft einmal die Stimmgewichtung im Rat, von deren Neuverteilung („Doppelte Mehrheit“) vor allem Deutschland profitiert, dessen Anteil sich ab 2014 von 8,4 auf 16,73 Prozent nahezu verdoppeln wird. Auch Frankreich und Großbritannien werden, wenn auch nicht in dem Ausmaß, zu den Profiteuren zählen.

Im Militärbereich findet diese Zentralisierung mit der Einführung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) ihre Entsprechung. Schon lange geistert die Idee einer „Herausbildung eines Kerneuropas“ (Schäuble/Lamers), einer „EU-Avantgarde“ (Joseph Fischer) bzw. einer „EU-Pioniergruppe“ (Jacques Chirac) durch die Köpfe der EU-Eliten (siehe AUSDRUCK Oktober 2008). Nicolas Sarkozy schlug bereits im März 2008 vor, die SSZ dafür zu nutzen, ein „Direktorium“ für den Bereich der Militärpolitik zu schaffen. Als Mitglieder benannte der französische Präsident Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen.[9] Allerdings war bislang gerade im Militärbereich die Bildung eines solchen exklusiven Klubs, der gegebenenfalls über die Köpfe der restlichen Mitgliedsstaaten seine eigene außen- und sicherheitspolitische Agenda durchdrücken könnte, verboten. Wie Vasconcelos in seinem ISS-Beitrag aber betont, hat sich auch dies mit dem 1. Dezember geändert: „Tatsächlich ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, die für eine begrenzte Zahl der ‚Fähigen und Willigen‘ offensteht, eines der interessantesten Elemente des Lissabon-Vertrages.“ (ISS 2020: S. 25)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die SSZ es erlaubt, das bis dato gültige Konsensprinzip im Militärbereich elegant auszuhebeln. Gemäß Artikel 46 (6) des Vertrags von Lissabon kann eine SSZ mit qualifizierter Mehrheit begründet werden, anschließend „bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedsstaaten.“ Der Trick scheint nun zu sein, einfach die „Teilnahmeberechtigung“ so hoch zu schrauben, dass letztlich nur die größten Mitgliedsstaaten übrigbleiben. Protokoll 10 des Lissabonner Vertrags benennt bereits die Aufstellung von EU-Kampftruppen und die Teilnahme an den wichtigsten EU-Rüstungsprojekten als notwendige SSZ-Eintrittskriterien. Folgerichtig ist deshalb die Forderung von Stefano Silvestri, Präsident des „Institute of International Affairs“, man müsse nun fixe „Rüstungszieldaten“, eine Art „militärische Maastricht-Kriterien“ vorgeben, deren Einhaltung die Vorbedingung für eine Teilnahme am militärischen Kerneuropa darstellen (ISS 2020: S. 83).

Der Chef des EU-Militärstabes, Henri Bentégeat, ist sich der hieraus möglicherweise erwachsenden „Vorteile“ mehr als bewusst, wenn er schreibt: „Die Möglichkeit, die der neue Vertrag in sich birgt, indem er die verstärkte Zusammenarbeiten auf das Feld der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausdehnt, eröffnet ein großes Potential für EU-Operationen. Lediglich ein Drittel der Mitgliedsstaaten wären nötig, um eine Entscheidung im Rat zum Start einer Operation zu treffen, sofern gezeigt werden kann, dass die Operation die Ziele der Union fördert und ihre Interessen schützt.“ (ISS 2020: S. 98) So sollen Kriege künftig deutlich schneller vom Zaun gebrochen werden können, indem hinderliche und zeitlich aufwendige Aushandlungsprozesse entfallen sollen. Dass dieses Bestreben u.a. mit dem deutschen Parlamentsvorbehalt kollidiert, ist offensichtlich. Aus diesem Grund wird in der ISS-Zusammenfassung unmissverständlich betont: „Die Möglichkeit, militärische Missionen zu starten, bevor alle politischen Diskussionen dazu stattgefunden haben, muss in Erwägung gezogen werden, damit es zu keinen Verzögerungen kommt.“ (ISS 2020: S. 163)

Die drohende Keule, dass künftig ein EU-Direktorium über sämtliche relevanten Aspekte der EU-Sicherheitspolitik entscheiden könnte, erzeugt wiederum einen enormen Aufrüstungsdruck auf die kleineren Mitgliedsländer, die ernsthaft Sorge haben, ansonsten in absehbarer Zeit in militärpolitischen Angelegenheiten vollständig an den Katzentisch verbannt zu werden.

## Von der Planung zur Rüstung

Ende 2008 legte die EU-Rüstungsagentur einen „Capability Development Plan“ vor, in dem zahlreiche „Fähigkeitslücken“ identifiziert wurden, die nun sukzessive geschlossen werden sollen. Bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon war es jedoch verboten, Gelder aus dem EU-Haushalt für militärrelevante Ausgaben zu verwenden.

Auch dies wird sich nun ändern, und zwar mit dem „Anschubfonds“ nach Artikel 41 (3) des Lissabon-Vertrags, aus dem auch Militärausgaben beglichen werden können. Das eigentliche Politikum dabei ist, dass eine Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments – oder der nationalstaatlichen Parlamente – nicht vorgesehen ist: „Der Rat erlässt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik die Beschlüsse über a) die Einzelheiten für die Bildung und die Finanzierung des Anschubfonds, insbesondere die Höhe der Mittelzuweisungen für den Fonds; b) die Einzelheiten für die Verwaltung des Anschubfonds; c) die Einzelheiten für die Finanzkontrolle.“ Die Staats- und Regierungschefs können also allein über den Umfang dieser „Kriegskasse“ bestimmen. Wohin die Reise gehen soll, nämlich in Richtung eines EU-Rüstungshaushalts, verdeutlicht Vasconcelos in seinem ISS-Beitrag: „Ein gemeinsames Budget, das für gemeinsamen Strukturen und

große Teile der ESVP-Militäreinsätze aufkommt, sollte eingerichtet werden." (ISS 2020: S. 162) Nicht verwunderlich also, dass ein Papier der „Friedrich-Ebert Stiftung" prognostiziert: „Mittelfristig könnte der Anschubfonds die Grundlage für einen Europäischen Fonds für ESVP-Missionen bilden."[10]

## Militäreinsätze im Inland

Besonders bedenklich ist auch die Militarisierung der Innenpolitik, die mit dem Vertrag von Lissabon ebenfalls einen weiteren Schub erhalten dürfte. Hier ist es die „Solidaritätsklausel" (Artikel 222), die Militäreinsätzen im Inland Tür und Tor öffnet. In ihr ist nicht nur festgehalten, daß die EU-Länder einem Mitgliedsstaat mit allen zivilen und militärischen Mitteln zur Seite eilen, sollte sich ein Terroranschlag ereignen, sondern auch bei „einer vom Menschen verursachten Katastrophe". Da dies auch soziale Unruhen mit einschließt, betont EU-Militärstabschef Bentégeat, das „originelle" an der Solidaritätsklausel sei keineswegs die Möglichkeit für Inlandseinsätze zur Terrorabwehr: „Das zweite Element ist interessanter, da es den Einsatz militärischer Mittel auf dem Gebiet eines Mitgliedsstaates auf Anforderung seiner politischen Autoritäten vorsieht." (ISS 2020: S. 99)

Am Rande Europas wird derweil bereits geübt, was auch innerhalb der EU bald zur Normalität werden soll: Nachdem im Kosovo die neoliberalen Wirtschaftsreformen die Lebenssituation der Bevölkerung massiv verschlechtert haben, kommt es dort immer häufiger zu Protesten, auch vonseiten der kosovalbanischen Bevölkerung. Reagiert wird hierauf, indem die im Kosovo aktive „zivile" EU-Mission EULEX und die NATO-Truppe KFOR mit gemeinsamen Übungen begonnen haben, um ihre Techniken in der Aufstandsbekämpfung zu verfeinern. Allein im ersten Halbjahr 2009 fanden vier solcher „Crowd & Riot Control Exercises" statt. Welche Szenarien man dabei im Auge hat, verdeutlicht die Beschreibung einer dieser Übungen: „Das Szenario basierte auf wahren Begebenheiten. Das Europäische Parlament fällte die Entscheidung, Gelder für den Kosovo vom Bau zweier Krankenhäuser hin zu einer Müllrecyclinganlage umzuleiten. Die lokale Bevölkerung war darüber empört. Als Reaktion rief die Gewerkschaft der Krankenhausarbeiter zu Demonstrationen und Aktionen gegen die EU und EULEX auf. […] Als Ergebnis der Übung lernten die Teilnehmer Wichtiges darüber, auf eine wütende Menge („furious mob") vorbereitet zu sein, über die Fähigkeit zu antizipieren, was die Menge tun wird und schließlich darüber, ihre Techniken zur Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung („crowd and riot control") anzuwenden."[11]

## Implementierung in Arbeit

Im ISS-Sammelband wird relativ offen erklärt, die Europäische Union solle zur Aufrechterhaltung der globalen Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen vermehrt auf militärische Gewalt zurückgreifen. Willfährig unterstützt auch das Europäische Parlament diese Bestrebung. So fordert der „Berichtsentwurf über die Implementierung der Europäischen Sicherheitsstrategie und der ESVP" (2009/2198[INI]), der am 21. Januar 2010 im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung behandelt wurde, dass die „Union ihre zivilen und militärischen Kapazitäten ausbauen muss."

Die nächsten Interventionsgebiete werden in dem Berichtsentwurf ebenfalls klar benannt: Im Kosovo soll die NATO-Truppe KFOR von einer militärischen EU-Operation abgelöst werden. Außerdem soll die Europäische Union mittels „ziviler" Missionen Somalia und Pakistan beim Aufbau von Militär- und Polizeikräften unterstützen. Offensichtlich werden EU-Soldaten künftig immer häufiger an vorderster Front marschieren. Umso notwendiger wird es sein, hiergegen Widerstand zu organisieren.

## Anmerkungen

1 Whitney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, Juli 2008.
2 Schlussfolgerungen des Rates zur Tagung vom 11./12. Dezember 2008.
3 Vgl. bspws. Heise, Volker: Zehn Jahre Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Entwicklung, Stand, Probleme, SWP-Studie, Oktober 2009; Grevi, Giovanni/Helly, Damien/Keohane, Daniel (eds.): European Security and Defence Policy: The First 10 Years (1999-2009), ISS, Paris, October 2009.
4 Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): What Ambitions for European defence in 2020?, ISS, Paris, October 2009 (2. Auflage).
5 Schlussfolgerungen des Rates zur Tagung vom 29./30. Oktober 2009.
6 Korski, Daniel/Gowan, Richard: Can the EU Rebuild Failing States?, ECFR Policy Paper, October 2009
7 Niebel will in Afghanistan Vernetzung von Entwicklungshilfe und Militär: http://www.epd.de/index_70633.html
8 Was will Deutschland am Hindukusch?, VENRO-Positionspapier, 7/2009.
9 Howorth, Jolyon: The Future of European Security, EXPO/B/SEDE/2008/16, March 2008.
10 Eine Zukunftsagenda für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, FES, Juli 2009, S. 5.
11 The Balkan Hawk 2009 CRC Exercises, NATO.int, 30.06.2009.

Informationsstelle Militarisierung e.V.

*Herausgeber des AUSDRUCKs ist die*
***Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.***
*Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.*
*Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,*
*www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,*
*Tel. 07071/49154*